



Reader für den Herbststratschlag

28.-30.Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

1 Herzlich Willkommen!.....	4
2 Frankfurt als Ort des diesjährigen Herbstratschlags.....	5
3 Organisatorisches.....	7
3.1 Anfahrt.....	7
3.2 Schlafen.....	7
3.3 Essen.....	7
4 Ablaufplan Ratschlag.....	9
4.1.1 Podiumsdiskussion: Solidarisch statt neoliberal und nationalistisch - was für eine Linke brauchen wir?.....	11
4.1.2 Text zur Podiumsdiskussion.....	11
4.2 Arbeitsgruppen zur Strategieentwicklung 2017 (Samstag, 15.45 Uhr).....	14
4.2.1 G20.....	14
4.2.2 Freihandel.....	14
4.2.3 Finanzmärkte und Steuern.....	14
4.2.4 Europa.....	14
5 Entscheidungsfindung.....	16
6 Berichte.....	17
6.1 Bericht des Rats.....	17
6.2 Bericht des KoKreises.....	18
6.3 Bericht Schwerpunkt.....	27
6.4 Bericht Rats AG Website.....	29
6.5 Bericht der Steuerungsgruppe.....	30
7 Vorschläge.....	31
7.1 Projektgruppe G20: Attac-Aktivitäten zum G20-Gipfel 2017.....	31
7.2 Vorschlag Matthias Jochheim: Das Geschäft mit dem Krieg stoppen!.....	34
7.3 Antrag Attac Stuttgart: Schwerpunkt Wahlkampf.....	35
7.4 Vorschlag AG Finanzmärkte und Steuern: Honorarstelle Kampagnenentwicklung.....	39
7.5 Antrag Attac Freiburg: Schwerpunkt „Ein anderes Europa“.....	40
7.6 Vorschlag Rats-AG Website: Treffen/Finanzierung für Arbeiten an Attac-Webseiten.....	42
7.7 Detlef Gerlach: Attac Alternativ.....	42
7.8 Attac Berlin: Übernahme Bürostelle Berlin durch Attac Deutschland.....	45
7.9 Initiativvorschläge.....	48
7.9.1 Günter Küsters: Bundeswehr stoppen.....	48
7.9.2 Attac Lübeck: externe Fachkraft bei weiteren Strukturprozessen.....	53
8 Finanzanträge.....	54
8.1 Finanzantrag der BAG ArbeitFairTeilen für den Herbstratschlag 2016.....	54
8.2 Finanzantrag 2017 für AG AKTION.....	57
8.3 Finanzantrag EKU AG.....	59
8.4 Attac AG genug für alle.....	61
8.5 Finanzantrag der AG Gruppenunterstützung des Rates.....	63
8.6 Finanz-Antrag AG Internationales.....	64
8.7 Finanzantrag AG Solidarische Ökonomie Dokumentation Solikon-Kongress.....	65
8.8 AG Finanzmärkte und Steuern Finanzantrag Aktionstag Steueroasen.....	66
8.9 Finanzantrag AG Welthandel und WTO.....	67
8.10 Finanzantrag Attacademie 2017.....	67
8.11 Finanzantrag Aufstehen gegen Rassismus.....	70
8.12 Finanzantrag : Förderung der Übersetzungstätigkeit.....	70

8.13	Finanzantrag Projektgruppe G20: Attac-Aktivitäten zum G20 Gipfel 2017.....	71
8.14	Finanzantrag Attac Projektgruppe „Eurokrise“	74
8.15	Finanzantrag Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für Alle!.....	75
8.16	Finanzantrag TTIP-Kampagne 2016-2017	76
8.17	Finanzantrag PG Welcome2stay.....	79
8.18	Finanzantrag der Redaktion von Sand im Getriebe.....	80
8.19	Finanzantrag der Steuerungsgruppe zum Diskurs über die Zukunft von Attac....	81
8.20	Beschlussempfehlung Finanz-AG 2017.....	82
9	Diskussionspapiere/Beiträge.....	87
9.1	Stellungnahme der Attac-Gruppe Itzehoe zur Studie „Die Zukunft von Attac“.....	87
9.2	Urs Kleinert: „Demokratisierung: Wie attac in die Offensive gehen kann!“	89

1 Herzlich Willkommen!

Liebe Attacies, liebe Leute in und um Attac, liebe MitstreiterInnen,
ganz herzlich seid ihr zum Ratschlag nach Frankfurt einladen!

Der findet vom 28. bis 30. Oktober in der Freien Waldorfschule Frankfurt am Main statt.

Wie jedes Jahr im Herbst haben wir viel zu besprechen und zu entscheiden: Wir erleben politisch äußerst bewegte Zeiten – egal wohin man schaut, nehmen die Zumutungen zu. Die Kämpfe um die Freihandelsverträge TTIP und CETA sind noch lange nicht gewonnen, ein Ende der krassen Ungleichverteilung von gesellschaftlichem Reichtum ist nicht in Sicht. Nicht erst seit den Krisen, der Austeritätspolitik und dem Brexit fliegt uns die europäische Idee um die Ohren, ganz zu schweigen von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen oder der Beendigung von Fluchtursachen– alles Themen, mit denen Attac sich seit vielen Jahren intensiv beschäftigt. Gleichzeitig beschert uns die Suche nach einfachen Lösungen Wahlergebnisse, die den Rechten und den RechtspopulistInnen eine immer stärkere Basis verschaffen. Bei alledem stellen wir einen gemeinsamen Nenner fest – die Entsolidarisierung in der Gesellschaft schreitet immer weiter voran und es ist schwieriger denn je, eine wirksames Kraut dagegen zu finden.

Wir haben auf diesem Ratschlag also die Aufgabe, das kommende politische Jahr gut zu planen, dabei mit realistischem Blick auf unsere Kräfte unsere Ressourcen klug einzusetzen und auch die eine oder andere weitreichende Entscheidung zu treffen.

Zu den Rahmendaten

Der Ratschlag beginnt am Freitag um 16.15 Uhr mit der Haushaltsvorbesprechung und dem Workshop "Ratschlag für Neue". Für den Abend ist in der Aula der Waldorfschule eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung geplant.

Am Samstag sind Zeitfenster für Plena und Arbeitsgruppen vorgesehen, in denen einige der genannten Themen breiter diskutiert werden können, Berichte und Vorschläge ihren Platz finden und auch weiter über die Konsequenzen aus der Studie „Zukunft von Attac“ gesprochen wird. Abends wählen wir dann den Koordinierungskreis und den Attac-Rat.

Am Sonntag befassen wir uns u. a. mit weiteren Vorschlägen und Anträgen und der Verabschiedung des Haushalts für 2017. Offiziell endet der Ratschlag um 13 Uhr.

Zwischen 13 und 15 Uhr können selbstorganisierte AG-Treffen stattfinden – bitte meldet diese unter ratschlag@Attac.de an.

Wir hoffen, euch einen ansprechenden Rahmen für kritische Reflexionen über die Rolle von Attac, strategische Entscheidungen, konstruktive Diskussionen zu den anstehenden Aktivitäten und viele ergiebige Gespräche bieten zu können.

Wir freuen uns auf Euch!

Herzliche Grüße

die Vorbereitungsgruppe

2 Frankfurt als Ort des diesjährigen Herbstratschlags

Die Geschichte Frankfurts als Finanzplatz reicht bis ins Mittelalter zurück. Der Fernhandel, an dessen wichtigstem Knotenpunkt regelmäßig Messen statt fanden, erforderte „Finanzinstrumente“ wie den Wechsel und andere Formen der Schuldverschreibung.

Mit dem berühmten Bankier Maier Amschel Rothschild kommt sozusagen der Begründer des modernen „financial engineering“ aus Frankfurt. Er ist der kreativste unter den Frankfurter Bankiers gewesen. Seinen Ruf unter den Reichen und Superreichen seiner Zeit, begründete er mit der Organisation der „Steuerflucht“ des Kurfürsten von Hessen-Kassel vor dem Zugriff durch die napoleonischen Steuerbehörden.

In den letzten Jahrzehnten schmückt sich die Stadt besonders gern mit nachgemachter Gemütlichkeit: Mit Millionenaufwand wird das historische Zentrum rund um den Römer herausgeputzt, fein gekachelt und mit nachgebauten Laternen verziert. Hier sollen die Touristen sehen, was die Stadt zu bieten hat.

Aber die Stadt ist mehr als ihre touristischen Attraktionen. In vielen Stadtteilen herrscht Alltagsleben, wo man die Geschichte der kleinen Leute, der Frauen, der Arbeiterbewegung, der jüdischen Bevölkerung, des Widerstands, der Feste und der Vergnügungen findet (ein Reiseführer, der sich mit dieser linken Geschichte vieler Frankfurter Stadtteile beschäftigt, ist „Frankfurt zu Fuß“ von Jürgen Engelhardt (Hrsg.), er ist allerdings nur noch antiquarisch erhältlich).

Der Stadtteil Dornbusch, in dem der Herbstratschlag stattfindet, ist auch so ein Viertel: Ganz in der Nähe der Walldorfschule findet man das Funkhaus am Dornbusch des Hessischen Rundfunks und den Bertramshof (heute die Hörfunkstudios des HR), hier wäre der Bundestag eingezogen, wenn Frankfurt Bundeshauptstadt geworden wäre.

Anne Frank wurde hier geboren (Marbachweg 307) und hier lebten Marcel Reich-Ranicki (1920–2013) und die Dichterin Miele Braach. Unmittelbar neben der Walldorfschule befindet sich auf dem Gelände einer ehemaligen Gärtnerei der Sinai-Park, neben der Bertramswiese die grüne Lunge des Viertels.

Im Dornbusch steht Hessens erstes Bürgerhaus (Haus Dornbusch), nach den Plänen von Ernst May wurde 1928 auf dem Gelände des alten Grünhofs das erste Frankfurter „Haus der Jugend“ gebaut.

Attac Frankfurt

Inmitten von Hochhäusern und Banken, in einer Seitengasse der Frankfurter Fressgass', residiert seit 50 Jahren ein kleiner widerständiger Club, der sich 1962 aus einem Arbeitsausschuss kritischer junger Linker gebildet hatte. Seitdem gibt er Menschen und Gruppen ein Podium, die als Bestandteil des demokratischen, aufklärerischen Gewissens dieser Republik gelten können. Im **Club Voltaire**, ein Treffpunkt linksoppositioneller Menschen und Vereinigungen. Hier trifft sich die Regionalgruppe Frankfurt regelmäßig.

Die Frankfurter Gruppe ist 2002 formell gegründet worden und einige Gründungsmitglieder sind heute noch regelmäßig aktiv.

Im Selbstverständnis von Attac agieren wir als Netzwerk mit Verbindungen zu NGOs im Frankfurter Raum.

Es bestehen die Arbeitsgruppen „klimAttac“, „Genug für alle“, „Globalisierung und Krieg“ sowie „Weltwirtschaft und Finanzen“.

Mitglieder von Attac-Frankfurt tragen das Bündnis gegen Privatisierung mit und sind in der Initiative Gemein-Wohl-Ökonomie Rhein Main aktiv.

„klimAttac“ setzt sich für eine veränderte Klima- und Energiepolitik ein. Beteiligt sich an den Aktionen von Greenpeace, der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und der Anti-Atom-Bewegung.

Für „Genug für alle“ ist das Bedingungslose Grundeinkommen zentrales Thema: „Von der Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch“. Die Grundlage der Arbeit von „Globalisierung und Krieg“ ist der Wille, Wege zu finden, Gewalt und Krieg als Mittel der Politik zu ächten. Die AG sieht sich als Bestandteil der deutschen und internationalen Friedensbewegung und beteiligt sich an den Protestaktionen gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

Die AG „Weltwirtschaft und Finanzen“ analysiert die Finanz- und Wirtschaftskrise als Teil der allgemeinen Systemkrise. In öffentlichen Veranstaltungen mit kompetenten externen Referenten geht sie regelmäßig an die Interessierte Frankfurter Öffentlichkeit und versucht, dem ökonomischen Mainstream kritisches Potential entgegen zu setzen.

3 Organisatorisches

3.1 Anfahrt

Adresse der Freien Waldorfschule Frankfurt
Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.
Friedlebenstr. 52
60433 Frankfurt

www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Dornbusch/Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen (1 Umstieg).

Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1-9, nicht S7), dann umsteigen

Hauptwache → U-Bahn Station Hugelstrae (U1,2,3,8,9)

Nach dem Ausstieg in Fahrtrichtung weiter in eine Unterführung laufen. In der Unterführung nach rechts wenden, „zurück laufen“, entgegen der Fahrtrichtung bis zur Friedlebensstrae. Dann links in die Friedlebensstrae einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebensstrae laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule. Die Anmeldung befindet sich auf der linken Seite, 2. Seiteneingang.

Es gibt im sehr begrenzten Rahmen Parkmöglichkeiten (Anwohnerparken). Fahrradparkmoglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

3.2 Schlafen

Teilnehmende können kostenfrei in der Turnhalle der Waldorfschule schlafen.

Privatunterkünfte stehen in begrenzter Zahl zur Verfügung, wendet Euch bitte an Reinhard unter reinhard.buettner@attac.de

3.3 Essen

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten könnt Ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Die kostendeckenden Preise (8 Euro Mittag/Abendessen, 7.50 Euro Frühstück) können bei Bedarf subventioniert werden (5 Euro pro Mahlzeit).

Kontakt zu AnsprechpartnerInnen vor Ort

Name	(Zuständigkeit), Nummer
Frauke Distelrath	(Presse), 0173-6515025
Stephanie Handtmann	(Geschäftsführung), 0176-241 917 06
Andreas van Baaijen	(Geschäftsführung, Finanzen und Datenschutz), 0176-998 132 92

Reinhard Büttner	(Vorbereitungsgruppe),
Johannes Döring	(Vorbereitungsgruppe),
Hanni Gramann	(Vorbereitungsgruppe), 0176 -3060 8762
Hardy Krampertz	(Vorbereitungsgruppe)
Carolin Mauritz	(Organisatorisches, Vorbereitungsgruppe)
Hans Möller	(Vorbereitungsgruppe)
Ulrike Paschek	(Vorbereitungsgruppe) 0170-617 6441
Kerstin Sack	(Vorbereitungsgruppe)
Heshmat Tavakoli	(Vorbereitungsgruppe)
Jaime Timoteo-Gonzalez	(Vorbereitungsgruppe) 0172-344 3884
Nico Wehmann	(WEB, Technik) 069 900 281 41

4 Ablaufplan Ratschlag

Uhrzeit	Programmpunkt	
	Freitag	
ab 16:00	Ankunft und Anmeldung	
16:1 5	Haushaltsvorbesprechung (Raum 1)	Ratschlag für Neue (Ulrike Paschek; Stephan Kettner; Raum 2)
ab 18:00	Abendessen (Mensa)	
19:00	Plenum (Foyer) Begrüßung, Tagesordnung, Abstimmung über die Aufnahme von Initiativ- Vorschlägen	
19:30 -21:00	Podiumsdiskussion <i>Solidarisch statt neoliberal und nationalistisch - was für eine Linke brauchen wir?</i> Diskussion mit der Journalistin Ulrike Herrmann und dem Soziologen Michael Hartmann	
anschl.	Attac-Cafeteria	
	Samstag	
08:00	Frühstück	
09:00 - 10.45	Plenum (Foyer) Begrüßung, TO 2017 - G20 in Hamburg Input und Informationen zu G20 in Hamburg 2017 (Alexis Passadakis) Attac-Vorbereitungsprozess und Bündnisprozesse (Achim Heier) Diskussion der strategischen und politischen Ziele	
10:45- 11:15	Kaffeepause	
11:15 - 12:45	Plenum (Foyer) Berichte u. Aussprache Kokreis und Rat Gemeinnützigkeit PG Schwerpunkt	
11:15 - 12:45	Workshops	
	Typo3 (Attac-Webteam; Raum 1)	Datenschutz bei Attac (Datenschutzbeauftragter Roland Schäfer; Raum 2)
12:45 - 13:45	Mittagessen und -pause (Mensa)	
13:45 - 15:15	Plenum (Foyer) Berichte u. Aussprache Studie „Zukunft von Attac“	
15:15 - 15:45	Kaffeepause	
15:45 - 17:15	Workshop Schulung für Finanzverantwortliche	

	(Anke Prochnau, Andreas van Baaijen, Raum 5)
15:45 - 17:15	Arbeitsgruppen zur Strategieentwicklung 2017 <ul style="list-style-type: none"> • G20 (Raum 1) • Freihandel (Raum 2) • Finanzmärkte und Steuern (Raum 3) • Europa (Raum 4)
17:15-17:45	Plenum (Foyer) Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Strategieentwicklung
17:45-18:15	Plenum (Foyer) Vorschläge <ul style="list-style-type: none"> • Vorschlag Projektgruppe G20: Attac-Aktivitäten zum G20-Gipfel 2017 • Vorschlag Matthias Jochheim: Aufrüstung und Rüstungsexporte: Das Geschäft mit dem Krieg stoppen • Vorschlag Attac Stuttgart: Schwerpunkt Wahlkampf 2017 • Vorschlag AG Finanzmärkte und Steuern: Entwicklung von Kampagnen zur Steuerpolitik und Finanzmärkten
18:15 - 19:15	Abendessen
19:15	Plenum (Foyer), anschließend Raum 1-5 Wahlen der Gremien
später	Attac-Cafeteria
Sonntag (Zeitumstellung)	
08:00	Frühstück
09:00-09:45	Plenum (Foyer) Wahlergebnisse In drei Minuten
09:45-10:30	Plenum (Foyer) Vorschläge <ul style="list-style-type: none"> • Vorschlag Attac Freiburg: Schwerpunkt 2018 "ein anderes Europa" • Vorschlag Rats-AG Website: Webseitenwochenende • Vorschlag Detlef Gerlach: Attac Alternativ: Genossenschaft versus Gemeinnützigkeit • Vorschlag Attac Berlin: Übernahme der Bürostelle Berlin durch Attac D • ggf. Initiativvorschläge
10:30-11:00	Kaffeepause
11:00-13:00	Plenum (Foyer) Haushalt Abschluss
13:00	Gemeinsamer Abbau
13:00 - 15:00	AG- und Open Space-Phase <ul style="list-style-type: none"> • AG Internationales (Raum 1)

4.1.1 Podiumsdiskussion: Solidarisch statt neoliberal und nationalistisch - was für eine Linke brauchen wir?

Diskussion mit der Journalistin Ulrike Herrmann und dem Soziologen Michael Hartmann

Die politische und ökonomische Krise hält an, jederzeit kann die nächste Blase auf den Finanzmärkten platzen und trotzdem ist die gesellschaftliche Linke so schwach wie lange nicht mehr und schafft es nicht, aus ihrer nun schon sehr lange anhaltenden Krise heraus zu kommen. Gleichzeitig bescheren die politisch Unzufriedenen den Rechtspopulisten europaweit Erfolge. Griechenland, Spanien und Portugal scheinen Ausnahmen von diesem Trend zu sein, sind aber innerhalb Europas keine Schwergewichte. In Deutschland feiert die AfD Erfolg um Erfolg. Denn sie vertritt vermeintlich sowohl Besserverdienende und vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichtangehörigen als auch von Erwerbslosigkeit betroffene Modernisierungsverlierer.

Offensichtlich gelingt es der gesellschaftlichen Linken nicht, für diejenigen, die durch die Krise bedroht oder auch nur verunsichert sind, eine glaubwürdige Alternative darzustellen. Was macht sie falsch? Wie kann die verbreitete Ratlosigkeit angesichts immer mehr Neoliberalismus, Nationalismus, Fremdenhass und einem auseinanderdriftenden Europa überwunden werden? Was für eine Linke brauchen wir, um der fortschreitenden Entsolidarisierung auf allen Ebenen entgegenzuwirken? Und welche Rolle kann Attac in solch einer Linken spielen? Dies sind die Fragen, denen wir zusammen nachgehen wollen.

4.1.2 Text zur Podiumsdiskussion

Selbst schuld - Christoph Butterwegge in der taz am 8.10.2011.

Rechtspopulisten geben vor, sich für „die da unten“ zu interessieren. Dabei verachten sie Armut. Thilo Sarrazin ist ihr wichtigster Wegbereiter.

Unter den Kritikern rechtspopulistischer Bestrebungen, Organisationen und Parteien ist höchst umstritten, ob die Alternative für Deutschland (AfD) ihre jüngsten (Wahl-)Erfolge den sozial Benachteiligten, Ausgegrenzten und Abgehängten verdankt. Oder hauptsächlich wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen, die ihre materiellen Privilegien nicht zuletzt durch Diskriminierung von Migranten, Flüchtlingen oder Muslimen behaupten möchten.

Für den Fall, dass die Rechtspopulisten primär mit einem sozialeren Image vor den etablierten Parteien punkten, könnten Regierungen ihnen möglicherweise durch mehr Sensibilität für die Sorgen der Armen und durch wohlfahrtsstaatliche Leistungsverbesserungen das Wasser abgraben.

Es fragt sich jedoch, ob die rassistischen Einstellungen nicht unabhängig vom sozialen Status der AfD-Klientel bestehen. Möglicherweise finden die rechtspopulistischen Kräfte gerade deshalb so viel Zuspruch, weil sie insgeheim bestehende Vorurteile gegenüber Erwerbslosen öffentlichkeitswirksam bestätigen und gleichzeitig Sozialneid nach unten schüren.

Ob eine gute Sozialpolitik den Einfluss des Rechtspopulismus zu begrenzen vermag oder im Kampf gegen ihn angesichts verbreiteter Ressentiments gegen Migranten und andere

strukturell benachteiligte Minderheiten wenig nützt – die Antwort darauf ist entscheidend für eine demokratische Gegenstrategie.

Schichtübergreifend populär

Was die soziodemografische Struktur der Anhänger, Parteimitglieder und Wählerschaft von AfD, Pegida und ähnlichen Gruppierungen betrifft, widersprechen sich die wenigen bisher dazu publizierten Forschungsergebnisse teils diametral. Weder die Bezeichnung der AfD als „moderne Arbeiter-“ oder „Arbeitslosenpartei“ noch die Charakterisierung als „Partei des gehobenen Mittelstands“, der sich teilweise vom sozialen Abstieg bedroht fühlt, kann überzeugen. Plausibel erscheint vielmehr die These, dass der Rechtspopulismus mit seinen Stammtischparolen gewissermaßen schichtübergreifend anschlussfähig ist, also privilegierten Bevölkerungsschichten ebenso attraktiv erscheint wie sozial Benachteiligten, die Transferleistungen beziehen oder zu den Geringverdienern zählen.

Wohlhabende, Besserverdienende und Hyperreiche fühlen sich von der AfD offenbar genauso angezogen wie die vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichtangehörigen und die von Erwerbslosigkeit betroffenen Modernisierungsverlierer. Für beide Zielgruppen bieten Rechtspopulisten unterschiedliche ideologische Zugänge: Während sich deutsche Angestellte, Selbstständige und Freiberufler gegen soziale Aufsteiger, unangepasste Mitbewerber und ehrgeizige Migranten wehren, die angeblich nicht so fleißig sind wie sie, fürchten einheimische Unterschichtangehörige die Konkurrenz der Zuwanderer auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Heiratsmarkt.

Historisch betrachtet war der Populismus eine kleinbürgerliche Protestbewegung, die das Dilemma der Mittelschichten, sozial „eingeklemmt“ und von zwei die Geschichte dominierenden Kräften bedroht zu sein, durch eine doppelte Abgrenzung – gegen die „korrupten Eliten“ da oben und die „trägen Massen“ da unten – kompensiert. Heute sind die Aufstiegskanäle der Gesellschaft für Kleinbürger so verstopft, dass deren sozialer Absturz viel wahrscheinlicher ist. Umso energischer wenden sich Teile der Mittelschicht gegen „Faulenzer“, „Drückeberger“ und „Sozialschmarotzer“, seien es nun einheimische oder zugewanderte. Der frühere SPD-Politiker und Bundesbanker Thilo Sarrazin war einer der wichtigsten, wenn nicht sogar der wichtigste geistige Wegbereiter des Rechtspopulismus à la AfD. Wer erfahren möchte, wie deren Funktionäre über Armut in Deutschland und die am meisten darunter Leidenden denken, sollte Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ lesen. Dieses Pamphlet handelt nicht, wie fälschlicherweise meist angenommen, primär vom Thema Migration und Integration, sondern war als Diskussionsbeitrag zum deutschen Sozialstaat gedacht.

Schon als Berliner Finanzsenator hatte sich Sarrazin wiederholt abfällig über Hartz-IV-Empfänger geäußert und ihnen etwa geraten, sich – statt die Wohnung zu heizen – einen Pullover anzuziehen und kalt zu duschen. Neben einheimischen Unterschichtangehörigen macht Sarrazin Menschen muslimischen Glaubens – übrigens solche, die gar keine Zuwanderer, sondern hier aufgewachsen sind – für die finanzielle Überlastung des Wohlfahrtsstaates verantwortlich. Durch die „Rundumversorgung“ korrumpiere unser Sozialsystem seine Klientel, behauptet er, indem es eine „Kultur der Hängematte“ schaffe.

Sarrazin beschönigt die Armut und bagatellisiert das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit, indem er völlig unangemessene Vergleiche anstellt.

Sarrazin beschönigt die Armut und bagatellisiert das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit, indem er völlig unangemessene Vergleiche anstellt. Auf der Zeitachse vergleicht er die soziale Lage der Armen und Armutsgefährdeten heute mit der von „Normalbürgern“ vor 50 Jahren: „Die Armutsrisikoschwelle [seinerzeit 801 Euro; Ch. B.] in Deutschland ist heute höher als das durchschnittliche Nettoeinkommen der Deutschen auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.“

Auf der geografischen Achse vergleicht Sarrazin die soziale Lage einheimischer Hartz-IV- und Sozialhilfebezieher/innen mit der Einkommenssituation in weniger entwickelten europäischen Industrieländern: „Deutsche Transferempfänger leben wie der durchschnittliche Tscheche, aber deutlich besser als der durchschnittliche Pole und weitaus besser als der durchschnittliche Türke.“

Will man den Lebensstandard eines Menschen bestimmen, muss er jedoch in Beziehung zum Wohlstand des betreffenden Landes gesetzt werden, und zwar jeweils zur selben Zeit. Denn wer hier und heute arm ist, vergleicht sich weder mit einem Durchschnittsverdiener im Ausland noch mit einem Deutschen, der vor Jahrzehnten auf einem geringeren Niveau lebte, sondern mit jenen, die teilweise viel mehr haben als er selbst.

Da sie die strukturellen Zusammenhänge ausblenden und Armut nicht als gesellschaftlich bedingt erkennen, neigen Rechtspopulisten zur Individualisierung, Subjektivierung und Moralisation des Problems. Sarrazin hält die Armut daher nur für ein mentales Phänomen: „Nicht die materielle, sondern die geistige und moralische Armut ist das Problem.“ Folgt man Sarrazin, so führt Dummheit zur Armut – und aus der Armut kommt heraus, wer intelligent ist: „So gibt es eine 90-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einer armen Unterschichtfamilie mit einem Durchschnitts-IQ von 100 der Armut entkommt, während es gut sein kann, dass ein dümmeres Kind aus einer Mittelschichtfamilie in Armut gerät.“

Zweifellos verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Sarrazin vertauscht hier augenscheinlich Ursache und Wirkung miteinander: Armut macht zwar auf die Dauer eher dumm, Dummheit aber keineswegs arm.

Fürsprache aus Taktik

Wenn sich die AfD trotz eklatanter Fehlschlüsse und Pauschalurteile ihres rechtssozialdemokratischen Vordenkers über Arme zu deren Fürsprecherin aufschwingt, dann geschieht das allein aus wahltaktischen Gründen. Sie kokettiert mit der sozialen Frage, auf die sie ausweislich ihres Grundsatzprogramms gar keine Antwort hat. Nur mühsam hat sich die

AfD auf ihrem Stuttgarter Programmparteitag im April/Mai 2016 zu einer Befürwortung des Mindestlohns durchgerungen. Gleichzeitig sprach sich die Mehrheit der anwesenden Mitglieder für eine Verschärfung von Hartz IV durch Einführung der „aktivierenden Grundversicherung“ und für eine Kommunalisierung der Jobcenter aus.

Während die AfD einer stärkeren Drangsalierung der Arbeitslosen das Wort redet, sind ihr alle Steuerarten, die wohlhabende Bevölkerungsschichten treffen (etwa progressive Einkommen-, Gewerbe-, Vermögen- und Erbschaftsteuern), ein Graus. Unverkennbar ist die Parteinahme der AfD für die Reichen und gegen die Armen.

4.2 Arbeitsgruppen zur Strategieentwicklung 2017 (Samstag, 15.45 Uhr)

4.2.1 G20

4.2.2 Freihandel

Die zunehmende Liberalisierung des Welthandels steht seit Jahrzehnten auf der Agenda der Befürworter des Freihandels.

Was sie auf der Ebene der WTO bislang nicht durchsetzen konnten, soll verstärkt in plurilateralen oder bilateralen Freihandelsabkommen vorangetrieben werden, z.B. EPAs, TiSA, CETA, TTIP. Maßstab des Vorgehens sind Konzerninteressen - die Zerstörung von gesellschaftlichen Standards und Strukturen, die immer ungerechtere Verteilung von Reichtum wird billigend in Kauf genommen.

Wie können wir 2017 die Freihandelsideologie in die Defensive drängen? Wie lässt sich die freihandelskritische Bewegung stärken? Welche Themen sollte Attac in den Vordergrund rücken? Wie können wir den öffentlichen Diskurs beeinflussen? Welche Anlässe 2017 bieten eine Möglichkeit, unsere Kritik hörbar und sichtbar zu machen?

Auf diese Fragestellungen wollen wir in der Arbeitsgruppe Antworten finden.

4.2.3 Finanzmärkte und Steuern

4.2.4 Europa

EUropa steht im Dauerfeuer multipler Krisen; eine Entspannung ist nicht in Sicht.

Griechenland ist aus den Schlagzeilen verschwunden, seit es im Sommer 2015 seine wirtschafts- und fiskalpolitische Unabhängigkeit aufgab, doch wurde die Krisendebatte jener Monate nahtlos von der über die Geflüchteten abgelöst. Ab März 2016 führte der mehr als zweifelhafte Deal mit der türkischen Regierung zu einem Rückgang der Zahl der Flüchtenden und konnte so als Erfolg verkauft werden. Zeitgleich begannen in Frankreich Massenproteste gegen das neue Arbeitsgesetz ('Hartz4 auf französisch'), das im Mai am Parlament vorbei beschlossen wurde. Die internationale Öffentlichkeit nimmt davon kaum Notiz, und abgesehen von Belgien, wo Ähnliches verhandelt ist, bleiben die Französlinnen weit-

gehend auf sich allein gestellt.

Im Sommer verlagerte sich der Fokus zunächst auf das "Brexit"-Votum, und dann auf MPS (Italien) und Deutsche Bank, deren Krisen die neuen Vorschriften zur Bankenrettung ('bail-in vor bail-out') auf die Probe stellten. In Spanien hat derweil auch eine zweite Wahl Ende Juni nicht zu einer neuen Regierung geführt; ein erneuter Urnengang ist nicht ausgeschlossen.

Diesem atemlosen und alle Aufmerksamkeit auf sich ziehenden 'Krisenmarathon' haben die sozialen Bewegungen Europas bislang nur wenig entgegenzusetzen.

Zwar gelingt es von Zeit zu Zeit, eigene Akzente zu setzen (Blockupy, Hilfe für Geflüchtete), doch bleiben größere Proteste bisher auf einzelne Länder beschränkt, Bsp. Frankreich. Es fehlt eine längerfristige strategische Perspektive, die jenseits von Einzelthemen funktioniert, den Schwung einzelner Bewegungen bündelt und weiterträgt, und die zur gemeinsamen Vision eines gerechten und demokratischen Europas werden kann.

Die politische Führung der EU - Kommission, deutsche und französische Regierung - hat einen Plan, und ohne wirksame linke Kritik bleibt dieser 'alternativlos'.

Die Krisen werden systematisch genutzt, um eine immer engere Zusammenarbeit der EU-Staaten in allen Bereichen herbeizuführen; erst dann erfolgt eine gewisse Lockerung z.B. der Austerität. Das Ziel einer föderalen Union mit autoritär zentralisierter Fiskal-, Wirtschafts- und Außenpolitik wird immer offener propagiert ("Fünf-Präsidenten-Bericht"), und die einzige "Alternative" scheint derzeit die Rückkehr zum Nationalstaat, wie sie AfD, Le Pen, Farage und Co. fordern.

Nicht mit uns - "Ein anderes Europa ist möglich!"

Europas Linke müssen lernen, viel enger zusammenzuarbeiten und offensiv ihre Ziele zu vertreten, wenn sie Einfluss auf die anstehende 'Neuformierung' der EU nehmen wollen. Wie sieht das 'andere Europa' aus? Welches sind unsere gemeinsamen Kernziele? **Wie kann eine echte Europäisierung der sozialen Kämpfe gelingen?** Brauchen wir ein europäisches Blockupy? Trauen wir uns die Vorbereitung eines EUropa-Kongresses zu? Diese Fragen wollen wir in der AG diskutieren und dabei die nächsten Arbeitsschritte auf den Weg bringen.

5 Entscheidungsfindung

Entscheidungsverfahren

Wie wird auf dem Ratschlag entschieden? Es gibt zwei Entscheidungswege: Konsensorientiertes Entscheidungsverfahren und Mehrheitsabstimmung.

Grundsätzliches:

Wichtige Entscheidungen werden auch auf dem Ratschlag, wenn irgend möglich, im Konsens herbeigeführt. Diesem Ziel soll auch Form und Stil der Diskussion entsprechen. Konsens ist, wenn niemand widerspricht, nicht wenn alle zustimmen. Das hier vorgeschlagene Modell soll verhindern, dass bei Attac eine Kultur von Mehrheitsabstimmungen und Übergehen von Minderheiten entsteht. Es soll aber auch eine Selbstblockade verhindern. Die Konsensorientierung relativiert auch die Bedeutung des Delegiertenschlüssels erheblich.

Konsensorientiertes Entscheidungsverfahren

Mit diesem Verfahren werden alle Entscheidungen behandelt außer Finanzfragen, Haushaltsplan, Wahlen, Ort des nächsten Ratschlages und andere Entscheidungen, die einen ähnlich wenig grundsätzlichen Charakter haben. Politische Grundsatzentscheidungen müssen so behandelt werden.

Es wird versucht, bei einem Ratschlag auf Konsens zu diskutieren. Melden mehr als 10% der Anwesenden einen Dissens mit dem entstandenen Meinungsbild an, wird eine AG gebildet, die die exponierten Konfliktparteien umfassen muss. Diese versucht, eine Konsenslösung zu erarbeiten. Findet diese AG keinen Konsens, kann spätestens beim nächsten Ratschlag mit einer 3/4 Mehrheit der Anwesenden abgestimmt werden. Wenn es die Zeit auf dem Ratschlag erlaubt oder wenn die Entscheidung keinen Aufschub duldet, soll die AG zur Findung eines Konsens schon auf dem Ratschlag, bei dem der Dissens auftritt, eingerichtet werden. Sie soll einen Beschlussvorschlag für das Plenum erarbeiten, um noch auf dem gleichen Ratschlag eine Entscheidung zu fällen. Eine Minderheitenposition muss bei der Veröffentlichung der Beschlüsse deutlich werden, wenn die Minderheit dies wünscht.

Mehrheitsentscheidungen

Mehrheitsentscheidungen und Wahlen werden von den Delegierten bestimmt. Mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten wird entschieden:

- Geschäftsordnung
- Finanzfragen
- Haushaltsplan
- Ort des Ratschlages

Politische Grundsatzfragen werden nach dem konsensorientierten Verfahren entschieden. (alles Beschlüsse vom Ratschlag Frankfurt 2002)

Regelsammlung: http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attacstrukturen/Regelsammlung_Attac_Stand_200509.pdf

6 Berichte

6.1 Bericht des Rats

Tätigkeitsbericht 2015/2016 des Rats

Die Homepage des Rates wird regelmäßig aktualisiert. Deshalb kann die Arbeit des Rates am besten verfolgt werden auf der Seite:

<http://www.Attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat/sitzungen/>

Dort findet Ihr die Protokolle, die Materialien zur Vorbereitung einer Sitzung, Inputs von ReferentInnen und die verschiedenen Anträge zur jeweiligen Sitzung.

Der Rat hat seit dem letzten Herbst-Ratschlag viermal getagt und dabei versucht, seiner Aufgabe gerecht zu werden: "Er diskutiert richtungsweisende Prozesse, Haushaltsplan und weiterreichende Entscheidungen. All die langfristigen Themen, für die der Ratschlag nicht die Ruhe und Kontinuität und der Koordinierungskreis nicht die Zeit bietet, sollen hier diskutiert werden. Der Rat ist der strategische Kern von Attac. Er soll die Ideen und Vorstellungen aller Teile von Attac zusammenbringen." (aus der Internet-Seite des Attac-Rates).

Seit dem letzten Ratschlag hatten wir – wie in den Jahren zuvor auch – vier Sitzungen:

- Klausur vom 28.-29.11.2015: Das Hauptthema war „Europa 2016 - was steht an, was können wir machen“. Wir hatten keinen externen Referenten eingeladen, sondern die verschiedenen Arbeitszusammenhänge haben ihre Aktivitäten und Pläne vorgestellt: PG Krisen, AG Internationales, Aktivitäten für ein Anti-Austerity-Bündnis, wiss. Beirat, Regionalgruppe Köln, "Money for the People". Ansonsten war die Klausur geprägt von der Einrichtung der Rats-AGn, der Planung der Anti-TTIP-Aktionen und Kohle/COP- Protesten, von Blockupy und vom Schwerpunkt 2015/16.
- Sitzung am 19. März 2016 in Hannover:
- Es wurden die Ergebnisse der Studie zu Attac von Hendrik Sander vorgestellt und erste Vorschläge des Kokreises zu den Handlungsempfehlungen besprochen.
- Der Rat hat sich intensiv mit den Attac-Aktivitäten zum Thema Flucht und Migration befasst: es wurde die Einrichtung einer AG begrüßt, die Welcome2stay-Aktivitäten und die Aktionen zum Kampf gegen den Rechtspopulismus angestoßen.
- Zudem hatte auf dieser Sitzung Eckhard Stratmann-Mertens die Gelegenheit, seinen Protest gegen die Ablehnung seines Blog-Beitrags zum Thema Flüchtlingspolitik vorzubringen. Seine Anträge auf Aufnahme seines Beitrags in den Blog und auf Zurückweisung des Rassismusvorwurfs gegen seinen Essay wurden vom Rat zurückgewiesen.
- Sitzung am 18. Juni 2016 in Hannover es ging bei dem Hauptthema darum, eine gemeinsame Einschätzung zur Rolle der G20 zu bekommen und eine Zielrichtung

für unsere Aktionen im kommenden Jahr zu erarbeiten. Dazu hatten wir Alexis Passadakis für einen Input eingeladen. Im weiteren Verlauf wurde versucht, dem Auftrag des Ratschlags gerecht zu werden und die bisherigen Aktivitäten zur Auswertung der Studie vorzustellen und die Arbeit daran weiterzuentwickeln.

- Auf der Sitzung am 24. September hatten wir Prof. Andreas Nölke eingeladen, um die Diskussion zum Thema "Wie kann ein gerechtes Europa gestärkt werden?" einzuleiten. Angesichts des nach wie vor hegemonialen Neoliberalismus und der Erfolge des Rechtspopulismus diskutierten wir die Frage, wie wir dazu beitragen können, die solidarische Perspektive in Europa zu stärken.

Das Thema "Entziehung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt Frankfurt" spielte bei allen Sitzungen eine Rolle, aber da es keine juristischen Neuigkeiten gab, ging es bei den Sitzungen i.w. nur darum, über den jeweils neuesten Stand zu berichten.

Außerdem gab es die üblichen Routine-Arbeiten:

- Planungen und Berichte zu den Attac-Aktivitäten, Diskussionen zu aktuellen Fragen, Informationen über internationale Treffen,
- Bestätigungen von bundesweiten Attac-AGn
- Die Vorbereitung von Ratsschlägen, Sommerakademie etc. in den AGn des Rates
- etc.

Eure Rats-VG

6.2 Bericht des KoKreises

Der KoKreis vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach außen und organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen Kommunikationsfluss. Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion. Er ist ein Arbeitsgremium, das sich monatlich für einen Tag trifft, sich außerdem intensiv über Listen abstimmt. Für wichtige Aufgaben des KoKreises (z.B. Haushaltsplanung, Büroentwicklung, Pressearbeit, internationale Kontakte) arbeiten die KoKreis-Mitglieder in kleinen AGs aus drei bis fünf Mitgliedern. Auch vertreten sie im KoKreis die inhaltlichen Kontexte (bundesweite AGs, Kampagnen, Mitgliedsorganisationen, Regionen), in denen sie arbeiten. KoKreismitglieder sind gleichzeitig Mitglieder im Rat; dort sind sie beteiligt an strategischen und organisatorischen Entscheidungen und an der Vorbereitung von Ratsschlägen, Sommerakademien, Aktionsakademien und Ratssitzungen.

Solche KoKreis-Arbeit ermöglicht eine gute politische Zusammenarbeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und eine intensive bundesweite Vernetzung. Sie geht aber nur mit einigen klaren, inhaltlichen Voraussetzungen und einem ziemlichen Arbeitsaufwand.

Aus der Fülle der KoKreis-Arbeit

*** Attac-Gemeinnützigkeit**

Der Stand der Dinge hat sich seit dem letzten Ratschlag grundlegend verändert. Unser Einspruch gegen den entsprechenden Bescheid des Finanzamts wurde im Februar negativ beschieden. Das Finanzamt beurteilt die Aktivitäten von Attac als parteipolitische Einflussnahme und spricht Attac das Recht ab, bei der Umsetzung der Satzungszwecke auch politische Forderungen stellen und Kampagnen organisieren zu können. Außerdem behauptet das Finanzamt, unsere Aktivitäten seien nicht alle auf die in der Satzung genannten Zwecke zurückführbar. Selbstverständlich haben wir hierzu eine konträre Auffassung.

Aufgrund der Ablehnung des Einspruchs hat Attac Klage beim Finanzgericht Hessen in Kassel eingereicht und in der detaillierten Klagebegründung noch einmal deutlich gemacht, dass auch nach geltendem Recht Attac die Gemeinnützigkeit nicht versagt werden darf, da die politische Arbeit keine parteipolitische ist und sich ausschließlich an der Satzung des Trägervereins und dem für die Gemeinnützigkeit zuständigen Gesetz, der Abgabenordnung, orientiert.

Auf unsere Klagebegründung erfolgte die in solchen Fällen übliche Erwiderung des Finanzamtes, die aber keine wesentlich neuen Aspekte brachte. Zu dieser Erwiderung erfolgte dann noch eine Stellungnahme unsererseits.

Inzwischen gibt es einen Verhandlungstermin beim Finanzgericht: den 10.

November 2016 um 9:45 Uhr in Kassel. Die Sitzung ist öffentlich und alle

Interessierten sollten an dem Termin teilnehmen. (Bitte Personalausweise mitbringen).

Möglicherweise wird noch am selben Tag ein Urteil gesprochen. Das ist aber nicht sicher; es ist auch möglich, dass dieses erst einige Wochen später erfolgt. Die Urteilsbegründung erfolgt dann wiederum einige Wochen später. Eine Berufung gegen dieses Urteil ist nicht möglich. Eine Revision und damit eine erneute Verhandlung vor dem Bundesfinanzhof in München erfolgt nur, wenn das Finanzgericht Hessen z.B. wegen der grundsätzlichen Bedeutung eine Revision zulässt. Eine Revision kann allerdings auch auf Antrag erreicht werden, wenn wesentliche Aspekte in der Verhandlung nicht berücksichtigt worden sind.

Wir gehen davon aus, dass wir diesen Prozess gewinnen, weil die förderungswürdigen Gesetzespunkte „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“ und „Förderung des Völkerverständigungsgedankens“ nur durch politische Bildung umgesetzt werden können. In welcher Form diese politische Bildung erfolgt, ob nur im Rahmen von Bildungsveranstaltungen wie der Sommerakademie oder auch durch praktisches Ausprobieren der gewonnenen Erkenntnisse, liegt nicht in der Entscheidungsgewalt des Finanzamtes, sondern ist ausschließlich Sache von Attac.

Zur Zeit steht also Attac weiterhin mit allen Konsequenzen ohne Gemeinnützigkeit da.

Die AG Gemeinnutz, bestehend aus Mitgliedern des KoKreises, des Vereinsvorstands, der Geschäftsführung und des Büroteams, arbeitete kontinuierlich am Thema und ergreift auch in Zukunft alle erforderlichen Maßnahmen.

*** Presse AG**

Die Pressearbeit ist eine der wesentlichen Aufgaben des KoKreises. Dazu gehört die Bearbeitung von Interviewanfragen, die Erstellung von Pressemitteilungen und die Bestückung der NEWS-Seite auf der Attac Homepage. Die Presse AG begleitet einerseits

die Aktivitäten der bundesweiten AGs und Kampagnen und unterstützt diese bei der Pressearbeit. Daneben greift sie auch selbst Themen auf. Dazu wird die aktuelle Presseberichterstattung verfolgt und ausgewertet sowie geplant, zu welchen Anlässen, beispielsweise anstehende Bundestagsentscheidungen, Pressearbeit erfolgen kann. Die Presse AG telefoniert jeweils zu Beginn der Woche, um anstehende Themen zu besprechen. Die Abstimmung von Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen erfolgt über Mailingliste. Im Laufe dieses Jahres wurden rund 90 Pressemitteilungen heraus gegeben.

* **Studie Zukunft von Attac**

Der Kokreis hat die Anfang 2016 fertiggestellte Studie "Die Zukunft von Attac - Stärken, Probleme, Handlungsoptionen" von Hendrik Sander im Vorfeld des Frühjahrsratschlages Attac-intern zur Diskussion veröffentlicht. Als Konsequenz aus den Handlungsempfehlungen der Studie hat der Kokreis dem Ratschlag vier Vorschläge vorgelegt, die vorab im Rat vorgestellt wurden.

1. Verbesserung der Kommunikationskultur
2. Mach mit bei Attac!
3. Stipendien für Aktivist*innen
4. Bessere Vernetzung der Attac-Ebenen

Auf dem Frühjahrsratschlag wurden nach intensiver Diskussion die Vorschläge 1, 3 und 4 angenommen, der Vorschlag 2 ("Mach mit bei Attac") wurde zusammen mit den vorgelegten Vorschlägen von P.Grottian zur Konkretisierung an eine Arbeitsgruppe delegiert. Auf Beschluss des Ratschlages hat sich zudem eine "Steuerungsgruppe" zur weiteren Bearbeitung der Studie gebildet, die kurz danach ihre Arbeit aufgenommen hat. Weiterhin arbeiten Attac Stuttgart und die Gruppenunterstützung im Bundesbüro im Projekt „Mitgliederentwicklung“ mit einer Befragung von 13 lokalen Attac-Gruppen als erstem Schritt.

Der Kokreis hat die Beschlüsse zu den 3 Vorschlägen wie folgt umgesetzt:

- Verbesserung der Kommunikationskultur: Von der AG Gruppenunterstützung werden zusammen mit dem Verantwortlichen für Gruppenunterstützung im Bundesbüro Seminare zu Moderation angeboten. Darüber hinaus sollen und können Gruppen bei Konflikten die AG Gruppenunterstützung zur Beratung, Klärung, Mediation in Anspruch nehmen.
- Stipendien für Aktivist_innen: Der Kokreis hat im August beschlossen, die Möglichkeit zu schaffen, Personen befristet für die politische Arbeit bei Attac von Erwerbsarbeit (teilweise) freizustellen. Das Prinzip bei Attac, dass hauptamtlich Beschäftigte rein organisatorische und administrative Aufgaben übernehmen, wird davon nicht berührt. Durch Stipendien für Aktive soll erreicht werden, dass einzelne ehrenamtlich Aktive sich mit Zeit und Energie in politisch wichtige Projekte einbringen. Die Stipendien werden für konkrete Aufgaben in Form von Werkverträgen vergeben und sollen 10.000 Euro nicht überschreiten. Die FinanzAG wurde gebeten, bei der Aufstellung des Haushalts 2017 Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € einzuplanen.
- Zur besseren Vernetzung zwischen lokaler und Bundesebene bei Attac sollen jährlich vor dem Frühjahrsratschlag Regionaltreffen zum Austausch und zur Koordination von Aktivitäten durchgeführt werden. Die Ratsmitglieder der jeweiligen

Region sollen dies initiieren und Ansprechpartner sein. Erste Erfahrungen über die Umsetzung können auf dem Frühjahrsratschlag 2017 ausgetauscht werden.

Die Diskussion über Umgang und Konsequenzen aus der Studie "Zukunft von Attac" wird auf dem Herbstratschlag fortgesetzt.

*** Krise, Kohle, COP - Attac-Arbeit zu Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie und Ausstieg aus unnützer Produktion**

Im Dezember 2015 standen die 21. UN-Klimaverhandlungen in Paris an (COP21), die Attac Deutschland mit Pressearbeit und Kontaktperson vor Ort begleitet hat. Eine Bewertung des Pariser Abkommens findet ihr hier.

http://www.Attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG-Energie-Klima-Umwelt/Material/Papiertiger.pdf

In den nächsten Monaten lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Mobilisierung für die globale Aktionswelle „Break Free from Fossil Fuels“. Auf der Ebene des Europäischen Attac Netzwerkes bildete sich eine Arbeitsgruppe, die zu den weltweiten Aktionen gegen fossile Infrastruktur aufrief, vor allem zu den in Europa stattfindenden Aktionen in der Lausitz und in Wales. Gleichzeitig gab es Einigkeit im EAN, dass wir zwar die Forderung unterstützen, fossile Ressourcen im Boden zu lassen, doch das uns der Slogan „Keep it in the ground“ nicht weit genug geht. Um Klimagerechtigkeit zu verwirklichen, braucht es einen tiefgreifenden Umbau der Produktionsmuster und gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen. Um dies zu untermauern und um Attac Themen innerhalb der Klimabewegung sichtbar zu machen, verfasste die EAN Arbeitsgruppe ein Positionspapier zu Klimagerechtigkeit.

<http://www.Attac-netzwerk.de/ag-eku/globale-klimagerechtigkeit-anti-kohle/>

Attac Deutschland mobilisierte zu „Ende Gelände“ im Lausitzer Braunkohlerevier, wo vom 13.-15.5. rund 4000 Menschen auf dem Klimacamp waren und in einer Massenaktion zivilen Ungehorsam den Betrieb des Kraftwerks Schwarze Pumpe blockierten. An der Aktion nahmen auch viele internationale Aktivist_innen teil, und das Medienecho war groß. Im Mai fanden unter dem Dach der Kampagne „Break Free“ auch Aktionen u.a. in Australien, in Südafrika, auf den Philippinen, in der Türkei statt.

Inhaltlich wurde der Widerstand gegen die Kohle durch die Tagung „Kohleausstieg jetzt! - der erste Schritt zur sozial-ökologischen Transformation“ am 3.10. in Köln unterfüttert. Auf der Konferenz diskutierten wir Möglichkeiten eines sozial-gerechten Kohleausstiegs und über ein Leben und Arbeiten ohne Kohle.

Auf der Vortragsreihe „Für ein Gutes Leben ohne Kohle“ tourten vom 27.9. - 8.10. zwei Referentinnen aus Südafrika und Kolumbien durch Deutschland. In sieben Städten berichteten sie von den verheerenden Folgen des Kohle-Abbaus in ihren Ländern. Dabei wurden deutlich, dass deutsche Kreditanstalten (z.B. die KfW) Investitionen in Kohlekraftwerke in Südafrika finanzieren und dass deutsche Stromversorger Strom aus Kolumbien und Südafrika beziehen und dass im Sinne einer internationalen Solidarität unsere konzernkritischen Aktivitäten vor Ort gefragt sind.

***Arbeit gegen die EU-Krisenpolitik und für europaweite Solidarität**

Welcome2stay

Anfang des Jahres entstand das Bündnis Welcome2Stay, ausgehend von der Erkenntnis, dass einerseits Hunderttausende sich beteiligen, um die Situation der Geflüchteten bei uns

erträglich zu gestalten, einschließlich Migrant_innen selbst, dass wir aber zu leise und zu sehr damit beschäftigt sind, das unmittelbar Notwendige zu tun. Wir fragten uns, warum sind wir kaum in der Lage, gemeinsam unsere Stimme zu erheben? Wir sind lokal oft gut vernetzt und organisiert, aber auf der bundesweiten Ebene fast unsichtbar. **Das wollten und das müssen wir ändern.**

Ein erster großer Schritt war diesbezüglich die Organisation eines ersten bundesweiten Zusammentreffens vom 10. bis 12. Juni in Leipzig, an dessen Vorbereitung Attac personell und finanziell beteiligt war. Nach Leipzig kamen Menschen aus Willkommensinitiativen, aus antirassistischen und migrationspolitischen Gruppen sowie aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dieses breite Spektrum und die Zahl von über 800 Teilnehmenden, überstiegen unsere Erwartungen bei weitem. Besonders erfreulich war die relativ starke Beteiligung von weitgehend selbstorganisierten Geflüchteten, die im Verlauf des Treffens zunehmend das Wort ergriffen und ihre Erfahrungen und Anliegen vortrugen.

Beim abschließenden Podium stimmten wir darin überein, dass es bei allen Differenzen doch überwiegend Gemeinsamkeiten gibt, und vereinbarten die folgenden, grundlegenden Forderungen:

Wir stehen ein

- für das Recht zu kommen, zu bleiben und zu gehen und für gleiche politische und soziale Rechte.
- für eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben, und zwar für alle Menschen, die hier leben - unabhängig davon, welchen Pass sie haben.

Seit Leipzig hat sich der Kreis der Beteiligten am W2S Bündnis erweitert und es gab bereits ein weiteres Arbeitstreffen mit 150 Beteiligten. Attac leistet auf Bundesebene zwar keine praktische Arbeit mit Geflohenen, einzelne Gruppen und Einzelpersonen tun dies jedoch in erheblichem Maße.

Als Attac D und als KoKreis sehen wir unsere Aufgabe im W2S Bündnis darin, die uns zugestandene und als Attac typisch angesehene Kompetenz einzubringen. Dies betrifft die Ursachenanalyse, was Menschen fliehen lässt und auch die Frage, wie eine andere Welt aussehen sollte/könnte (Stichwort Globale Soziale Rechte). Unsere Aufgabe ist es auch weiterhin, die klare politische Positionierung und öffentliche Auseinandersetzung um diese Fragen voranzubringen.

Aufstehen gegen Rassismus

Im Frühjahr 2016 hat sich das Bündnis **Aufstehen gegen Rassismus** gegründet. Attac war am Entstehungsprozess beteiligt und arbeitet seither im bundesweiten Koordinierungskreis des Bündnisses mit. Im Bündnis sind neben Attac Akteure aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, migrantische Verbände, Gruppen aus dem Antifa-Bereich, zivilgesellschaftliche Organisationen, radikale Linke, Gliederungen aus dem parteipolitischen Spektrum der Linken, der Grünen und der SPD sowie regionale Bündnisse vertreten. Schwerpunkt des Bündnisses ist die offensive Auseinandersetzung mit den zunehmenden Rassismus in Deutschland, insbesondere im organisatorischen Gewand der AfD.

Auf der Aktionskonferenz im April 2016 hat das Bündnis beschlossen, auf vier Feldern aktiv zu werden:

- *Kampagne Stammtischkämpfer*innen*

Das Bündnis hat sich vorgenommen, bis 2017 10.000 Menschen darin auszubilden, dass sie kompetent in ihrem gesellschaftlichen Umfeld, sei es in der Schule, im Verein, im Betrieb oder in der Nachbarschaft, gegen rassistische Propaganda agieren können. Dazu wurde Schulungsmaterial erstellt und Multiplikator*innen geschult.

- *Öffentlich der AfD entgegen treten*

Sowohl mit eigenen Demonstrationen und Konzerten als auch mit Aktionen gegen Auftritte der AfD will das Bündnis mit dazu beitragen, dass die AfD bei Wahlen nicht weiter Zulauf bekommt und sich nicht als parlamentarischer Arm des rassistischen Rechts in Deutschland etablieren kann.

- *Materialien*

Das Bündnis erstellt Flyer und andere Materialien für die Arbeit gegen die AfD und andere rassistische Gruppen.

- *Vernetzung*

Mit der Plattform #Aufstehen-Netzwerk stellt das Bündnis eine Internetplattform zur Verfügung, über die sich Gruppen und einzelne Aktive bei ihrer antirassistischen Arbeit vernetzen können.

Während die Arbeit in der Kampagne Stammtischkämpfer*innen sehr gut läuft, blieb die Beteiligung bei der bundesweiten Demo am 3.9.2016 in Berlin leider deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Dies hatte mehrere Gründe:

- Die schlechte Lage direkt am Ende der Sommerferien hat die Mobilisierung sehr erschwert. Dies gilt sowohl für die Mobilisierung innerhalb von Berlin, insbesondere aber für die überregionale Mobilisierung.

- Der Versuch, ein breites Bündnis von der Radikalen Linken bis zu Teilen der Grünen und der SPD hinzubekommen, hat für die Demo nicht wirklich funktioniert. Die inhaltlichen Positionen lagen teilweise sehr weit auseinander. Dies hat die Vorbereitung belastet und die Mobilisierung erschwert.

- Viele Gruppen im Bündnis, auch Attac, konnte das eigenen Klientel nur sehr wenig mobilisieren.

Für den 5.11.2016 ist in Frankfurt das nächste Bündnistreffen geplant. Dort soll es im Wesentlichen um die Auswertung der bisherigen Arbeit und um die Planung für die Bündnisaktivitäten für 2017 gehen.

Trotz der bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration zutage getretenen Schwierigkeiten hat das Bündnis Potential, einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rassismus im Allgemeinen und die AfD im Besonderen zu leisten. Dazu muss innerhalb des jetzt bestehenden Bündnisses ein tragfähiger inhaltlicher Konsens über die Ausrichtung der gemeinsamen Aktivitäten gefunden werden. Zudem muss es gelingen, das Bündnisspektrum zu verbreitern.

* **TTIP-Kampagne**

Auch im dritten Jahr der TTIP-Kampagne sind die Proteste gegen Freihandelsabkommen ein Kernpunkt unserer Attac-Aktivitäten geblieben. Der Widerstand gegen eine undemokratische Handelspolitik im Interesse von Konzernen hat in Attac und darüber hinaus eine beträchtliche Dynamik entfaltet und es zeichnet sich deutlich ab, dass der Rückhalt für die neoliberale Freihandelspolitik in der Bevölkerung schwindet.

Bereits unsere Neujahrsaktion in Berlin hat darauf hingewiesen, dass für die Attac-Kampagne 2016 insbesondere die Arbeit zu CETA im Mittelpunkt stehen soll. Erster Meilenstein im Widerstand gegen TTIP&Co war im Januar in Berlin die Demonstration „Wir haben es satt“, ein Signal gegen die Agrarindustrie und für eine Agrarwende.

Im Februar folgte die Aktions- und Strategiekonferenz des „TTIP-unfairhandelbar“ Bündnisses in Kassel, die sich insbesondere an die lokalen Initiativen und Bündnisse richtete. An der Vorbereitung und Durchführung war Attac in erheblichem Maße beteiligt. Im April trafen sich in Barcelona Vertreter von Städte und Gemeinden mit AktivistInnen aus der freihandelskritischen Bewegungen zur ersten „paneuropäische Konferenz TTIP-freie Kommunen“, sie prangerten die Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und insbesondere das Verbot von Rekommunalisierungen in CETA und TTIP an.

Ein weiterer Meilenstein war die überregionale Demo „Obama und Merkel kommen: TTIP und CETA stoppen“ in Hannover am 23. April mit 90 000 Teilnehmern, zu der das breite TTIP-Demo-Bündnis aus Anlass der Eröffnung der Hannover Messe durch die beiden Politiker aufgerufen hatte.

Den Höhepunkt der Proteste bildete im September die großartige dezentrale Bündnisdemo „CETA & TTIP stoppen! – Für einen gerechten Welthandel!“ in sieben Städten, bei der mehr als 320.000 Menschen das Aus für CETA und TTIP forderten.

Mit einem reichen Angebot an Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, häufig zusammen mit den Bündnispartnern des Kampagnenbündnisses „TTIP unfairhandelbar“, insbesondere mit eigenen Flyern und Factsheets, Kampagnenelementen wie „CETA in die Tonne“, „TTIP-freie Kommunen“ oder mit vielfältigen und kreativen Aktionen von Attac Gruppen vor Ort, allein oder auch in lokalen Bündnissen, haben wir einen enormen Beitrag zur Entwicklung einer immer breiteren Bewegung für eine gerechte Handelspolitik geleistet.

Jedoch sowohl der Beschluss des SPD Parteikonvents zu CETA als auch das EU-Handelsministertreffen im September machen sichtbar, dass ein Umdenken der Eliten in der Handelspolitik noch lange nicht begonnen hat. Bestätigt wird das durch den geleakten Entwurf für eine gemeinsame Erklärung der EU-Kommission und Kanadas zu CETA, aber auch am Festhalten von Kommission, Wirtschaft und der Bundeskanzlerin an den TTIP-Verhandlungen.

Für das kommende Jahr bieten die Kampagnen-Erfolge 2016 eine gute Grundlage, auf der Attac gemeinsam mit Bündnispartnern durch unterschiedliche Aktivitäten unvermindert gesellschaftlichen Druck auf Entscheidungsträger ausüben kann, um so nicht nur die CETA-Ratifizierung und die vorläufige Anwendung des Vertrages zu verhindern, sondern auch TTIP, TiSA & Co.

*** Sommerakademie 2016 vom 5. bis 9. August in Düsseldorf**

Insgesamt kann die Sommerakademie sowohl inhaltlich als auch organisatorisch als gelungene Veranstaltung bezeichnet werden. Dies, obwohl sowohl die Programmgruppe als auch das Orgateam personell gering besetzt waren. Einen wesentlichen Beitrag leistete dafür die sehr engagierte Regionalgruppe in Düsseldorf.

Es gab noch nie so viele Veranstaltungen wie in Düsseldorf: 16 überwiegend dreitägige Seminare und rund 60 Workshops und weitere Veranstaltungen waren ein umfangreiches Angebot. In den meisten Fällen fanden 15 Veranstaltungen parallel statt, was dazu führte,

das einige sehr schwach besetzt waren. Aus dieser Erfahrung müssen wir unsere Konsequenzen ziehen.

Die klare Programmstruktur, die es auch schon 2015 gegeben hat, hat sich bewährt. Der neu gestaltete Eröffnungsabend hat sehr gut funktioniert. Auffällig war, dass wieder mehr junge Menschen an der Soak teilgenommen haben.

Deutlich verbesserungswürdig sind die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung, insbesondere der Web-Auftritt. Durch eine Optimierung ließen sicher noch etwas mehr Menschen für die Sommerakademie gewinnen. Zwar lag die Anzahl der Teilnehmenden im Trend der letzten Jahre, ließe sich aber sicher steigern.

2017 wird voraussichtlich keine eigene Sommerakademie stattfinden. 2017 wollen wir nach Toulouse.

Save the date: Europäische Sommeruniversität (ESU) in Toulouse: vorauss.

18. bis 22. August 2017

*** Internationales**

Auch im Bereich Internationales hat Attac Deutschland im abgelaufenen Jahr eine Reihe von Aktivitäten entwickelt. In London und in Wien haben wir die halbjährlichen Treffen des europäischen Attac Netzwerks mitgestaltet. Klima, Finanzmarktkrise und die Zukunft der EU waren die Hauptthemen dieser Zusammenkünfte. Auf Initiative von Attac De wurde eine europaweite Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern ins Leben gerufen. Zu dem umstrittenen Thema Europa wurde in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein sehr kontroverses Seminar in Paris veranstaltet. Ein Treffen mit Attac Frankreich steht im November auf der Tagessordnung. Auf dem Weltsozialforum in Montreal waren wir aus Kostengründen nur mit zwei Personen vertreten und haben Veranstaltungen nur gemeinsam mit Attac Frankreich und Attac Quebec durchgeführt. Auch hier waren Klima und Finanzmarktkrise unsere Themen. Gemeinsam mit dem Globalen Attac Netzwerk wurde dort in Montreal ein weltweiter Aktionstag gegen Steueroasen beschlossen - eine Aufgabe, die wir in Europa im Frühsommer 2017 gemeinsam bewältigen wollen.

KoKreis-Arbeit 2017

Um im kommenden Jahr die KoKreis-Arbeit mit Begeisterung machen zu können, um die brennenden politischen Themen gut zu bearbeiten, brauchen wir erneut einen sehr verlässlichen, politisch und sozial kompetenten KoKreis.

Wir ermutigen deshalb Attacies, sich zur Wahl zu stellen.

Wir bitten Euch aber gleichzeitig darum, sehr darauf zu achten, solche Attacies zu wählen, für die folgende Voraussetzungen möglichst weitgehend zutreffen:

- Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit und soziale Kompetenz: wertschätzender Umgang, Kommunikations-, Kritik- und Konfliktfähigkeit als Basis der KoKreis-Arbeit.
- Bereitschaft und Lebenssituation, die es ermöglicht, regelmäßig bis zu 20 Wochenstunden für KoKreis-Arbeit einzusetzen, zuverlässig für einen Wochentag pro Monat zur KoKreissitzung zu fahren und viermal im Jahr zu Ratssitzungen.

Zudem *schlagen wir vor*, auch solche Attacies in den KoKreis zu wählen, die nur eine geringere Wochenstundenzahl erübrigen können,

- wenn sie kontinuierlich an Treffen und Mailkommunikation teilnehmen und ihre Erfahrung für Attac wichtig ist,
- wenn sie über möglichst intensive Kenntnis der Attac-Arbeitszusammenhänge oder zumindest Erfahrungen aus Bewegungskontexten verfügen,
- wenn sie politische und organisatorische Erfahrung haben und sich klar am Attac-Grundkonsens orientieren:

„Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.

Attac wirft die Frage nach wirtschaftliche Macht und gerechter Verteilung auf.

Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.

Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“

Daneben sind Kooptierungen für KoKreis-AGs zu ermöglichen, wenn diese sonst nicht ausreichend stabil arbeiten können.

6.3 Bericht Schwerpunkt

Attac Schwerpunkt-AG 2016 „Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“
Ersteller: Achim Heier

Im Bericht für den Herbstratschlag 2015 hatten wir geschrieben:

„Neben globaler Armut können wir Naturzerstörung nicht länger ignorieren. Ökologische Nachhaltigkeit ist mit einer Produktionsweise, die auf Wachstum angewiesen ist, nicht vereinbar, soziale Gerechtigkeit innerhalb des Kapitalismus nur schwer vorstellbar. Wir müssen soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit künftig zusammen denken, beides ist nicht von der Frage der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu trennen. Und wir müssen Perspektiven jenseits des Wachstumszwangs entwickeln und unser Handeln daran ausrichten.“

Ob Freihandel, der zerstörerische Einfluss der Konzerne auf unsere Demokratien, Eurokrise oder Regulierung des Finanzsektors, Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge/Infrastruktur, Privatisierung wichtiger Dienstleistungen, industrielles Landwirtschaftssystem u.v.m: Positivszenarien einer sozialökologischen Transformation können Alternativen hin zu einer bedarfsorientierten Ökonomie aufzeigen sowie die unsozialen und naturzerstörenden Auswirkungen kapitalistischen Wachstums zurückdrängen.“

Dies gilt uneingeschränkt weiter und an diesen Leitlinien hat sich die AG in ihrer Arbeit im letzten Jahr orientiert.

In der AG arbeiten etwa 10 Leute aktiv mit. Neue Mitglieder sind kaum hinzugekommen. Da viele Mitglieder gleichzeitig in anderen Attac-Zusammenhängen (z.B. Kokreis) eingebunden sind, waren die Ressourcen der AG entsprechend beschränkt. Die AG kommuniziert in 2-wöchentlichen Telefonkonferenzen und hat ein Arbeitstreffen in Frankfurt durchgeführt.

„Raus aus der Kohle – sofort und überall“

Anknüpfend an die Aktivitäten von „Ende Gelände“ im rheinischen Braunkohlerevier im Sommer 2015 hat der Herbstratschlag 2015 einer Konkretisierung des Schwerpunktes unter dem Motto „Das Ende der Kohle ist nur der Anfang...“ zugestimmt.

Die AG hat daraufhin den Basisflyer „Raus aus der Kohle – sofort und überall“ erstellt, der sowohl Fakten zur Braunkohle als Klimakiller Nr.1 aufführt als auch die Zusammenhänge zu Vertreibung und Produktion von Armut herstellt. In seiner ansprechenden Gestaltung kann der Flyer auch als Plakat verwendet werden.

Die AG hat den Frühjahrsratschlag in Halle genutzt, um in einer Podiumsdiskussion am Freitagabend das Ende der Kohle mit Ansätzen zur sozial-ökologischen Transformation zu verbinden. Desgleichen auf dem Forum „Sozial-ökologisch – aber wie?“ auf der Sommerakademie in Düsseldorf.

Die AG hat sich zusammen mit der Attac-AG Energie,Klima,Umwelt in die Aktivitäten „Ende Gelände“ Pfingsten in der Lausitz eingebracht. Eine gemeinsame Veranstaltung mit

Attac Cottbus und örtlichen Gruppen kam jedoch wegen der Nähe unserer Positionen zu „Ende Gelände“ nicht zustande.

Die Aktivitäten standen im Rahmen der globalen Aktionswelle „Break Free from Fossil Fuels“, die vom Europäischen Attac Netzwerk EAN unterstützt wird. In Erkelenz haben wir auf einer von uns mit organisierten Veranstaltung über Perspektiven jenseits des rheinischen Braunkohleabbaus auf dem Podium teilgenommen.

Der Erfolg der Tagebau-Besetzungen und die positive öffentliche Resonanz zeigen, dass der Widerstand gegen Kohleabbau in Deutschland wächst und erfolgversprechend ist. In der Lausitz, im Rheinland und auch anderswo. Unser Anteil kann dabei neben Mobilisierung für Aktionen das Bereitstellen von Diskursräumen zur Verknüpfung mit anderen Attac-Themen wie Welthandel, Finanzmarktkritik und Privatisierung/ Demokratisierung sowie Perspektiven Guten Lebens sein. KooperationspartnerInnen finden wir dabei u.a. in der anwachsenden „Degrowth“-Bewegung. Die nicht zu leugnenden Altersunterschiede zwischen Klima-Degrowth-Aktivistinnen und der Mehrheit der Attac-Aktivistinnen können dabei produktiv genutzt werden.

Anfang Oktober hat organisiert die AG in 7 Städten eine Speakerstour „Für ein gutes Leben ohne Kohle“ mit zwei Aktivistinnen aus Südafrika und Kolumbien organisiert. Deriz Paz und Makoma Lekalaka informierten über die verheerenden Auswirkungen von Kohlebergbau in ihren Ländern und stellten damit den internationalen Bezug von „Fossil Free“ dar.

Am 3. Oktober hat die AG zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Tagung „Kohlausstieg jetzt – Der erste Schritt zur sozial-ökologischen Transformation“ mit 40 Teilnehmern Köln in Köln durchgeführt. Die Tagung wurde von Vertreter aus der Lausitz und dem rheinischen Revier zur Vernetzung genutzt.

Leider ist es uns trotz der Aktivitäten nicht gelungen, das Thema zu einem wirklichen Schwerpunktthema innerhalb von Attac zu machen. Die lag unter anderem daran, dass es nach wie vor schwierig bis unmöglich ist, sich innerhalb von Attac auf einen gemeinsamen Schwerpunkt zu verständigen. Zum anderen ist es uns nicht gelungen, das abstrakte Thema Globale Armut und Umweltzerstörung auf eine konkrete Handlungsebene zu beziehen. Die Konkretisierung auf Kohleausstieg hat nur sehr eingeschränkt funktioniert.

Das Ziel „Globale Armut & Naturzerstörung solidarisch überwinden“ ist aktueller denn je. Die Auswege der herrschenden Eliten aus den weltweiten Krisen sind wachsende Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Vertiefung globaler sozialer Spaltung. Als einen wichtige Termin, die Öffentlichkeit gegen diese zynische Politik zu mobilisieren, sieht die AG den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017. Hier gilt es, die Zusammenhänge zwischen Klima, Armut, Flucht, Freihandel aufzuzeigen und eigene Entwürfe dagegen zustellen. In diesem Sinne wird die AG weiterarbeiten und freut sich über weitere AktivistInnen.

6.4 Bericht Rats AG Website

Bericht über die Tätigkeiten der Web-AG des Attac-Rats, 12. Oktober 2016

Die Web-AG hat sich auf der Klausur des Rats am 16./17. Nov. 2013 konstituiert und arbeitet in teilweise wechselnder Besetzung.

Die AG hat nur eine beratende Funktion, sie erarbeitet Vorschläge zur politisch-inhaltlichen und ergonomischen Verbesserung der Webseite (und sie freut sich auf Anregungen seitens der Attacies).

Gegenstand der Betrachtung sind <http://www.Attac.de/> und Unterseiten davon, sowie <http://www.Attac-netzwerk.de/> (nach Umstellung).

Die Web-AG des Ko-Kreises entscheidet über Veröffentlichungen auf der Webseite.

Unsere Tätigkeiten im Jahre 2016 (1)

- Wir haben es begrüßt, dass eine Kampagnen-Archiv eingerichtet wurde:

<http://www.Attac.de/kampagnen/kampagnenarchiv/>

- Wir haben die web-Administratoren auf Probleme bei der Umstellung der Attac-Netzwerk-Seite hingewiesen (z.B. Restriktionen für einen Teil der Webseiten-Administrator_innen, kein HTML mehr, frühere Links funktionieren nicht mehr, Terminleiste,)

- Wir haben die bundesweiten AGs darum gebeten, ihre Seite zu pflegen und zu aktualisieren - bzw. mitzuteilen, welche Probleme sie dabei haben.

- Wir haben mit unserer vormaligen Kontaktperson zum KoKreis und später mit dem web-Team Verbesserungsvorschläge besprochen, manche sind angenommen worden; wir bedanken uns für die Kooperation.

Einige unserer seit 2 bis 3 Jahren vorgetragenen Änderungsvorschläge für den web-Auftritt bleiben unbearbeitet:

z.B.: Kampagnen: Wir hatten vorgeschlagen, den sehr allgemeinen Text über Kampagnen, der als Einleitung steht, durch einen Text zu ersetzen, der die aktuellen Kampagnen von Attac einleitet.

z.B. Themen: Wir haben nicht erfahren können, wer die Texte zu den Themenseiten geschrieben hat und nach welchen Gesichtspunkten die Links gewählt wurden. Auf Anregung der AG wurden auf der Themenseite der Punkt „Demokratie“ als Thema hinzugefügt. Es fehlt noch der Themenschwerpunkt „Globalisierung und Krieg“.

- Wir wurden zum Beratungstag Öffentlichkeitsarbeit von Attac eingeladen; das für den 27.4. geplante Treffen wurde abgesagt, wir wissen noch nicht, wann er nachgeholt wird. Es ist ein zäher Prozess, wenn man sich „zwischen durch“ damit beschäftigt und kommuniziert. Auf der anderen Seite versanden leicht Verbesserungsideen.

Daher haben wir den Vorschlag entwickelt, interessierte Attacies, insbesondere Web-Administratoren für die bundesweiten AGs und die Regionalgruppen, zu einer Arbeitssitzung einzuladen, auf dem das Web-Auftreten von Attac bilanziert wird, Probleme ausführlich diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden; in diesem Sinne haben wir einen Antrag an den Ratschlag formuliert (s. unten).

Wir werden auf dem Herbstratschlag anwesend sein und freuen uns, wenn ihr uns anspricht und mit uns über Probleme und Lösungen redet.

Für die web-AG: Dani, Franz, Klaus, Marie-Dominique

Mail an die AG: rat-webseite@listen.Attac.de

(1) Wir verweisen auf einen Bericht an der Rat von September 2014

http://www.Attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Berichte/20140920_Bericht_ueber_die_Taetigkeiten_der_Web-AG_des_Rates_von_Attac.pdf

6.5 Bericht der Steuerungsgruppe

Zur Studie von Hendrik Sander »Die Zukunft von Attac – Stärken, Probleme, Handlungsoptionen«

Seit ihrer Einsetzung auf dem Frühjahrsratschlag in Halle bewegt sich die *Steuerungsgruppe* in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite steht die intensive Suche nach wirksamen Instrumenten, um ihrem Auftrag – Impulse für die Diskussion der Studie zu setzen – gerecht zu werden. Die andere Seite des Feldes lässt sich ganz kurz mit »Ja, aber ...« beschreiben. Wir sind also eine fast normale Attac-Gruppe.

Doch es gibt einen großen Unterschied: unsere Inhalte sind keine klassischen Attac-Themen. Oder habt Ihr schon einmal mehrere Telefonkonferenzen zum *Selbstverständnis* Eurer Gruppe geführt und darüber diskutiert, wie Ihr es als Gruppe verhindern könnt, Teil des zu bearbeitenden Problems zu werden?

Das Engagement jeder/s Attacie/s zielt auf Veränderungen außerhalb von Attac. Wohin die Diskussion der in der Studie angesprochenen Probleme und Herausforderungen führt, ist offen. Sie kann eines bedeuten: Veränderungen innerhalb von Attac. Aber vielleicht kommt dabei ja auch nur heraus, dass alles so bleiben kann, wie es ist.

Die Präsentation der Steuerungsgruppe wird am Samstag Nachmittag erfolgen und kann nach dem Herbstratschlag unter <http://www.Attac-netzwerk.de/zukunft/dokumente> heruntergeladen werden.

Gruppenmitglieder

Andreas Beldowski *Attac Lübeck*,

Dieter Boden *Attac Wuppertal*

Detlev Matthias Daniel *Attac Odenwald*

Michael Djie *Attac Freiburg*

Lutz Dudek *Attac Bielefeld*

Andreas Fischer *Attac Berlin*

Maira Frisch *Attac Freiburg*

Ralf Liebers *Attac Rhein-Sieg*

Katharina Walckhoff *Attac Minden* (Stand Oktober 2016)

Kontakt team@die-zukunft-von-Attac.de

7 Vorschläge

7.1 Projektgruppe G20: Attac-Aktivitäten zum G20-Gipfel 2017

Die Projektgruppe G20 schlägt vor: "Attac beteiligt sich im kommenden Jahr an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg und setzt dafür erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen ein. Attac fällt dabei im Bündnis eine besondere Rolle zu, die wir so gut wie möglich auszufüllen versuchen."

Begründung, Themen, Maßnahmen im Folgenden:

Am 1. Dezember 2016 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft der G20, der zwanzig reichsten Staaten der Erde. Am 7. und 8. Juli' 2017 werden sich deren Staats- und Regierungschef_innen in Hamburg zu einem Gipfeltreffen versammeln – drei Monate vor der Bundestagswahl findet eine Machtinszenierung statt, die eine Großstadt über Tage hinweg lahmlegen wird.

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen und Wirtschaftssysteme stehen die G20-Staaten für eine auf Profitmaximierung ausgerichtete neoliberale Agenda zugunsten globaler Konzerne, Schutz der Investitionen großer Vermögensbesitzer, Vorrang der Finanzmärkte und fortgesetzte Naturzerstörung. Die globalen Folgen sind brutale soziale Ungleichheit, Klimawandel, Kriege, Flucht, Prekarität und Verarmung.

Die Welt ist aus den Fugen – und indem die G20 die Probleme mit alten Rezepten wie Wirtschaftswachstum angehen wollen, sind sie Teil des Problems, nicht der Lösung.

1. Was will die G20?

Die Aufwertung der G20-Gipfel war eine Reaktion auf den Kollaps der Lehmann-Bank 2008 und den darauf folgenden Crash der Finanzmärkte. Mit ihm wurde praktisch die neue Multipolarität der Weltwirtschaft anerkannt. Die G20-Gipfel der Staats- und Regierungschef_innen sind informell, sie haben keine völkerrechtliche Grundlage. Trotz teils großspuiger Rhetorik war es das Ziel der G20, den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in nur wenig angepasster Form zu stabilisieren und fortzusetzen: Private transnationale Banken, Freihandel etc. – alter Wein in neuen Schläuchen! Die kurze krisengetriebene Phase von 2008 bis 2010 brachte etwas Bankenregulierung und Konjunkturprogramme, seitdem dominieren und lähmen wirtschafts- und geopolitische Konflikte die jährlichen Gipfeltreffen. Die deutsche Regierung markiert mit ihrer „Schwarzen-Null“-Orthodoxie und Austeritätspolitik den wirtschaftspolitisch äußersten konservativen Rand der G20.

2. Was will Attac?

Attac sieht im G20-Gipfel in Hamburg eine große Bühne mit globaler Öffentlichkeit, um seine Anliegen zu platzieren: Die Welt ist aus den Fugen, und wer sie ändern will, braucht neue und andere Ideen, nicht alte Rezepte. Zum G20-Gipfel in Hamburg wollen und können wir den solidarisch-emanzipatorischen Pol dieser Gesellschaft sichtbar machen – den gar nicht kleinen Teil, der weder der neoliberalen Ideologie anhängt noch den neuen autoritären „Lösungen“ von rechts.

Zwar sind Proteste in der Bundesrepublik gegen den Umgang mit den Folgen der Finanz-

krise ebenso gescheitert wie gegen die Austeritätspolitik – sie fanden so gut wie keinen Niederschlag in konkreter Politik und den Machtverhältnissen. Gleichzeitig erleben wir starke Bewegungen für eine bessere Gesellschaft: Gegen die "Freihandelsabkommen", die Willkommensbewegung für Geflüchtete, die Mobilisierungen gegen Pegida, AfD und andere Nazis, „Recht auf Stadt“-Proteste und eine kleine aber handlungsfähige Bewegung für Klimagerechtigkeit. Für diese Bewegungen können wir einen globalen Rahmen, einen größeren politischen Kontext schaffen.

3. Themen

Die offizielle Gipfelagenda wird von der aktuellen politischen Lage beeinflusst sein und ist heute noch nicht im Detail absehbar. Unter dem Dachthema können sich verschiedene Einzelthemen und -aspekte versammeln.

Dachthema: "Globale Ungleichheit bekämpfen!"

Ungleichheit ist eine zentrale Ursache der weltweiten Krisen, sowohl global betrachtet als auch auf einzelne Länder bezogen. Die G20 steht für eine Fortsetzung der Standortkonkurrenz: Wettbewerbsfähigkeit wird durch Lohn- und Sozialdumping erkaufte. Soziale Ungleichheit und die globalen ökonomischen Ungleichgewichte werden weiter erhöht. Die G20 steht einer solidarischen Weltwirtschaft und dem Erhalt und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Wege. Im Einzelnen:

- Sogenannte **Freihandelsabkommen** wie TTIP, CETA, TISA, TPP und EPAs dienen globalen Konzerninteressen. Auch die G20 stehen für die Freihandelsdoktrin, die immer mehr Lebensbereiche immer stärker deregulierten Märkten unterwirft. Sie verhindert damit Entwicklungschancen. Um den Hunger weltweit zu bekämpfen, wäre es notwendig, regionale Märkte und kleinbäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen und Ernährungssouveränität voran zu treiben, die G20 steht hingegen für eine exportorientierte Landwirtschaft. **Der Gipfel in Hamburg bietet unserer dynamischen Bewegung gegen TTIP, CETA etc. die Gelegenheit, kurz vor der Bundestagswahl ein starkes Zeichen zu setzen und den Kampf gegen Freihandelsideologie auszuweiten.**
- **Migration und Flucht:** Eine nur an Profitinteressen internationaler Konzerne orientierte Politik ist mit dafür verantwortlich, dass Flüchtlinge zu uns kommen, weil in ihren Ländern ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Die grundlegenden Ursachen für Flucht zu beseitigen hieße, neoliberale Politik abzuschaffen, Ungleichheit, Verarmung und Hunger in der Welt zu beseitigen, deutlich zu machen, dass Militärinterventionen und Waffenexporte die Kriege und Konflikte nicht befriedet, sondern befeuert haben.
- **Klimawandel:** Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem, er ist sowohl ein Problem der globalen Gerechtigkeit als auch ein Problem des Wirtschaftssystems. Klimagerechtigkeit und ein sofortiger Ausstieg aus Kohle und anderen fossilen Energieträgern stehen jedoch nicht auf der Gipfelagenda. Wir werden die völlig unzureichenden Maßnahmen der G20-Staaten skandalisieren.
- **Austeritäts- und Konjunkturpolitik**

- **Finanzmärkte und Steueroasen:** Nicht nur auf dem G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden (März) ist das ein zentrales Thema. Auch in Hamburg sitzen die politischen Kräfte zusammen, die in den letzten Jahrzehnten Finanzmärkte weitgehend von Regelungen befreit haben und die Steueroasen gewähren ließen. **Wir brauchen eine ganz andere Politik, um eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte systematisch zu ermöglichen.**

4. Angedachte Maßnahmen und Struktur

Wir wollen als Attac die deutsche G20-Präsidentschaft von Anfang an kritisch begleiten und mit den Folgen ihrer Politik konfrontieren. Gelegenheiten bieten sich dazu reichlich, vom Beginn der deutschen G20-Präsidentschaft Anfang Dezember 2016 über das Treffen der G20-Finanzminister am 17./18. März 2017 in Baden-Baden bis zum Gipfel selbst.

Die bundesweite Bündnisarbeit findet im Rahmen einer breiten Plattform statt, die sich je nach Aktivität organisiert und ausdifferenziert und als Ganzes die Kommunikation und Koordination zwischen den Einzelbündnissen leistet. Attac hat diese Plattform seit Juni initiiert und spielt damit eine wichtige Rolle in der Koordinierung des gesamten Prozesses. In diesem Rahmen wird auch der bewährte „Aktionsdreiklang“ aus Alternativgipfel, Großdemonstration und zivilem Ungehorsam auf den Weg gebracht. Für jedes dieser drei Elemente entstehen Arbeitsgruppen und Bündnisstrukturen.

Die Attac-Gruppen anderer Länder werden über die geplanten Aktivitäten informiert und können sich in die Proteste einbringen.

Denkbare Protestchoreografie:

- Aktion und regionale Mobilisierung in Süddeutschland zum Finanzminister-Treffen in Baden-Baden im März 2017
- Weitere Aktionen im Laufe des Frühjahrs und Frühsommers
- Alternativgipfel unmittelbar vor dem G20-Gipfel
- Ziviler Ungehorsam zum Beginn des G20-Gipfels am Freitag, 7.7.
- Großdemo am Samstag, 8.7.
- großes Kulturevent an einem der beiden Gipfeltage

In Attac werden Arbeitsstrukturen für die verschiedenen Aktivitäten aufgebaut. Die G20-Projektgruppe ist der zentrale Ort für die Kommunikation und Koordination aller Aktivitäten rund um G20 in Attac. Attac soll als Akteur neben dem Bündnis deutlich sichtbar werden! Dazu entwickeln wir einen eigenen grafisch-visuellen Auftritt, eigenes Material und planen Mobilisierungsveranstaltungen. Den Attac-Gruppen in Hamburg und Bergedorf kommt bei den Vorbereitungen und in der lokalen Hamburger Bündnisstruktur eine zentrale Rolle zu – diese wird von Attac D ebenfalls unterstützt.

Da der Koordinierungs- und Organisationsaufwand für diese Aktivitäten immens ist, soll die Arbeit der verschiedenen Arbeits- und Projektgruppen durch zwei befristete Projektstellen unterstützt werden, eine angesiedelt im Bundesbüro in Frankfurt, die andere vor Ort in

Hamburg.

Ein Finanzantrag liegt ebenfalls vor.

Aktive Mitglieder der Projektgruppe: Christiane Kühnrich, Gabi Bieberstein, Sonja Taubert, Hanni Gramann, Heshmat Tavakoli, Achim Heier, Ralf Liebers, Werner Rätz, Roland Süß, Karsten Reimers, Thomas Eberhardt-Köster, Urs Kleinert, Leonie Wagner, Alexis Passadakis, Hermann Mahler, Wolfgang Raul.

Aus dem Büro: Cäcilie Kowald, Jule Axmann, Andreas van Baaijen, Boris Loheide, Frauke Distelrath, Stephan Kettner, Stephanie Handtmann

7.2 Vorschlag Matthias Jochheim: Das Geschäft mit dem Krieg stoppen!

Gemeinsam mit Friedens- und humanitären Organisationen fordert Attac-Deutschland:

- Kein Export von Rüstungsgütern an kriegführende und Menschenrechte verletzende Staaten und Milizen.
- Exportverbot für Kleinwaffen und Munition
- Keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte
- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen
- Angebote zur Umwandlung von Rüstungsindustrie in zivile Produktion;

Darüber hinaus

- statt der angekündigten, massiven Ausweitung- drastische Reduzierung des Rüstungs-etats, und die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Attac wird sich weiter mit den ökonomischen Mechanismen der Rüstungs- und Kriegsökonomie befassen, und der Politik der Gewalt unsere Ziele entgegensetzen: Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Begründung:

Wirtschaftliche Dominanz- und Gewinninteressen werden durch die Macht der Kapitaleigner über die Märkte durchgesetzt, aber auf internationaler Ebene immer wieder auch durch militärische Gewalt – wie es einer der Ideologen dieser Verhältnisse ausdrückte: wo die Macht von McDonald's (Hamburger-Kette) zur ökonomischen Landnahme nicht ausreicht, werden die Produkte von McDonnell-Douglas (Bombenflugzeuge) zur Anwendung gebracht.

Das Geschäft mit den Kriegswaffen boomt: allein der Etat des deutschen „Verteidigungs“-Ministeriums soll laut Nato-Beschluss von 1,2 % auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts steigen, allein in diesem Jahr laut Haushaltsentwurf schon bei 34,3 Mrd., sind für 2017 36,6 Mrd. vorgesehen, das bedeutet +6,8 %, während der Haushalt insgesamt um 2,7% wachsen soll - während gleichzeitig anderen europäischen Ländern ein strikter Austeritätskurs verordnet wird, bis hin zu drastischen Einschnitten in der Gesundheitsversorgung, bei

den Unterstützungen für Arbeitslose und bei anderen für die Bevölkerung existentiellen Ressourcen. Der sogenannte Verteidigungsetat ist (nach dem Haushaltstitel des Arbeits- und Sozialministeriums) der zweitgrößte Posten im Etat der Bundesrepublik. Und es boomt auch der Export deutscher Waffen in Krisen- und Kriegsregionen – im offenen Widerspruch zu den selbstverordneten Richtlinien: an der Spitze der Empfänger steht im Rüstungsexportbericht für 2015 das autokratisch regierte Emirat Katar, an dschihadistischen Feldzügen in Arabien und Afrika beteiligt und aber auch Standort britischer und US-Militäreinheiten. Die GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) kommentiert: „Katar wird beschuldigt, verschiedene islamistische Organisationen, unter anderem auch den Islamischen Staat (IS) finanziell zu unterstützen. Hinzu kommt, dass Katar, als Mitglied der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen, aktive Partei in einem bewaffneten Konflikt ist. Die Belieferung Katars mit Kriegswaffen ist deshalb aus Sicht der GKKE ein klarer Verstoß gegen die selbst gesetzten Kriterien für deutsche Rüstungsexporte.“ Dieses Land nahm 2015 mit Lieferungen im Wert von über 1,6 Mrd. € die Spitzenposition bei den deutschen Rüstungsexporten ein. An vierter Stelle liegt in der Rangfolge der Empfänger deutscher Waffenlieferungen mit Importen im Wert von über 500 Millionen € Israel, das, obwohl im Dauerkonflikt mit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und mit arabischen Nachbarn, mit atomwaffentauglichen U-Booten made in Germany ausgestattet wird. An achter Stelle das autokratisch regierte Saudi-Arabien, welches Krieg im Jemen führt, und zu den Förderern des dschihadistischen Terrors zählt.

All diese „guten Kunden“ haben dazu beigetragen, dass unter Wirtschafts-Minister Gabriel, der vor seinem Amtsantritt für eine restriktivere Rüstungs-exportpolitik eintrat, diese Exporte 2015 den Rekordwert von 12,82 Mrd. € (Summe aller Exportgenehmigungen 2015) erreichen konnten.

Matthias Jochheim vertritt die ärztliche Friedensorganisation IPPNW im Attac-Rat, und arbeitet im AK Globalisierung und Krieg mit.

7.3 Antrag Attac Stuttgart: Schwerpunkt Wahlkampf

1. Attac stellt in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten im Jahr 2017 die Einmischung in den Wahlkampf.
2. Wir kommen überein, unsere Aktivitäten und Ressourcen auf dieses Ziel hin zu bündeln und andere Aktivitäten und Themen, sofern nötig, zurückzustellen.
3. Wir richten dafür auf Bundesebene einen Projektausschuss ein. Der soll die Ausgestaltung dieser Schwerpunktkampagne vorantreiben und koordinieren.
 - 3.1. Die Koordination des Projektausschusses sollten die Kampagnenunterstützung und die AG Bildungskoordination übernehmen. Zudem sollten der Attac-Rat und der Koordinierungskreis mit ständigen Vertreter*innen beteiligt sein.
 - 3.2. Alle Bundes-AGs werden gebeten, Vertreter*innen in den Ausschuss zu entsenden, um ihre Themen in der Kampagne zu positionieren.
 - 3.3. Im Frühjahr werden in allen Regionen Regionaltreffen durchgeführt. Dort sollen die Regionalgruppen ihre Beiträge zu der Kampagne diskutieren und sich ggfs. für die Realisierung regional vernetzen. Alle Regionaltreffen sollten Delegierte in den Projektausschuss entsenden.

- 3.4. Auch der wissenschaftliche Beirat sollte sich in geeigneter Weise mit dem Projektausschuss vernetzen.
4. Wir unterteilen die Kampagne in zwei klare Phasen:
 - 4.1. Die **Ausgestaltung** der Kampagne wird, wie gerade beschrieben, unter Einbeziehung aller Attac-Strukturen von den Regionalgruppen über die Bundes-AGs bis zum wissenschaftlichen Beirat **bis ca. Ende April 2017** gemeinsam ausgearbeitet.
 - 4.2. Die Umsetzung in eine **aktive Kampagne** findet **zwischen Mai** (unter Nutzung des 1.Mai) **und November 2017** statt.

Begründung / Herleitung

1. Anknüpfung

Das Wahljahr 2017 bietet für Attac vielfältige Möglichkeiten, sich in den Politikbetrieb einzumischen und die etablierte Politik aufzumischen. Besonders günstig dabei ist, dass die absehbaren „großen“ Themen des Wahlkampfs in Verbindung zu zentralen Anliegen von Attac stehen. Damit ergeben sich unmittelbare Anknüpfungspunkte, die es uns ermöglichen, den mit diesen Themen verknüpften Mythen unsere kritisch-analytische Position gegenüber zu stellen.

2. Mögliche Themen

Die Vielfalt möglicher Themen könnte dazu verleiten, eine Vielzahl von unterschiedlichen Kampagnen aufzulegen oder fortzusetzen. Demgegenüber plädieren wir für eine thematische Fokussierung und entsprechende Bündelung unserer Aktivitäten. Dafür kann es gegebenenfalls erforderlich sein, andere Aktivitäten und Themen vorübergehend zurückzustellen.

Mit dieser Fokussierung soll die Möglichkeit geschaffen werden, einerseits an Problemschwerpunkten anzusetzen, die im öffentlichen politischen Diskurs entweder aufgegriffen oder „geschaffen“ werden, und diese andererseits in den richtigen Ursachenzusammenhang zu stellen. Das halten wir nicht nur von der Sache her für geboten, sondern auch, um unsere Ressourcen sowohl nicht zu überlasten als auch zu bündeln.

Wir können so entsprechende vorhandene Analysen, Kenntnisse und Material weiter nutzen. Die Regionalgruppen können sich vielleicht auf ein oder zwei Themen so spezialisieren, dass sie direkt auf frühere inhaltliche Schwerpunkte ihrer Arbeit aufbauen. Wir nutzen auf diese Weise also vorhandenes Potenzial, vernetzen es aber auf eine neue Weise und kriegen damit neue Zugänge zu den öffentlichen Debatten.

Die Schwerpunkte, die wir uns setzen, sollen dann gleichzeitig der Orientierung für Bündnisse mit befreundeten Organisationen dienen, mit denen zusammen wir unsere politische Debatte in die Wahlkampfauseinandersetzungen hineinragen.

Die folgende Matrix ist als Anregung für die Überlegungen zu möglichen thematischen Schwerpunkten gedacht:

Wahlkampfthema (Anknüpfungspunkt)	herrschender Mythos	Attac-Bezug	Anmerkungen
Schwarze Null	<ul style="list-style-type: none"> • Alle politischen Veränderungen müssen unter strengem Finanzierungsvorbehalt 	1. Kampagne Umverteilen 2. wirksame Besteuerung 3. Erhalt und Weiterentwicklung	zu 1.: Kampagne Konzernbesteuerung ► Unity Tax ► Steueroasen beseitigen

	<p>It stehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umwelt- und Klimaschutz sind Kostenprobleme 	der Öffentlichen Güter	
Flüchtlinge	<ul style="list-style-type: none"> • „Fluchtursachen“ bekämpfen • Grenzen schützen • Belastungsgrenzen beachten 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Refugees welcome 2. gerechter Handel statt Freihandel 3. Kampagne Umverteilen 4. Klima- und Ressourcengerechtigkeit 	<p>zu 2.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Sondergerichtsbarkeit ▶ Standardabsenkung
Krankenversicherung Pflegeversicherung Rentenversicherung	<ol style="list-style-type: none"> 1) Kosteneinsparung durch bessere Ökonomisierung des Gesundheitswesens 2) Demographie 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kampagne Umverteilen 2. solidarische soziale Sicherungssysteme 	
EU	<ul style="list-style-type: none"> • „Schuldensünde“ an die Kandare nehmen • „Reformmuffel“ unter Druck setzen 	Für ein solidarisches, soziales und demokratisches Europa	Blockupy-Kampagnen
Deutschland in der Welt	Wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. gegen den Wachstumsfetisch 2. Solidarität statt Konkurrenz 3. Die Welt ist keine Ware 5. gerechter Handel statt Freihandel 6. gegen die Militarisierung und Internationalisierung regionaler Konflikte 	

3. Mögliche Arten der Kampagnenfokussierung

Wir sehen hierfür zwei Alternativen:

3.1. Wir finden zentrale Schwerpunktthemen, die als Klammer für politische Einzelthemen dienen können, z.B. **Kritik** der **Austeritätspolitik** und des **Wachstumsfetischs**,

oder:

3.2. Wir stellen der etablierten Politik und den herrschenden Verhältnissen eine zentrale Utopie gegenüber, die als roter Faden für unsere Gegenpositionen tragfähig ist, so, wie es z.B. das Motto „**Es ist genug für alle da**“ leisten könnte.

► Im Fall 1 stellen wir uns unter die Grundorientierung „Wovon müssen wir weg?“

► Im Fall 2 wäre dies „Wo müssen wir hin?“.

Angesichts der Tatsache, dass die aktuell etablierte Politik von einem Grundkonsens der Alternativlosigkeit geprägt ist, bevorzugen wir den zweiten Weg. Dennoch sind wir offen auch für den ersten oder andere.

4. Verfahren zur Schwerpunktfindung innerhalb von Attac

Nach einer Findungsphase in den

► Regionalgruppen

► Bundes-AGs

► und im Wissenschaftlichen Beirat

werden die Ergebnisse im Frühjahr 2017 in vier Regionalkonferenzen diskutiert und Fokussierung sowie Kampagnenstruktur festgelegt. Zur Realisierung von bestimmten Schwerpunkten können dort geeignete Vernetzungen vereinbart werden. Ein neu einzurichtender Projektausschuss auf Bundesebene begleitet diesen Prozess initiiierend und koordinierend.

5. Finanzierung

Die Finanzierung könnte weitgehend aus den Mitteln erfolgen, die den beteiligten Strukturen ohnehin zur Verfügung stehen. Der neu einzurichtende Projektausschuss sowie evtl. zentral zur Verfügung gestellte Kampagnematerialien u.ä.m. sollten aus den freien Mitteln für Projekte und Kampagnen von € 50.000 finanziert werden.

Wir halten es für sinnvoll, den aus diesem Budget zur Verfügung zu stellenden Betrag auf dem Herbstplenum auf € 25.000 zu begrenzen. Darüber hinaus plädieren wir dafür, dass in der von uns vorgeschlagenen Findungsphase die einzelnen beteiligten Strukturen die von ihnen einzubringenden Aktivitäten mit Budgets hinterlegen, die mit dem Schwerpunkt der Finanzierung aus eigenen Mitteln versehen sind und ggfs. diese überschreitende Zusatzbedarfe ausweisen.

Ideen zum Kampagnemotto:

Wir wählen nicht das kleinere Übel, sondern die große Alternative:
Umfairteilen - Es ist genug für alle da!

Wachstum? Gerne: Mehr Frieden, Verteilungsgerechtigkeit, Solidarität und ökologische Nachhaltigkeit!

Abschied von der „Schwarzen Null“: Überfluss besteuern!

7.4 Vorschlag AG Finanzmärkte und Steuern: Honorarstelle Kampagnenentwicklung

Finanzantrag für eine Honorarstelle „Entwicklung von Kampagnen zur Steuerpolitik & Finanzmärkten“

- mit 20 Std./Woche

- für das Haushaltsjahr 2017

Begründung:

Das Thema Finanzmärkte und Steuern ist das Kernthema und Gründungsthema von Attac (association pour la taxation des transactions financière et pour l'action citoyenne).

Dies beruhte auf der Erkenntnis, dass die neoliberale Wende insbesondere über Steuerpolitik durchgesetzt wurde. Diese Auseinandersetzung ist nicht abgeschlossen, sondern wird kontinuierlich auf vielen Feldern ausgetragen. Aktuelle Beispiele sind auf nationaler Ebene der Streit um die Erbschaftsteuer und auf internationaler Ebene die Diskussion um die Besteuerung internationaler Konzerne (Apple).

UmVER/FAIRteilen ist ein weiterer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit bei Attac. Dabei spielt die staatliche Umverteilungspolitik in Deutschland immer noch eine große Rolle. Voraussetzung für eine staatliche Umverteilungspolitik ist aber, dass der Staat die entsprechenden Finanzmittel erhält. Allenthalben diskutierte Steuersenkungspläne stehen dem entgegen. Steuerpolitik steht also auch hier im Kern der Auseinandersetzung.

Leider sind diese Themen aktuell durch andere Themen (z.B. Handelsabkommen) in den Hintergrund gerückt und es sind wenige bei uns, die sich mit diesen Themen intensiv befassen. Die kontinuierliche Präsenz verschiedener Themen aus dem Bereich Finanzmärkte und Steuern in den Medien zeigt aber, dass in der Öffentlichkeit ein großes Informationsinteresse besteht.

Attac wird dabei in der Öffentlichkeit immer noch als vorrangiger und kompetenter Ansprechpartner auf diesem Gebiet wahrgenommen, während wir bei vielen anderen Themen eine Organisation unter vielen anderen sind. Wir müssen dafür sorgen, dass das hohe Ansehen von Attac auf diesem Politikfeld inhaltlich und durch vielfältige Aktionen erhalten wird. Dies ist schließlich die Voraussetzung dafür, unsere Ziele auch umzusetzen.

Wir halten daher die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für dringend notwendig:

Zentrale Aufgaben wären die

- Vorbereitung eines „Globalen Aktionstages Steueroasen am 17./18. März in Baden-Baden (siehe dazu auch unseren getrennten Antrag)
- Entwicklung einer mobilisierungsfähigen Kampagne für ein gerechtes/nachhaltiges Steuersystem das die internationalen Aspekte (Steuerwettbewerb der Nationalstaaten, Steueroasen) mit den weiterhin vorhandenen nationalen Gestaltungsmöglichkeiten (z.B. Erbschaftsteuerreform) verknüpft (die AG hat dazu ein Grundsatzpapier verabschiedet).

- Begleitung der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer (was aktuell wieder möglich erscheint.)
- Notwendig dafür ist die verstärkte Kommunikation mit und Koordination der lokalen Gruppen, die sich mit diesem Thema beschäftigen
- Koordination von BundesAG – EAN-AG (European Attac Network) – KoKreis – Pressegruppe
- Netzwerk aufbauen von Personen vor Ort, um die AG regional verankern

Unser Ziel ist dabei, diese Attac-Kernthemen

- zum einen zu besonderen Ereignissen (G20 Finanzministertreffen) qualifiziert und öffentlichkeitswirksam vortragen zu können,
- zum anderen aber auch in der Fläche und kontinuierlich die Politik mit unseren Positionen zu diesem Thema zu konfrontieren.

Für die AG Finanzmärkte und Steuern: Alfred Eibl

7.5 Antrag Attac Freiburg: Schwerpunkt „Ein anderes Europa“

Wir beantragen, dass Attac sich im Jahr 2018 dem Schwerpunkt „Ein anderes Europa – solidarisch, demokratisch, friedlich – ist möglich“ widmet. Dabei sollte für das Frühjahr 2018 ein europäischer Kongress zu dem Thema durchgeführt werden. Da dies einer längeren Vorbereitung und eines Diskussionsprozesses in Attac bedarf, sehen wir es als sinnvoll und notwendig an, wenn sowohl bei dem Alternativgipfel zum G-20-Gipfeltreffen in Hamburg als auch während des Jahres 2017 in Attac der Diskussionsprozess initiiert und das Thema zielführend bearbeitet wird. Um dies zu gewährleisten, halten wir es für erforderlich, für den Zeitraum 2017/2018 mindestens eine halbe Stelle vorzusehen oder einzurichten, die die Koordination und inhaltliche Arbeit dazu vorantreiben soll.

Diese Fokussierung erscheint uns notwendig und sinnvoll angesichts negativer Entwicklungen in Europa/in der EU, die wir in der Begründung näher analysieren. Es gilt aber auch die Ansätze, die für ein anderes Europa in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht stehen, zu bündeln und für unseren alternativen Entwurf eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa fruchtbar zu machen.

Begründung:

Allgemein: Wie notwendig eine klare Fokussierung der Arbeit von Attac ist, hat nicht erst die neue *Studie zur Zukunft von Attac* deutlich gemacht. Neben dieser strukturell notwendigen Schwerpunktbildung ist eine inhaltliche Debatte zu den gegenwärtigen Entwicklungen und der Frage nach der Zukunft Europas und der EU mehr als notwendig und sinnvoll.

Im Einzelnen:

- 3) Wir sehen uns auf der politischen Ebene mit Entwicklungen konfrontiert, die die fehlende Demokratie in Europa zementieren. So gibt es kaum eine als Gewaltenteilung zu bezeichnende Kontrolle der Macht. Wie Europa demokratisch werden könnte,

konkret wie dies in einem neuen europäischen Grundlagenvertrag verankert werden könnte, und wie ein EU-Parlament (und andere EU-Institutionen) dies dann ausfüllen könnten, wären zu diskutieren.

- 4) Rechtspopulisten und Rechtsextremisten sind in verschiedenen europäischen Staaten an der Macht oder drohen in den nächsten Jahren die Macht zu übernehmen und ihren Einfluss auch in den politisch und ökonomisch mächtigen Staaten weiter zu vergrößern (Wahlen in Frankreich und Deutschland). Das Projekt eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa, wozu auch eine offene Gesellschaft unter Inklusion von Flüchtlingen und Migranten/innen gehört, hat demgegenüber viel an Attraktivität eingebüßt, sollte aber wieder aus der Defensive in die Offensive gebracht werden.
- 5) Ökonomisch treten viele Reformansätze in Europa – wenn es solche gab - auf der Stelle oder wurden ganz beerdigt. Hier sind vor allem die Finanztransaktionssteuer (Schäubles Rückzug), die Gesamtkonzernsteuer (Beispiel: apple in Irland) und die nicht wirklich angegangene Bankenreform zu nennen. Stattdessen regiert in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik weiterhin die neoliberale Austeritätspolitik (Fünfpräsidentenerlass), die die Probleme ganzer Regionen (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor) verschärft und eine Finanzpolitik, in der der Euro immer mehr zum Korsett für periphere Mitgliedsländer wird. An deren Stelle sollte das Projekt eines solidarischen Europa der Menschen mit seinen ökonomischen Alternativen und eine Neugestaltung des Währungs- und Schuldenregimes treten.
- 6) In der Handelspolitik (TTIP, CETA, TISA) regieren in der EU Intransparenz und eine Politik, die die Senkung ökologischer und sozialer Standards zugunsten von Konzernprofiten betreibt. Gegenüber wirtschaftlich weniger starken Ländern dominiert eine Art ökonomischer Neokolonialismus (EPA, Rohstoffausbeutung, Landgrabbing, Wasser- und Fischereipolitik), der zusammen mit der Rüstungsexportpolitik (Militarisierung der EU Außenpolitik) und der Klimapolitik die entscheidenden Fluchtursachen bilden, die aber im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingspolitik kaum thematisiert werden.
- 7) Auf der Ebene der Ökologie wird gegenwärtig unter dem Druck von wirtschaftlichen Interessenverbänden das ausgehandelte Klimaabkommen, das selbst schon einen Kompromiss darstellt, immer weiter verwässert.

Methode: Als Auftakt, um diese Entwicklungen zu thematisieren und Gegenstrategien zu diskutieren, sollte ein **Europa-Kongress, der den *Beginn* einer weiteren Auseinandersetzung darstellt**, veranstaltet werden. Dabei sollten auch alternative Ansätze für ein anderes Europa vorgestellt und diskutiert werden, so dass die Konturen dieses anderen Europa, das wir wollen, erkennbar werden.

7.6 Vorschlag Rats-AG Website: Treffen/Finanzierung für Arbeiten an Attac-Webseiten

Der Ratschlag

1. begrüßt das Vorhaben der Rats-AG Webseite, an einem WE im 1. Quartal 2017 ein produktionsorientiertes Treffen von Attacies zu den Attac-Webseiten im Frankfurter Büro zu organisieren.

Themen:

- a. Gestaltung der Seiten der bundesweiten AGs bzw. der lokalen Gruppen: Austausch zwischen Web-Verantwortlichen mit dem Ziel, diese Seiten zu verbessern;
- b. Die zentralen web-Seiten von Attac DE: Evaluierung; Austausch-Verfahren zwischen Attacies und den maßgeblichen Beteiligten an der Gestaltung der Attac-Seiten;
- c. Überlegungen zur Überarbeitung der Themenseiten.
- d. Sonstiges

Dafür wird ein ganzes Wochenende (von Sa-Mittag bis So-Mittag) angesetzt. Nur so ist es möglich, eine stressfreie Bilanzierung vorzunehmen, Verbesserungsideen zu entwickeln UND umzusetzen.

2. befürwortet die Finanzierung des Treffens mit 1000 Euro (Reisekosten)

7.7 Detlef Gerlach: Attac Alternativ

Genossenschaft versus Gemeinnützigkeit oder komplementär als Parallelprozess.

„Viele Fliegen mit einer Klappe schlagen.“

Vorschlag zu Wandel und Transformation von Attac im Kontext der Diskussion zur Zukunft von Attac im Zusammenhang mit der Studie „Die Zukunft von Attac“, von Hendrik Sander, vom Februar 2016.

Der hier vorgelegte Vorschlag ist Kern einer Denkschrift, die voraussichtlich noch in den nächsten Tagen fertiggestellt sein wird. Für den/die interessierten Aktivist*innen kann sie dann noch vor Beginn des Herbstratschlages zur Verfügung stehen. Von meiner Seite aus werde ich sie zunächst an einige mir bekannte und/oder geschätzte Personen versenden. Die Denkschrift ist aber genau so gut unabhängig vom besagten Termin wahrnehmbar, weil Themen- und Problemfelder reflektiert, dargestellt und Vorschläge gemacht werden, die sowieso nicht „von heute auf morgen“ umsetzbar sind. Sie kann und möchte Anregung sein zu „anders Denken und anders Handeln“, das über das bisherige Konzept von Attac hinausgeht, es überschreitet und/oder ergänzt. Bei Interesse also einfach eine E-Mail senden.

Abstracts der Denkschrift auszugsweise.

Wertschätzung von Attac. Kritik speziell: Kritische Reflexion, exemplarisch, von lokalen Kommunikationsverhältnissen und Lösungsanregungen. Unverbindlichkeit erlaubt sanktionsfrei jede Form von Aggression. Kritik allgemein: Attac übernimmt bruchlos und unreflektiert kapitalistische Werte und Normen. Attac ist eine Stellvertreterorganisation wie Parteien (geworden) und kassiert zunehmend dieselben Verweigerungen, Ablehnungen und

Desinteressen seitens der Bürger (Citoyen). Attac praktiziert schizoid-schizophrenes Verhalten wie der kapitalistische Mainstream. Neukonstruktion speziell und allgemein: Gemeinnützigkeit in Genossenschaft umwandeln und viele Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wie im Grossen so im Kleinen, wie bundesweit so lokal. Abstracts Ende.

Vorausgeschickt in dieser Vorschlagsinformation sei aber auch hier schon einmal, was ich an Attac wertschätze. Das ist zum einen die Organisationsbiografie und sind die „Mitglieder als Menge“ und die Aktivisten, und zum anderen den wissenschaftlichen Beirat von Attac. Zudem glaube ich, dass alles zusammen genommen noch Potenzial hat für eine Weiterentwicklung in eine solidarisch-ökonomisch-kulturelle Praxis, parallel als Ergänzung zur Kampagnenaktivität oder sogar „institutionell“ als Transformation von einem Gemeinnützigkeitsverein in eine Genossenschaft. Das bzw. die kann dann mehr, anders und anderes sein, als was gegenwärtig in dieser Sache „hip und in“ ist.

Was die Studie aus dem Hause „Die Linke“ angeht, so teile ich die Sicht von Gregor Gisy der die Partei als „saft und kraftlos“ beschreibt.¹ Wenn das so ist, kann die Studie vermutlich auch keine Ergebnisse und Vorschläge hervorbringen, die das bisherige Attac-Konzept und System überschreiten. Schon Jörg Bergstedt hat mit seinem Buch „Mythos Attac“ in 2004 ähnliches analysiert und diagnostiziert und Peter Wahl, einer der Mitbegründer von Attac, hat in eben jenem Jahr in einem Aufsatz in weiser Voraussicht die strategischen Herausforderungen für Attac formuliert als die von: „Wie ist ein produktiver Umgang mit Vielfalt und Pluralismus in der Bewegung möglich? Wie können neue Formen der Demokratie in der Bewegung entwickelt werden? Wie kann der internationalistische Anspruch verwirklicht werden? Wie geht man das große Thema "Alternative(n)" an?“²

Mit der Schwerpunktsuche seit 2014/2015 versucht Attac seinen gewachsenen Themenbauch abzuspecken und neu zu formatieren. Das war für mich Anlass meine Ansichten dazu in Bezug zu setzen und darzustellen, was ich in einem kurzen Papier, in der Absicht es weiter zu entwickeln, auch gemacht und an einige mir bekannte Personen verteilt habe. Dem folgte dann seit Anfang 2016 zum einen die „Diskussion vom Niedergang von Attac“ (Grottian) in der TAZ und die o.g. Studie. Parallel setzte in Hannover eine Grundsatzdiskussion ein, die sowohl inhaltlich wie von der Kommunikationskultur Kontroversen hervorrief. Alles zusammen regte mich an, das o.g. von mir bereits bearbeitete Papier zu einer „Denkschrift“ mit einem persönlichen „Mehrfachnutzen“ auszuweiten. Weil Attac aber lediglich meine „schönste Nebenbeschäftigung“ ist, hat es eine Weile gedauert. Gegenwärtig bin ich noch damit befasst. Eine erste Version will ich versuchen noch vor Beginn des Herbststratschlages „auf den Weg zu bringen.“

Back to the roots.

Vorschlag und Anregung sind wie folgt: Anstatt mit ständig wechselnden Themen zu agieren und dabei die Kernthemen aus den Augen zu verlieren für die Attac Kompetenz und Expertise hat, sollte sich Attac auf den FINANZSEKTOR und die SOLIDARISCHE ÖKONOMIE konzentrieren. Als Referenzthemen gesetzt, können von hier aus bzw. dahin orien-

1 Quelle: Zeit-Online vom 26. Mai 2016

2 Quelle: <http://www.linksnet.de/de/artikel/18747>, abgerufen am 10.11.2011. Ein immer noch lesenswerter Beitrag! (Hervorhebung durch den Vf.)

tiert, wechselweise weitere bzw. alle möglichen Krisen- und Problemthemenfelder in Anwendung gebracht werden. Zu wünschen ist aber, dass für jedes aktivierte Themenfeld systematisch die Rückbindung zur Finanz- und Kapitalwirtschaft entwickelt und dargestellt wird.

Attac hatte sich "am Start" in den 2000er Jahren mit der Kritik der Finanzmärkte (des Finanzsektors) und dem konstruktiven Vorschlag für eine s.g. TOBIN-STEUER profiliert und konnte damit Menschen und Medien begeistern. In 2006 dann hatte Attac einen hervorragenden (exzellenten) Kongress zur SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE organisiert und veranstaltet und damit ein Themenfeld aktualisiert, das seit den 70er-Jahren in der Regel als ALTERNATIVE ÖKONOMIE engagiert unterwegs war und m.E. weiterhin ist. Mit dem Kapitalismuskongress in 2010 hat Attac seine Kompetenz in Sachen Kritik des Finanzsektors untermauert und bestätigt und mit dem SOLIKON-2015 KONGRESS in Berlin aus diesem Jahr, dieses Themenfeld erneut unterstützt und gefördert. Weil Finanzsektor und Realwirtschaft wie die zwei Seiten einer Medaille sind, ergibt sich daraus eigentlich eine beinahe ideale Kernthemenkontinuität, die als "Markenkern" von Attac gepflegt werden sollte. Bezogen auf eine strategisch reflektierte Öffentlichkeits- und Kampagnentätigkeit läuft Attac Gefahr ohne Pflege eines "Markenkerns" Profil und Mitglieder im Wettbewerb der vielen gesellschaftskritischen Akteure zu verlieren bzw. keine neuen mehr zu gewinnen.

Die vermutliche Kriminalisierung des Finanzsektors hat gegenwärtig einen Grad an Ausprägung erreicht, der weder politisch noch medial begrifflich noch schön zu reden ist und in der Breite zunehmend als solches Verhalten und Gebaren wahrnehmbar und erkennbar wird. Dazu ist unbedingt das „schmale Buch“ von Prof. Bernd Schüneman aus 2010 zu empfehlen für das er als Herausgeber zeichnet mit dem Titel: „Die sogenannte Finanzkrise - Systemversagen oder global organisierte Kriminalität?“³ In der Denkschrift habe ich das ausführlich berücksichtigt. Ein Kampagnenvorschlag der sich diesbezüglich aufdrängt, ist bspw. der von: Postbank zurück in staatliche Hand.

„Vorwärts nach weit“ (Schwitters)

Trotz ist ein schlechter Ratgeber. Darum schlage ich vor die Form der Organisation von Attac als „gemeinnütziger Verein“ umzuwandeln in eine Genossenschaft nach dem Vorbild bspw. der - taz. Unabhängig davon ob die Organisationsform bestätigt wird oder nicht. Mit der Organisationsform einer Genossenschaft lassen sich „viele Fliegen mit einer Klappe schlagen.“ Klug und intelligent entwickelt, lassen sich besonders die Ausbeutung von s.g. Ehrenamt und/oder prekären Lohnverhältnissen verändern. Auf der Basis einer „Universalgenossenschaft“, die im Kontext von "zusammen leben - zusammen arbeiten - zusammen lernen - zusammen verändern", Wohnungsbau-, Konsum- und Produktionsgenossenschaftliche Konzepte zusammenfasst, wie auch landwirtschaftliches-, und geldwirtschaftliches Genossenschaftswesen, können sich auf dieser Basis neue - alternative, solidarische Arbeitsplätze gründen und generieren. Damit könnte Attac neben der Organisation professioneller Gesellschaftskritik vorbildlich experimentell neue Lernfelder und Lebensformen entwerfen und erforschen. Dazu Elmar Altvater: (...) „Ja, und das ist nur möglich,

3 Bernd Schünemann (Hrsg.), Die sogenannte Finanzkrise - Systemversagen oder global organisierte Kriminalität, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin.

wenn es Bewegungen gibt, die autonom existieren und intervenieren. Regierungen, Parteien, die - wie Sie (Raul Zelik, d. Vf.) es genannt haben - 'Politik von oben' machen, können Bewegungen nicht in Gang setzen. Um ein Beispiel zu nennen: Man kann keinen Staatssekretär für solidarische Ökonomie ernennen, wie das in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern der Fall war, wenn es nicht bereits eine genossenschaftliche Bewegung gibt, die eine solidarische Ökonomie entwickeln will. Wenn solche Bewegungen existieren, können Regierungen eine positive Rolle spielen. Nicht zuletzt können sie sie finanziell fördern, denn genossenschaftliche Betriebe können in einer Geldgesellschaft nur entstehen und sich entwickeln, wenn sie über Investitionsmittel verfügen.“ (Zelik/Altvater 2015: 157)

„Wie im Grossen, so im Kleinen.“ Sollte sich Attac nicht imstande sehen und/oder gewillt sein, sich als ganze Organisation „neu zu erfinden“ bzw. neu zu gründen und zu begründen, so lässt sich der Vorschlag ebenso gut als „Parallelprozess“ (Beuys) organisieren. Das bedeutet, parallel zur Kampagnen orientierten Organisation, lässt sich eben so gut eine Genossenschaft von o.g. Typus entwickeln und damit „ganzheitliche alternative solidarische Praxis“ vorbildlich ins Leben rufen. Sollte auch das nicht gewünscht sein, ist es - last but not least - eine Möglichkeit für lokale Attac Gruppen eine solche Idee in die Tat umzusetzen. So gesehen gilt der Vorschlag sowohl für Attac bundesweit, wie für die Weiterentwicklung lokaler Attac Strukturen. Attac hat meiner Ansicht nach im wissenschaftlichen Beirat alle Kompetenzen ideal versammelt, die ein solches Projekt - in der einen oder anderen Variante - fördern und mit entwickeln können wie bspw. Elmar Altvater, Michael Krätke, Wolfgang Fabricius und Elisabeth Voß. Packen wir's an!

My Way - „Ich durchsuche Feldcharakter“⁴

Mein biografischer Lebenslösungsweg ist seit meiner „Aufklärung der Aufklärung“ in den 70er-Jahren das Engagement in/und für Alternative / Solidarische Ökonomie und Ökologie als Idee, Vision, Utopie, konkrete Utopie, Theorie und experimentelle Praxis. Schwerpunkt-mässig einerseits aus den Impulsen der „Kritischen Theorie der Frankfurter Schule“ und ihres breiten Resonanzfeldes gespeist, andererseits aus dem Impuls des „Erweiterten Kunstbegriffs“ in der Perspektive „Sozialen Plastizierens“ nach Joseph Beuys.

7.8 Attac Berlin: Übernahme Bürostelle Berlin durch Attac Deutschland

Wir beantragen die Übernahme der bisherigen Bürostelle der Regionalgruppe Berlin durch Attac-Deutschland. Die Finanzierung dieser Stelle soll weiterhin zu 100% aus den Gruppenmitteln der Regionalgruppe Berlin erfolgen.

Begründung :

Durch den Wegfall der Gemeinnützigkeit von Attac ist für Attac-Berlin der bisherige Träger für die Teilzeitbürostelle entfallen. Zu den weiteren Hintergründen und zur Diskussion verweisen wir auf den Brief von Attac-Berlin an Stefanie, Andreas und den KoKreis vom 22. 09.16 (im Anhang als pdf und odt-Datei).

4 Beuys in: Harlan - Rappmann - Schata, Soziale Plastik - Materialien zu Joseph Beuys, Achberger Verlaganstalt 1976. - So auch der Autor.

Berlin im September 2016

Liebe Stefanie, lieber Andreas, liebe Mitglieder des KoKreises !

Seit 2001 bezahlt Attac-Berlin aus seinen Mitteln eine Teilzeitstelle. Mit dieser Stelle halten wir ein festes Büro aufrecht. (in der Anlage Aufgabenbeschreibung und Tätigkeitsbericht)
Die Entscheidung, einen bedeutenden Anteil der uns zur Verfügung stehenden Gelder für diese Aufgabe bereitzustellen, wurde seitdem jährlich bei der Verabschiedung des Haushaltes bestätigt, diese hat somit große Konstanz. Die Zusammensetzung unseres Ko-Kreises, der bei uns Vorbereitungsgruppe heißt, hat sich über die jährlich stattfindenden Wahlen oft verändert, daß wir eine feste Stelle brauchen, stand hingegen nie in Frage.

Attac-Berlin hat wegen seiner Größe und als Hauptstadtregionalgruppe einige Besonderheiten. So haben wir nicht nur monatliche Plena, ein bedeutender Teil unserer Arbeit findet in thematisch ausgerichteten Arbeits- und Projektgruppen statt. Diese Gruppen ähneln anderen Regionalgruppen: sie bestehen teilweise seit 15 Jahren, die Mitglieder kennen sich lange und haben ein Vertrauensverhältnis. Die Struktur von Attac-Berlin mit thematischen Arbeitsgruppen und monatlichen Plena, zentraler Koordination mit nur geringen Entscheidungsbefugnissen und einem festen Büro sind gewachsen. - Denkbar wäre auch eine regionale Aufteilung in Bezirksgruppen gewesen.

Mit Hilfe der festen Stelle war es uns möglich, themenübergreifend zusammenzuarbeiten und gleichzeitig unsere organisatorischen Aufgaben zu bewältigen. Oft konnten wir auch bundesweit relevante Themen maßgeblich mit bespielen, z.B. bei der Agenda 2010, der Bahnprivatisierung, der EU-Politik, dem Bankenskandal, der Wasserprivatisierung, - aktuell weiterhin z.B. bei der Bahnprivatisierung/Nachtzugproblematik, dem Engagement der Degrowth AG, dem Kampf für Gemeingüter, der TTIP/CETA-Kampagne, Friedens/Antikriegsinitiativen, Genderarbeit, Noyainitiativen, Griechenlandsolidaritätsgruppe, Aufstehen gegen Rassismus.

Nicht immer, jedoch immer wieder haben wir Aktionen in Berlin für die von den bundesweiten Arbeitsgruppen oder vom Bundesbüro organisierten Kampagnen mit ermöglicht. Unsere spezifische Struktur hat uns vor Konflikten nicht bewahrt, aber sie hat uns doch so stabil gemacht, daß wir Konflikte letztlich konstruktiv austragen und dann wieder zusammenarbeiten konnten.

Zusammengefaßt halten wir die Entscheidung, eine feste Stelle zu bezahlen, nach wie vor für richtig und wollen diese auch künftig aufrechterhalten. Was an Verwaltungs-, Koordinierungs- und Informationsarbeit dadurch gewährleistet ist, wäre durch " ziviles Engagement " nicht zu stemmen.

Das aktuelle Problem, durch das die Stelle massiv gefährdet ist, hängt mit dem Status der Gemeinnützigkeit zusammen. Wir teilen die Auffassung, daß der Verlust der Gemeinnützigkeit ein politischer Angriff auf unsere Arbeit ist. Das Bundesbüro leistet eine wichtige Arbeit in der Abwehr dieses Angriffes.

Bisher erfolgte die Anstellung von Sebastian von Eichborn - feste Stelle - über den Verein Blue21. Die bezahlte Arbeit von Attac-Berlin war dabei ein Projekt im Sinne ihrer Sat-

zungsziele und somit im Einklang mit der Gemeinnützigkeit von Blue21. Mit dem Wegfall der Gemeinnützigkeit von Attac-Deutschland wäre für Blue21 die eigene Gemeinnützigkeit gefährdet, wenn sie weiterhin die Gelder von Attac-Berlin durchreichen. Das ist für uns traurig, jedoch nachvollziehbar, insbesondere, da Blue21 ein kleiner Verein ist und der Posten von Attac-Berlin eine relevante Größe darstellt. Blue21 hat über viele Jahre Attac sehr solidarisch geholfen. Inhaltlich und ideell ist Attac quasi Arbeitgeber gewesen.

Wir stehen nun vor dem Problem, daß wir niemanden haben, der die Arbeitgeberfunktion wahrnimmt. Dazu gab es einige Gespräche und auch Schriftverkehr mit der Büro-AG vom Bundesbüro. Für einen Übergangszeitraum von 1 Jahr wurde uns die Arbeitgeberfunktion zugesagt. Gleichzeitig hat uns die Büro-AG definitiv mitgeteilt, daß sie im Rahmen ihrer Kompetenzen keine Möglichkeit sieht, für Attac-D zu entscheiden, die Arbeitgeberfunktion dauerhaft zu übernehmen.

Damit müssen wir spätestens zum 31.05.2017 einen neuen stellvertretenden Arbeitgeber gefunden haben, oder eine entsprechende Struktur (Verein o.Ä.) neu gebildet haben. Abgesehen von diesem Übergangszeitraum ist diese Aussicht für uns sehr unbefriedigend. Vereinsgründungen im Umfeld von Attac-B haben uns vor Augen geführt, wie aufwändig das ist, und auch die Aufrechterhaltung solcher Strukturen ist zeitraubend und nicht ohne Klippen. Erforderlich sind regelmäßige Vereinstreffen, verbunden mit fristgerechten Einladungen, Protokollen, einer tragfähigen Tagesordnung, die Tätigkeit muß gegenüber dem Finanzamt zutreffend dargestellt werden, usw. Die Arbeitgeberfunktion gegenüber Angestellten erfordert eine Lohnbuchhaltung, den Abschluß eines Arbeitsvertrages, Pflichten hinsichtlich der Gesundheit am Arbeitsplatz müssen erfüllt werden, Sozialversicherungsmeldungen zutreffend erfolgen, Lohnsteuermeldungen und Arbeitszeugnisse müssen ausgestellt werden, Schriftverkehr mit der Krankenkasse, u.s.f. Dieser Aufwand ist bei mehreren Angestellten proportional erheblich geringer als bei einem Verein, der das Alles nur für eine Teilzeitstelle erbringt. Die Sache wird noch absurder, wenn der Verein außer der Arbeitgeberfunktion keine weiteren Ziele hat, wie das bei Attac-Berlin ja der Fall wäre. Den dafür nötigen Zeit- und Kraftaufwand möchten wir eher in die so nötige inhaltliche Attac-Arbeit investieren.

Kurzum, wir möchten keinen " Bexit ", nur um weiter unsere Teilzeitstelle aufrechterhalten zu können, wir denken, es gibt klügere und einfachere Lösungen. Wir denken, daß es möglich und sinnvoll ist, diese Teilzeitstelle für Attac-Berlin dauerhaft über Attac-Deutschland zu verwalten. Das Geld dazu ist da, es kann direkt von den Überweisungen an Attac-Berlin abgezogen werden. Für den Arbeitgeberaufwand läßt sich eine Pauschale finden, mit der alle leben können. Falls Ratschlagsbeschlüsse hierzu erforderlich sind, formulieren wir gern einen Antrag und tragen das Anliegen vor.

Liebe Stefanie, lieber Andreas, liebe Mitglieder des KoKreises !

Diese Angelegenheit ist für uns eine große Sache ! Wir wollen und werden viel tun, um zu einer sinnvollen Lösung zu kommen. Dieser Brief soll Euch einen Eindruck vermitteln, wie wichtig es für uns ist. Wir und Ihr - sind Teile von Attac, und als solche denken wir, daß wir

Erfolg haben, wenn wir gemeinsam Lösungen suchen und finden, in denen wir mehr bewirken als die Summe der Teile, die wir sind.

Mit herzlichen Grüßen von Berliner Attacies !

7.9 Initiativvorschläge

7.9.1 Günter Küsters: Bundeswehr stoppen

Diese Bundeswehr – ein immer teureres Sicherheitsrisiko! Stoppt ihren Einsatz im Ausland wie im Inneren sowie bei der Militarisierung der EU parallel zur Ausweitung der NATO-Einsätze!

Deutschland als zentraler Akteur innerhalb der Nato- und EU-Globalstrategie

Nach dem Brexit befindet sich die EU immer stärker in der Krise. Der letzte EU-Gipfel in Bratislava zeigt neben der EU-Flüchtlingspolitik und dem Brexit die Zerrissenheit, aus der man über eine Abschottung der Außengrenzen und insbesondere mit massiven Rüstungsanstrengungen einen Ausweg sucht. Der CETA/TTIP Hardliner, „Meister der Hintertreppe“ und Kommissionspräsident Juncker verkündet zwei Tage zuvor am 14.9.2016 dazu seine kriegerischen Visionen:

"Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus...Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen. Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen. Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht."

Nach dem Brexit lässt sich ohne den früheren, britischen Einfluss zugunsten der US-Dominanz via NATO der deutsche, militärische Geltungsanspruch innerhalb der NATO und nun der EU offiziell kaum noch bremsen. Nach einem bereits vorbereiteten Positionspapier der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Steinmeier und Ayrault, vom 28.6.2016 gelte es mit einer umfassenden Aufrüstung, die EU nach dem Austritt Großbritanniens Schritt für Schritt zum "unabhängigen" und "globalen" Akteur zu entwickeln. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, Elmar Brok, erklärte am 13.9.2016 im Deutschlandfunk: „Jahrelang haben uns die Briten aufgehalten. Jetzt geht es endlich voran.“

Die von der EU-Außenbeauftragten Mogherini bereits kurz zuvor verkündete, neue globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU

(<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10715-2016-INIT/de/pdf>) betont nunmehr das eigenständige, militärische Handeln der EU und legt darin auch Wert darauf, die „ehrgeizigen“, umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA und TTIP mit ihren internationalen Regulierungsstandards innerhalb von Handelsabkommen „der neuen Generation“ zu würdigen, da sie „das transatlantische Bekenntnis zu gemeinsamen Wer-

ten“ bezeugten und es ermöglichen, „rechtliche Fragmentierungen und Hemmnisse abzubauen und den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu regeln“.

Die neue EU-Globalstrategie prägt auch das neue Weißbuch der Bundeswehr: 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also quasi eine Verdoppelung, sind nun als Richtschnur für den künftigen deutschen Verteidigungsetat hierin festgeschrieben. Mit dem dort angeführten Konzept des „vernetzten Handelns“ erfolgt die Unterordnung des Zivilen unter das Militärische (Entgrenzung des Militärischen). Über diesen erweiterten Sicherheitsbegriff und den selbst deklarierten „Schutz“ durch die Bundeswehr ist es zugleich leichter, deren Einsatz im Innern vorzubereiten und die Auslandseinsätze auszuweiten. Die mehrfach deklarierte, internationale Verantwortungsübernahme beim angeblichen Einsatz für Menschenrechte machen sogenannte, robuste Auslandseinsätze der Bundeswehr zu einer militärischen Normalität.

Nach Angaben von Verteidigungsministerin von der Leyen sollen bis 2030 üppige 130 Mrd. Euro zugunsten dieser „Verantwortungsübernahme“ in die Neuanschaffungen von Kriegsmaterial gesteckt werden, da mit vorausgegangener Propagandaoffensive danach die chronisch „unterversorgte“ Bundeswehr ein „Sanierungsfall“ sei. Dies wären umgerechnet mehr als eine Verdopplung der 4,2 Mrd. Rüstungsinvestitionen des Jahres 2015. Auch Bundeskanzlerin Merkel möchte nun mehr als 60 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt ausgeben.

Diese somit angekündigte Rüstungsoffensive stellt eine neue Qualität dar, reiht sich aber ein in frühere Bemühungen, nun nach der „Wiedervereinigung“ zu einem zentralen Akteur innerhalb der NATO- und in der neuen EU-Globalstrategie zu werden.

Schon 2002 wurde für den Umbau der NATO-Kommandostruktur als Teil eines NATO-Transformationsprozesses unter führender Unterstützung Deutschlands mit dem Aufbau von NATO-Exzellenzzentren begonnen, die vom ACT (Alliierte Kommando Transformation) in Norfolk, Virginia mit kontrolliert und koordiniert werden. Sie dienen im Hintergrund der operativen Kommandostruktur der NATO quasi als Strategie-Think Tank und zur intensiven Vernetzung der beteiligten Länder und Arbeitsschwerpunkte. Deutschland ist mit 17 von 24 Zentren hierbei am stärksten engagiert. Nahezu die Hälfte dieser Zentren sind im östlichen Bereich der NATO (im „Neuen Europa“ a la Rumsfeld) angesiedelt. Abseits der parlamentarischen Kontrolle (wie bei den TTIP-Verhandlungen) werden vor allem in internen Militärkreisen, militär-strategisch „innovative“ Strategie-Studien, Konzepte und „Lessons-Learned-Analysen“ entwickelt und Veranstaltungen für und mit der NATO durchgeführt. Nach der Nato-internen Akkreditierung eines solchen Zentrums hat dieses die Rechte und Privilegien wie ein NATO-Hauptquartier. Bei zunehmenden Ausgaben hierfür aus den Steuergeldern (für 2017 in Deutschland 981 Millionen Euro) erhält die Öffentlichkeit wegen der NATO-Geheimhaltungsvorgaben nur einen „ausgewählten“ Einblick in deren Arbeitsergebnisse. Die NATO-Exzellenzzentren bieten ein konzeptionelles Rückgrat für eine „360 Grad-NATO“, um - gemäß NATO-Globalstrategie - in allen denkbaren Einsatzszenarien eingesetzt zu werden. Details zu der Arbeit der Zentren in Deutschland (Kalkar, Kiel und Ingolstadt) siehe unter http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2016_6.pdf

Die Bundeswehr als „Armee im inneren Einsatz“

Neben den bislang 15 ausländischen Einsätzen in Europa, Afrika und Asien soll es künftig auch um Einsätze der Bundeswehr im Inneren gehen. Man möchte angeblich damit einem Terror-Anschlag im Innern begegnen und setzt ausgerechnet den medialen Startschuss dazu beim Amoklauf in München, der von einem Neonazi mit deutsch-iranische Hintergrund begangen wurde. (<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-amoklaeufer-von-muenchen-war-rechtsextremist-14359855.html>)

Für einen Bundeswehreinsatz im Inneren wird u.a. im Bereich von „Aufstandsbekämpfung“ fleißig geübt: Wie die Rheinische Post vom 30.8. 2016 berichtete, geht die Bundesregierung selbst beim Aufbau der Truppenübungsstadt Schnöggersburg bei Magdeburg von mittlerweile 140 Mill. Euro aus. Diese künstliche Stadt werde "von 2018 an schrittweise für den Übungsbetrieb der Streitkräfte zur Verfügung stehen". Rolf Gössner, Publizist und Vizepräsident der internationalen Liga für Menschenrechte, erklärte bereits Sept. 2015, dass in dieser Stadt "Bundeswehr-, EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den 'asymmetrischen' Krieg und Häuserkampf in Großstädten proben [werden] - für bewaffnete Konflikte der Zukunft, für Auslandseinsätze, aber auch für künftige Bürgerkriegs- und Militäreinsätze in europäischen Städten und im Innern des Landes". Was für eine Entwicklung zur heutigen „Armee im Einsatz“ mit Verpflichtungen, die mit dem Grundgesetz kaum noch in Einklang gebracht werden können.

Die Bundeswehr vom „Staatsbürger in Uniform“ zur „Armee im Einsatz“ der NATO-Globalstrategie

Als 1989, nach der Auflösung des Warschauer Paktes, der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als konservativer US-„Neocon“ das „Ende der Geschichte“ verkündete, da es in Bezug zur Hegelschen Geschichtsphilosophie keine weltpolitischen Widersprüche mehr gebe, hätte man annehmen können, dass somit auch die NATO 1.0 (die des Kalten Krieges) auch ihre Existenz beendet hätte. Aber man suchte für sie lediglich neue Aufgaben. Der damalige Berater des US-Außenministeriums und Politologe am Institut für Strategische Studien der Harvard-Uni, Samuel Huntington, sprach 1993 als Kritik an Fukuyama vom anstehenden Kampf der Kulturen und meinte damit den der westlichen Zivilisation mit dem chinesischen und dem islamischen Kulturraum. Der spätere Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenpolitik, Richard Lugar, stellte zur NATO im gleichen Jahr noch als Senator fest: „If NATO does not go out of area, it will go out of business.“ Die NATO 2.0 stellte sich danach als Schutzmacht der neoliberalen Globalisierung auf.

Darüber hinaus erfolgte bereits 1999 der Angriffs-Krieg gegen Jugoslawien und die erste Runde der NATO-Osterweiterung (mit Polen, Tschechien und Ungarn). 2001 wurde nach dem 9/11 der von George Bush verkündete „Krieg gegen Terror“ und insbesondere gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ (wie Libyen, Irak, Südjemen, Sudan und Syrien) vorangetrieben. Die „Out of Area“-Einsätze der NATO 3.0. nahmen kein Ende.

In diesem Zeitraum ist der „Krieg gegen den Terror“ zum teuersten (laut J. Stiglitz 3 Billionen US-Dollar) und zugleich zerstörerischsten politischen Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Christoph Krämer, Die wahre Ursache der Flucht, in N-TV vom 9.9.2015) geworden und kostete nach IPPNW-Angaben in den ersten 10 Jahren 1,3 Millionen Menschen das Leben, noch ohne hierbei die weit über 200.000 Toten in Syrien (als mittelbare Folge

dieses Krieges) zu berücksichtigen. Begleitet wurde dieser Krieg durch den intensiven Einsatz von Folter sowie von Privat-Armeen und verdeckten Operationen sowie dem Droh- nenterror, der es den militär-technologisch Führenden abseits des Völkerrechts erlaubt, ohne Kriegserklärung und z.T. ohne Notwendigkeit von Parlamentsbeschlüssen (z.B. in den USA, wenn keine eigenen Soldaten gefährdet sind) Kriege unter einem geringem, ei- genem Risiko und ohne öffentliche Aufmerksamkeit zu führen. 9/11 wurde zum ersten NATO-Verteidigungsfall deklariert, um möglichst viele NATO-Mitgliedsländer in den „Kampf gegen Terror“ einzubeziehen. Im Krieg gegen den Irak setzte die schon von US- Verteidigungsminister Rumsfeld angesetzte EU-Spaltung vom nicht so kriegswilligen, alten zum willigen, neuen Europa ein, die uns heute in umgekehrter Form in der mangelnden Bereitwilligkeit von Flüchtlingsaufnahme aus den insbesondere über diesen Krieg destabi- lisierten Regionen begleitet.

Parallel kommt es unter verstärktem Einfluss von EU und der NATO zur zunehmenden Militarisierung der UNO, sodass Thomas Mikan (in einer Studie der von der IMI) bereits 2011 die Notwendigkeit sah, zu einer Neubewertung der militärischen „Friedensbemü- hungen“ der UN zu gelangen.

Deutschland setzte sich militärisch in Afghanistan fest und unterstützt über die operative Drehscheibe in Ramstein den US-Drohnenkrieg, bereitet selbst den Kampfdrohneinsatz vor und beteiligt sich an der Entwicklung einer neuen, europäischen Kampfdrohne..

Die mit Abstand wichtigste Maßnahme beim Warschauer NATO-Gipfel 2016 stellt dabei die routierende, aber quasi dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen mit Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ („Very High Readiness Joint Task Force“, VJTF) in den „Frontstaaten“ Osteuropas dar, wobei Deutschland aktiv vorbereitend und mit dem größten, europäischen Truppenkontingent zentral beteiligt ist.

„Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt) Krieg als zentrale Fluchtursache

Der Global-Peace-Index des Stockholmer Instituts SIPRI und die Flucht-Statistiken des UNHCR (UNO-Flüchtlingshilfe) belegen deutlich, dass aktuell die Haupt-Herkunftsorte von Flüchtlingen Regionen mit intensiven und verheerenden Kriegen sind.

Direkte wie verdeckte militärische Interventionen treffen in den letzten Jahren insbesonde- re säkulare Staaten mit vorher in der Region relativ intakten Sozialsystemen (z.B. Irak, Li- byen und Syrien) wobei der Westen andererseits mit religiös-fundamentalistischen Diktatu- ren wie Saudi Arabien und Katar sowie dem expansiven Repressionsregime in der Türkei im Bündnis steht. Rüstungsexporte u.a. aus Deutschland in diese Kriegs-Regionen feuern die kriegerischen Auseinandersetzungen weiter an.

Mit ihren Auslandseinsätzen, die zunehmend auch zu Kriegseinsätzen geworden sind, leistet die Bundeswehr weiteren Fluchtbewegungen wie auch verzweifelten Attentaten und ansteigender Terrorgefahr Vorschub. Mit ihrem Rüstungsexport auch in Krisenregionen, der Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppen gegen Russland und ihren beabsichtig- ten, gemeinsamen Übungen mit der Polizei zur Terror- wie Aufstandsbekämpfung im In- nern ist diese Bundeswehr unter der Last steigender Rüstungsausgaben zu einem kost-

spieligen Sicherheitsrisiko geworden. Dies gilt insbesondere, wenn sie sich weiter führend innerhalb der NATO- und EU-Globalstrategie engagiert! (Auch um die Ursachen von zunehmender Flucht und den alten/neuen deutschen Militarismus der reaktionären AFD zu begegnen)

Fordern wir von der bundesdeutschen Regierung:

- statt der angekündigten, massiven Ausweitung, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und den Stopp der Rüstungsexporte
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands
- ein Ende der Drohneneinsätze via Ramstein, der Anschaffung bewaffneter Drohnen sowie den Stopp der Entwicklung neuer, europäischer Kampfdrohnen und der weiteren Militarisierung der EU.
- gemeinsam mit der IPPNW (nach dem früheren französischen Vorbild unter de Gaulle) die Beendigung der Nato-Integration Deutschlands in gemeinsamen Planungsstäben, „Exzellenzzentren“ und kriegerischen Einsätzen; längerfristig den Austritt aus der NATO, denn: Eine Welt ohne NATO ist nötig!

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Die neue Rolle Deutschland in der Welt wäre „ein solidarischer Partner mit gleichberechtigten sowie fairen sozialen, ökonomischen und ökologischen Beziehungen zu allen Staaten in der Welt. Von deutschem Boden sollten Frieden und Abrüstung ausgehen und Impulse zu friedlichen Konfliktlösungen gesetzt werden.

Attac hat mit der Unterstützung der bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin einen wichtigen Schritt unternommen, um mit der bundesdeutschen Friedensbewegung gegen die bedrohlich steigende Militärisierung Widerstand zu leisten. Dies ist ein guter Anfang, den es auszubauen gilt.

Beteiligen wir uns an zentralen Aktionskonferenzen wie

- dem 23. bundesweiten und internationalen Friedensratschlag 2016 in Kassel (Universität) am 3. und 4. Dezember 2016 (Samstag/Sonntag),
- dem IMI-Kongress „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ am 19. und 20. November in Tübingen (Samstag/Sonntag).

Attac sollte sich auch für zentrale Friedensaktionen im Jahr 2017 einsetzen:

Noch Ende August diesen Jahres verständigten sich Bundesinnenminister de Maizière und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen darauf, im Februar 2017 in 4 Bundesländern gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei für den Einsatz im Innern durch-

zuführen. Siehe <http://www.ksta.de/nrw/bundeswehr-und-polizei-ueben-im-februar-fuer-den-terrorfall-24674572>

Sollte sich dies konkret weiter bestätigen, sollte Attac gemeinsam mit der Friedensbewegung zu Widerstandsaktionen hierzu, sowie zu den fortlaufenden Übungen zur „Aufstandsbekämpfung“ in der Truppenübungsstadt Schnögersburg bei Magdeburg aufrufen. Der nächste NATO-Gipfel in Brüssel - voraussichtlich im Mai/Juni 2017 - sollte Teil einer Aktionswoche in Brüssel sein, wobei möglichst verschiedene Protestbewegungen (Stopp CETA/TTIP, gegen die EU-Austeritäts- und -Flüchtlingspolitik, DIEM 25, sowie gegen den NATO-Gipfel und die Militarisierung der EU) gemeinsam gegen die aktuelle Politik der EU aktiv werden sollten. Das würde uns auch für ein „Europa von unten“ voranbringen. Unterstützen wir darüber hinaus die nächsten überregionalen Proteste gegen den Drohneneinsatz in Ramstein vom 8. bis 10.09.2017.

Machen wir 2017 zu einem aktionsreichen Jahr für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung!

7.9.2 Attac Lübeck: externe Fachkraft bei weiteren Strukturprozessen

Die Attac Regionalgruppe Lübeck hat auf mehreren Treffen über die Studie und die Zukunft von Attac diskutiert. Genauso wie die Regionalgruppe Pforzheim-Enzkreis sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir es für ausgesprochen sinnvoll halten, Veränderungen bei Attac nicht nur intern zu erarbeiten, sondern eine externe Fachkraft hinzuzuziehen. Diese soll von außen einen Blick auf uns, unsere Arbeit, unsere Strukturen werfen.

Bei unseren Recherchen hierzu sind wir auf die Institution "Wege zur Qualität" (WzQ) gestoßen, die uns für diese Aufgabe geeignet erscheint und die wir im Folgenden kurz vorstellen möchten:

- WzQ hat Arbeitsmethoden zur Weiterentwicklung speziell von Gruppen entwickelt, die nicht hierarchisch strukturiert sind.
- WzQ arbeitet nicht gewinnorientiert.
- WzQ hat kein "fertiges Modell", das uns übergestülpt werden könnte, sondern bietet eher "Hilfe zur Selbsthilfe" - dies auch in einer für uns selbstbestimmten Form, d.h. wie lange, wie weit die Zusammenarbeit für sinnvoll gehalten wird, ergibt sich aus dem gemeinsamen Prozess.

In einem Informationsgespräch mit Dr. Michael Ross(Berlin) erfuhren wir, dass WzQ ursprünglich in der Schweiz entwickelt wurde und einen anthroposophischen Hintergrund hat. Die Arbeitsmethodik für Gruppen, die seitdem entwickelt wurde, ist aber frei übertragbar und es steht jeder Gruppe frei, diesen anthroposophischen Hintergrund wahrzunehmen oder eben auch nicht.

Michael Ross hat mit Christoph Strawe und dem „Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart“ zusammen gearbeitet. Es besteht daher eine Nähe zu Attac. Über den reinen methodischen Charakter der Arbeit hinaus ist ein inhaltliches Verständnis vorhanden.

Informationen zu WzQ gibt es unter <http://www.wegezurqualitaet.info/home/deutschland>. Unter dem Menüpunkt „Publikationen“ sind einige Texte zur Einführung zu finden. Informationen zum „Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart“ gibt es unter <http://www.sozialimpulse.de>. Hier ist vor allem dieser Beitrag von Interesse http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Ross_Organisationsentwicklung.pdf.

8 Finanzanträge

8.1 Finanzantrag der BAG ArbeitFairTeilen für den Herbststratschlag 2016

Was war:

Wir haben uns im auslaufenden Jahr 2016, u. a. bei einem Treffen in Frankfurt am 21.05 sowie in zahlreichen Telefonkonferenzen zusammen mit dem Collectif Roosevelt besonders auf die Organisierung einer ersten internationalen Konferenz (siehe Anlage) in Brüssel im Europäischen Parlament fokussiert. Damit wollen wir die europäischen Kontakte der letzten Jahre intensivieren, neue Kontakte gewinnen und somit die Grundlage für eine dauerhafte europäische Vernetzung schaffen, um schließlich die Wahrnehmung nach außen und die Durchschlagskraft zu erhöhen.

(eine Aufstellung der wesentlichen weiteren Arbeiten und Aktivitäten der AG findet sich – nicht abschließend – im Anhang.)

Was ist:

Die Einführung der 30 Stundenwoche für Europa bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist so dringlich wie nie. Die Statistik wie die Bedeutung sind bekannt: Während EU-weit (offiziell registriert) 21 Millionen Menschen händeringend nach Arbeit suchen und demnächst auch noch zahlreiche Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden wollen, reiben sich die Protagonisten der neoliberalen Doktrin die Hände. Mit dem Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, wird der Wachstumszwang und die weitere Absenkung von Arbeitsstandards der Gesellschaft als alternativlos dargestellt.

Wir sagen Nein zum Wachstumszwang und zu weiteren Verschlechterungen der Arbeitsstandards. Wir sagen Nein zu Agenda 2010 und Austeritätspolitik.

Aber wir sagen Ja zu einer gendergerechten, ökologischen und sozialen Umgestaltung des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft, die die Bedürfnisse der Menschen statt die der Banken und Großkonzerne in den Mittelpunkt rückt. Wir sagen Ja zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zurück zu den Bürger_innen, zu mehr Zeit für demokratische Teilhabe, die in Anbetracht der derzeitigen politischen Verhältnisse so sehr nötig ist.

Derzeit werden Migrant_innen von rechten Gruppierungen in ganz Europa dafür instrumentalisiert, den Rassismus wieder erstarken zu lassen und die Grenzen zu schließen. Wir sagen nein zu Rassismus und Fremdenhass. Und wir sagen ja zu einer würdigen Integration von Menschen, die vor Verfolgung und Krieg flüchten. ArbeitFairTeilen reduziert die Konkurrenz der Arbeitnehmer_innen um einen Arbeitsplatz und begegnet so den Ängsten der Menschen, die bereits hier leben. Gleichzeitig ermöglicht es den hinzukommenden Menschen ebenfalls eine Arbeit zu finden und damit unabhängig von staatlichen Leistungen in Würde leben zu können.

Was sein wird und sein soll:

Im Jahr 2017 wollen wir die neu gewonnenen Kontakte aus der Konferenz per e-mail-Vernetzung und persönlichen Treffen mit einzelnen Gruppen intensivieren und gemeinsam mit den anderen Organisationen ausloten, wie ein gemeinsames Voranschreiten konkret aussehen könnte. Sofern sich aus den Gesprächen bereits für 2017 gemeinsame Aktionen ergeben, bitten wir die Finanz-AG darum, dann relativ spontan einen Antrag auf Finanzierung stellen zu dürfen.

Weiterhin ist angezeigt – technisch wie inhaltlich geboten –, dass wir unseren Außenauftritt überarbeiten und so auch unsere Außendarstellung verbessern, insbesondere indem wir unsere AG-Website auf einen aktuellen Stand bringen und übersichtlicher gestalten. Das erfordert einiges an Zeit.

Ab Herbst 2016 wird Margareta Steinrücke die AG im Rat als Delegierte vertreten.

Finanzantrag in Zahlen

Folgetreffen mit einzelnen Organisationen, die in Brüssel vertreten waren

Reisekosten, Übernachtung	800,- €
- Nachdruck Flyer	400,- €
- 3 x AG-Sitzungen: Reisekosten- u./o. Übernachtungsunterstützung 800,- €	
- 1 x Klausurtagung: Reisekosten, Übernachtung	400,- €
- München: Regionalkonferenz zu AFT mit Michael Hirsch und dem Institut für soziologische Forschung in München	200,- €
- Fahrtkosten zu Veranstaltungen anderer Organisationen (interne Fortbildung und Vernetzung)	<u>400,- €</u>
Gesamt:	3.000,- €
abzüglich 1000,- € AG Basisfinanzierung	<u>- 1.000,- €</u>

Von der AG ArbeitFairTeilen beantragte Summe: 2.000,- €

Voraussichtliche Kosten für einen Nachdruck Buch „Schritte aus der Krise „ ca. 2000,- € (wird gesondert beantragt, für den Fall, dass die AG Umsetzungszeit findet)

Bei den Fahrtkosten möchten wir zu bedenken geben, dass die AG überdurchschnittlich viele Erwerbslose und Geringverdiener_innen als Mitstreiter_innen hat, die sich keine eigene Kostenübernahme von Fahrtkosten/Übernachtung/etc. leisten können.

Sollten noch Fragen zu konkreten Punkten bestehen, bitten wir um kurze Rückmeldung.

Anlage 1 : Aktivitäten 2016

Anlage 2 (eigene pdf): Einladung für die Konferenz in Brüssel mit Programmablauf

Unsere Aktivitäten 2016:

- 30.01. Vortrag und Gespräch „ArbeitFairTeilen“ beim Kreisverband der Grünen in Mindelheim
- 12.03. "geschlechtergerechte Verteilung aller Arbeit" Vortrag und Diskussion bei der AG Frauenpolitik der Partei Die Linke in Bremen
- 20.04. Gesprächsabend mit Michael Hirsch im EineWeltHaus, München: „30-Stunden-Woche – ein Einstieg in ein fortschrittliches Projekt für Europa?“ Und 22.06.2016 im DGB-Haus in Kooperation mit Nachdenkseiten München, RLS und ver.di-Frauen

- 28.04. Diskussionsabend mit Dr. Ingrid Kurz-Scherf in Kooperation mit ver.di Frauen und ver.di Jugend, DGB-Haus München, „Nimm Dir Zeit...- für eine radikale Arbeitszeitverkürzung“
- 01.Mai Beteiligung an Maidemos mit Infoständen, Flyern/Transparent
- 14.05. "Neue Kämpfe um Zeit" Eröffnungsvortrag auf der Bundeskonferenz der jungen GEW „GEWolution: Unsere Zeit, unsere Fragen“, in Rotenburg/Fulda
- 20.05. Beteiligung an der Konferenz „Wem gehört die Zeit?“ in Hannover, organisiert von kda, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bildungswerk ver.di, ver.di Bezirk Hannover/Leine-Weser, IG Metall Hannover, IG BCE Bezirk Hannover
- 09.06. Beteiligung an den Ökosozialen Hochschultagen in München mit dem Theaterstück „Wieviele Schockoküsse müssen sein?“
- 23.06. "Gesunde Arbeitszeiten - kurze Vollzeit statt Arbeiten ohne Ende" Workshop im Rahmen des Bildungsurlaubs von ver.di "Planst du noch oder lebst du schon?" im verdi - Bildungszentrum Walsrode
- 29.06. Workshop: „Fairer Handel - Faire Arbeit?“ Im EineWeltHaus München
- 03.-07.08. Doppelworkshop auf der Soak mit Michael Hirsch und Margareta Steinrücke : „Radikale Arbeitszeitverkürzung als emanzipatorisches Projekt“.
- 27.07. "Kurze Vollzeit- warum und wie " Vortrag und Diskussion in der tarifpolitischen Zukunftswerkstatt von verdi im berdi-Bildungszentrum Walsrode
- 27.08. "Kürzer Arbeiten - besser Leben" Workshop auf der IG Metall U35-Konferenz in Hannover
- 30.08.-2.09. Einbringen der Positionen der AG ArbeitFairTeilen zum Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung, Klimaschutz und ökologischem Lebensstil auf der Degrowth-Konferenz in Budapest
- 03.09. "schneller-weiter-höher - kapitalistischer Wahnsinn und seine Alternativen“, Beitrag zu Arbeitfairteilen als Alternative auf dem Seminar der RosaLuxemburgStiftung in Magdeburg
- 08.10. Podiumsdiskussion, Frauenzukunftsfest, „Moderne Arbeitswelt – Es reicht! 30-Stunden-Woche für alle“ , Bayerischer Rundfunk, Diskussionsteilnehmer/innen: Staatsministerin Emilia Müller, Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Eva-Maria Welskop-Deffaa, stellv. VerdiBundesvorsitzende, Ressort Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, Angelique Renkhoff-Mücke, Vorstandsvorsitzende WAREMA Gruppe, Impuls: Dr. Michael Hirsch, Philosoph und Politikwissenschaftler, Hochschuldozent, Autor, Europa-Experte: Tobias Winkler, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München
- Organisation des workshops “EUROPEAN DEBATE ON SHORTER WORKING TIMES” am 20. – 21. October 2016 in Kooperation mit dem Collectif Roosevelt und grosser Unterstützung durch das Büro von Thomas Händel und der RosaLuxemburgStiftung (weitere Details s.Anhang)
Hierfür auch zahlreiche Telefonkonferenzen (ca. Alle 2-3 Wochen) und ein Koordinationstreffen am 21.05. in Frankfurt
- 25./26.11. Workshop „Reduction of working time in Europe – a part of the solution?“ im Rahmen der Konferenz des Altersummit „Social & Labour Rights“
- 10.12. Beteiligung am Tag der Menschenrechte in Kooperation mit dem NordSüdForum und zahlreichen Organisationen (ca. 20) mit eigens dafür konzipierten Flyern
- sowie diverse Radiobeiträge in München, Halle, etc.

- und natürlich unsere BAG-Treffen am 20.03. in Hannover, 16.09. in München und eine Klausur am 3./4.12. zur Nachbereitungstreffen der Brüsseler Konferenz und grundsätzliche Strategieüberlegungen für die nächsten Jahre

8.2 Finanzantrag 2017 für AG AKTION

Die AG AKTION beantragt für 2017 eine erweiterte finanzielle Zuwendung von insgesamt **7.300.- €**

Der übliche Betrag zur Unterstützung bundesweiter Arbeitsgruppen in Höhe von 1.000.- € wurde bereits gegengerechnet.

Die AG traf sich Anfang Oktober zuletzt zum Arbeitsgespräch. Abstimmung erfolgt im Verteiler und auf Veranstaltungen. Erste Schritte seit letztem Herbststratschlag betrafen unseren Attac.de Webauftritt und begleitende sowie vorbereitend-unterstützende Aktivitäten verschiedener Art für themenorientierte bundesweite Arbeitsgruppen, mit denen wir uns abstimmen.

Daneben besuchten wie die Hannover Industriemesse im April, um mit blutroten ‚TTIP kills‘ Shirts und Die-Ins US-Präsident Barack Obama zu begrüßen. Dieser wurde allerdings von uns ferngehalten, so dass wir vor dem Messepublikum unsere Die-Ins aufführten. Dabei stand im Mittelpunkt unsere Kritik an modernen ‚Freihandelsabkommen‘, die für Verschlechterungen im Alltag vieler Menschen in Deutschland und der Welt verantwortlich sind. Unter anderem gibt es Bilder, wie wir vorm Messe-Eingang liegen. Umringt von zahlreichen jugendlichen Messebesucherinnen und Messebesuchern. Dazu gibt es auch ein TV-Interview.

In diesem Jahr möchten wir noch eine Veranstaltung kulturell aufwerten. 2017 liegen unsere Schwerpunkte im Bereich der von Attac mit anderen Gruppierungen anzugehenden Themen wie G20 in Deutschland (Baden-Baden, Hamburg).

Die Zahl der Aktiven steigt langsam. Wir sehen für das zweite Jahr der AG nicht nur erweiterte Aufgaben, sondern auch Kosten zur verbesserten Innen- und Außendarstellung von Attac vor.

Nach aktueller Planung kommen weitere Kosten für Aktionen auf uns zu. Insgesamt gehen die prognostizierten Kosten über die pauschale Gruppenzuwendung von 1.000.- € hinaus. Bei allen aufgeführten Kosten gehen wir von vorsichtigen Schätzungen aus. Exakte Auflistung aller Positionen war uns insbesondere zu Begleitaktivitäten der G20 in Deutschland nicht möglich. Kosten für Unterstützung regionaler und lokaler Gruppen sind nicht geplant, da es dafür von interessierten Gruppen Kostenübernahmen geben soll.

Kostenaufstellung:

A. **Aktionsbörse:** Webseite/Datenbank mit interessanten, aufmerksamkeitsstarken sowie medial gut vermittelbaren Aktionen zur lokalen Übernahme

4.000.- €

Hinweis:

Innerhalb oder außerhalb des AG Aktion-Budgets: Der Finanzantrag beinhaltet Kosten für die Entwicklung der Datenbank. Kostenvoranschlag liegt vor. Wenn der angesetzte Betrag, der sich aus Honoraren für die Umsetzung und ggf. zusätzliche Kosten für die Webseite speist, gestrichen oder reduziert wird, verzögert sich die Projektumsetzung oder wird unmöglich. Speziell das Budget für die Website beantragt die AG Aktion mit Stephan als hauptamtlichem Gruppenunterstützer / Gruppenansprechpartner.

Es ist klar, dass das Design der Datenbank zwar das Corporate Design von Attac **aufnimmt** und unser **Wiedererkennungswert gegeben** ist. Dennoch wird es nicht 1:1 Design der originalen Attac-Seite sein (form follows function). Die Datenbank läuft entweder auf dem Attac-Server (dann muss die DB-Software dort installiert werden) oder auf einem externen Server.

Gründe:

Von der Datenbank profitieren alle Gruppen und Attac selbst – es fungiert für Attac als Imageprojekt. Es ist ein Mittel der Gruppenunterstützung und unser **Alleinstellungsmerkmal** gegenüber bestehenden Angeboten (Suchfunktion, Verschlagwortung, bewegungsübergreifend, Visualisierung, Sortierfunktion nach Aktionsgröße und anderen Aspekten).

Die Datenbank, Aktionsbörse oder das Aktionsportal wird zunächst durch uns mit erfolgreich umgesetzten eigenen Aktivitäten der AG Aktion und aus bei Attac.de sichtbaren früheren Veranstaltungen gespeist, um einen Anreiz zu schaffen, sich die Seite anzuschauen.

B. **AdBusting** Materialien

500.- €

- Farben, Bastelmaterial für ‚Werbung einmal anders‘

C. **Orangemen**-Ausrüstungen 20x (kleiner Umfang 10x)

2.000.- €

- Laut Auflistung, als sichtbarer Zusammenhang von Aktiven, wenn im öffentlichen Raum agiert wird; kann ausgeliehen werden.

D. **Fahrtkosten** und Raummiete für 2 Arbeitstreffen mit etwa 10 Aktiven

1.200.- €

- Fahrtkosten, ggf. Transportkosten

E. **Reverse Grafitti**

600.- €

In verdreckte Mauern u. ä. wird mit Schablone und Wasserdruck Text eingefräst, der für einige Zeit dort verbleibt.

- Geräte werden dazu vor Ort gemietet

Gesamtkosten:	8.300.- €
abzüglich normaler Zuschuss für bundesweite AG	1.000.- €
Verbleibende Antragssumme	7.300.- €

Wir bitten den Finanzausschuss, unseren eingereichten Finanzantrag in dieser Form und in der beantragten Höhe zu befürworten und dem Ratschlag vorzuschlagen.

Für die bundesweite AG Aktion: Karsten Reimers, Attac Hamburg, Attac Bergedorf

Die AG Aktion ist unabhängig wie Regionalgruppen und führt eigenständig Aktionen durch. Die Zusammenarbeit mit themenbezogenen AG ist wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Zu speziellen Orten und Zeitpunkten, die bereits durch bestehende Kampagnenkonzepte anderer Attac AG bestimmt sind, soll möglichst enger Austausch zwischen beteiligten AG stattfinden. Grundsätzlich überlassen wir in diesem Fall der zuständigen Kampagnengruppe die Wahl der Bildsprache und Eskalationssprache.

8.3 Finanzantrag EKU AG

Geplante Aktivitäten der EKU AG ab Herbst 2016

Ziel unserer Aktivitäten ist es, auf einen sofortigen Kohleausstieg hinzuwirken und ökonomische Strukturen als Grund für Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit zu entlarven. Darum wird die EKU AG weiterhin in den Netzwerken der Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung aktiv sein. Wir möchten dort wie bisher eine vernetzende Rolle spielen, und dabei versuchen, Umweltverbände, Organisationen und Graswurzelgruppen zusammen zu bringen. Damit knüpfen wir an die Arbeit der AG an, die in dem Sinne schon 2015 und 2016 das Ende Gelände Bündnis mitaufgebaut und begleitet hat.

Bei der Auswertung im Koordinierungskreis gab es positive Resonanz für eine weitere Attac Beteiligung am Ende Gelände Bündnis. Das bestärkt uns darin, die Dynamik einer „jungen“ Bewegung nutzen, zu unterstützen und Attac-Themen in dem Zusammenhang sichtbar zu machen. Wichtige Termine für die Bewegung sind u.a. die vom 28.-30.10. stattfindende Aktionskonferenz in Köln, auf der sich verschiedene Akteure der Anti-Kohle-Bewegung treffen, um zu diskutieren, wie eine gemeinsame Zusammenarbeit im nächsten Jahr aussehen kann. Es zeichnet sich ab, dass es im Sommer 2017 wieder eine Massenaktion zivilen Ungehorsams geben wird, die von Ende Gelände ausgeht, und darüber hinaus Aktionen von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, sowie Kleingruppenaktionen, die zusammen in eine „Choreografie“ gebracht werden.

Darüberhinaus wird es wieder (mindestens) ein Klimacamp mit Bildungsprogramm geben. Allerdings wird es dieses Jahr keine Degrowth Sommerschule geben, wie sie in den letzten beiden Jahren vom Konzeptwerk Neue Ökonomie organisiert worden ist. Zur Zeit sind die BUNDjugend und antirassistische Gruppen interessiert, in Zusammenarbeit mit dem Orgkreis des letzten Jahres ein Camp zu organisieren, die EKU AG möchte in dem Zu-

sammenhang ein wachstumkritisches Bildungsangebot zu Klimagerechtigkeit unterstützen.

Die EKU wird außerdem die Vernetzung der europäischen Klimabewegung unterstützen. Hier sind zunächst das Climate Justice Action Network genannt, ein Zusammenhang, der sich aus den Mobilisierungen zum Klimagipfel 2015 gebildet hat. Zur Zeit organisieren belgische CJA Gruppen in Brüssel die „Stop TTIP Games“ - kreative Kleingruppenaktionen, die sich gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP richten und dabei stark den Zusammenhang zwischen Freihandel und Klimawandel betonen. Die EKU möchte diese Mobilisierung unterstützen.

Außerdem möchten wir die Kontakte zu dem österreichischen Bündnis „System Change not Climate Change“ intensivieren, in dem auch Attac Österreich mitwirkt. Das Bündnis hat Ende September ein Klimacamp bei Wien organisiert, das sich gegen den Ausbau einer weiteren Startbahn des Wiener Flughafens wendet; sowie gegen kapitalistische Scheinlösungen wie „Klimaneutralität“ und Kompensationen.

Als weiterer Schwerpunkt für die AG zeichnet sich ab, dass wir eine Studie zu Kohleausstieg begleiten wollen, die kritische NGOs zur Zeit anstoßen. Die Studie soll errechnen, wie ein Kohleausstieg schon 2025 möglich sein kann, und dabei auch Energieeinsparungen erfassen; und soll dabei einen wichtigen Beitrag in der Energiewendedebatte liefern – auch als Antwort auf den „Kompromissvorschlag“ des Thinktanks AGORA Energiewende, der einen Kohleausstieg bis 2040 vorsieht.

Posten	Erläuterung	Betrag
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete (3 Treffen, 5 AG Mitglieder)	600,- €
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der AG	Flyerdruck und sonst. Infomaterial	200,-€
Beteiligung im Bündnis für eine großangelegte Mobilisierung zu den Massenprotesten zum Kohleausstieg	Fahrtkosten (4 Vorbereitungs- 1 Nachtreffen / 4 Menschen der AG)	900,-€
	Bündnisbeitrag Anteilige Übernahme von Kosten für Flyer, Material, Raummieten	1000,00,-€
	Bildungsveranstaltungen auf Camp	500,-
Europäisches Vernetzungstreffen		300,-€
Mitarbeit Studie: Fahrtkosten		200, 00
Gesamt		3700,00-€

8.4 Attac AG genug für alle

Finanzantrag an den Attac-Ratschlag Herbst 2016 in Frankfurt

Die AG hat im letzten Haushaltsjahr die **Ausstellung Grundeinkommen** überarbeitet und auf einem Medium drucken lassen, dass den Versand erheblich erleichtert. Die Ausstellung ist seit einigen Monaten ausgeliehen und auch für die kommenden Monate verplant. Die Ausstellung wird in der Regel durch Vorträge begleitet. Die Ausstellung ist inzwischen auch als englischsprachige Version verfügbar und wird im November erstmals in Irland gezeigt werden.

Die AG hat einen gezeichneten das Grundeinkommen erklärenden **Film "Wir brauchen ein bedingungsloses Grundeinkommen"** produziert. In knapp vier Minuten stellt er dar, was ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre, dass es alle Formen der Produktivität anerkennt und die Gesellschaft und die Arbeit zum Nutzen aller verändert.

Ein anderer Schwerpunkt ist schon seit Jahren die **europaweite Vernetzung (UBIE)**. Es finden augenblicklich zwei Konferenzen im Jahr statt, an denen die AG wenn finanzierbar mit zwei Personen teilnimmt. Die Finanzierbarkeit gestaltete sich in der Vergangenheit als nicht immer lösbar. Neben der europäischen Ebene werden immer auch die deutschsprachigen Kontakte und Bündnisse gepflegt.

Die **Arbeit innerhalb der AG** wird in TKs und den halbjährlichen Arbeitstreffen koordiniert und geplant. Das schon für dieses Jahr geplante Begleitmaterial für die Ausstellung, Flyer und Plakate, sowie ein Heft zur Ausstellung sind noch nicht ganz fertig. Die Belastung einiger AG-Mitstreiterinnen und AG-Mitstreiter war durch die Mitarbeit in anderen Strukturen von Attac (KoKreis, Rat und anderen AGs und PGs) relativ hoch, dadurch konnten nicht immer alle Vorhaben so realisiert werden wie dies von der AG selbst gewünscht war. In der AG sind bis zu 10 Personen aktiv.

Unter dem Titel: „Der Brexit macht deutlich: **Die Europäische Union muss eine demokratische, soziale und ökologische sein**“, haben eine gemeinsame Positionierung vorgenommen: der Runde Tisch Grundeinkommen Österreich, die Attac-Inhaltsgruppe Grundeinkommen Österreich, die Vereniging Basisinkomen Niederlande, das Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – B.I.E.N. Austria, das Netzwerk Grundeinkommen Deutschland und die Attac AG Genug für Alle Deutschland. Inzwischen haben sich weitere Organisationen der Positionierung angeschlossen. Dem neoliberalen Weg der EU muss ein sozialer und gerechterer entgegengesetzt werden. Der zunehmenden Verarmung vieler Teile der Gesellschaften in Europa und der zunehmenden Perspektivlosigkeit, vor allem junger Menschen setzen wir das soziale, ökologische und demokratische Europa basierend auf einem bedingungslosen Grundeinkommen entgegen.

Schwerpunkte für das Jahr 2016/17

1. Kampagne demokratisches, soziales und ökologisches Europa
2. Ausstellung, Film und englischsprachige Webseite
3. Internationale Vernetzung UBIE.

Finanzantrag

Kampagne für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa

Die AG wird sehr viel mehr als bisher auf mediale Darstellung ihrer Inhalte und Ziele setzen. Wir versprechen uns eine wesentlich größere Wahrnehmung unserer Arbeit, als dies durch doch relativ statische Webseiten möglich ist. Erste Erfahrungen auf Facebook zeigen dies. Ebenso die Verlinkung des Films in Netzwerke hinein, die bisher nicht mit dem Grundeinkommen in Berührung gekommen waren.

Für diese neue mediale Ausrichtung werden wir weitere Videos produzieren, die einfach in der Herstellung sind, wenn sie dann und nicht unbedingt professionellen Ansprüchen genügen dürften. Hierfür werden wir Interviews, Statements und andere Materialien zusammentragen.

Die Position der AG sowie die weiteren Schritte zu der Realisierung eines „anderen Europas“ werden wir in herkömmlichen Druckmedien ebenso darstellen.

Kosten:

Videos (Interviews, Statements etc.)	noch nicht möglich
Flyer (Druck / deutsch)	80,00 €
Flyer (Druck / englisch)	40,00 €
Flyer (Druck / französisch)	40,00 €
Flyer (Druck / osteuropäisch)	40,00 €
Übersetzung der Flyer (drei Sprachen)	150,00 €
Gesamt:	350,00 €

Für das nächste Jahr wird eine Reihe von regionalen Veranstaltungen geplant. Sie werden als halbtags, bzw. ganztags Veranstaltungen eine Kombination aus Ausstellung, Vorträgen und Videos sein. Die Organisation wird von der AG in Kooperation mit regionalen Gruppen geschehen. Ziel ist die Ausrichtung der Kampagne auf erste Zwischenziele und der Aufbau einer regionalen Struktur zur Unterstützung der AG-Arbeit, vielleicht auch durch die Gewinnung aktiver Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kosten (am Beispiel eines regionalen Treffens):

Raummiete	50,00 €
Honorare für Referenten (zwei Personen)	500,00 €
Technik	50,00 €
Fahrtkosten (zwei Personen / Referenten)	200,00 €

Gesamt: 800,00 €

Die AG geht davon aus, dass mindestens die Hälfte der Kosten von den regionalen Partnern getragen wird, somit beträgt der Kostenansatz für ein regionales Treffen 400,00 €.

In einem ersten Ansatz sind vier Veranstaltungen geplant, die anschließend zu evaluieren sind und bei positiven Ergebnissen durch weitere ergänzt werden.

Kostenansatz für vier Veranstaltungen daher 1.600 €

Ausstellung Grundeinkommen

Für die englischsprachige Version der Ausstellung Grundeinkommen und für die weitere Ausgestaltung der internationalen Arbeit mit der Ausstellung werden englischsprachige Flyer und Plakate erstellt. Gleichzeitig wird auch eine englischsprachige Webseite aufgebaut.

Kosten:

Druckkosten Flyer und Plakate 80,00 €

Übersetzung der Druckmaterialien ins Englische 100,00 €

Programmierung der Webseite (englisch), sowie die Layoutanpassungen zwischen deutscher und englischer Webseite 500,00 €

Fortlaufende Übersetzung der Webseiteninhalte 200,00 €

Gesamt: 880,00 €

UBIE-Vernetzung

Zwei Konferenzen in Europa für zwei Personen.

Kosten:

Fahrtkosten ca. 150 € pro Person 600,00 €

Übernachtungen ca. 150 € pro Konferenz 300,00 €

Gesamt: 900,00 €

Allgemeine AG-Arbeit – Arbeitstreffen 2016

Wird aus dem Etat der AG bestritten

Gesamter zusätzlicher Finanzbedarf 3.730,00 €

Ansprechpartner: Hardy Krampertz

8.5 Finanzantrag der AG Gruppenunterstützung des Rates

Die AG Groupies beantragt für 2017 ein Budget von 4600,00 Euro. Das Geld soll für die folgenden Vorhaben verwendet werden.

Gruppenründungen: 2500,00 Euro

Kopien, Porto und Fahrtkosten für 15 Gründungs- bzw. Wiederbelebungsprozesse	
Porto:	800,0 Euro
Kopien:	300,00 Euro
Fahrtkosten:	1400,00 Euro

2500,00 Euro

Veranstaltungen ("Regionaltag Ost Dresden" Frühjahr 2017): 1500,00 Euro

Räume:	250,00 Euro
Fahrtkosten:	600,00 Euro

Versand:	400,00 Euro
----------	-------------

Flyer:	250,00 Euro
--------	-------------

1500,00 Euro

Fahrtkosten:	600,00 Euro
--------------	-------------

2 Treffen pro Jahr jeweils ca. 5 Leute mit je 60 Euro Fahrtkosten

4600,00 Euro
=====

Erläuterung/Begründung

Die ersten beiden Posten des Antrages entsprechen denen der vergangenen Jahre, da sich die Zahlen für ca. 15 Gründungsprozesse pro Jahr bewährt haben. Die Vorbereitung für den Regionaltag 2017 laufen bereits.

8.6 Finanz-Antrag AG Internationales

Liebe Finanz AG,

für die Haushaltsplanung zum Ratschlag geht die AG Internationales davon aus, dass die Mittel wie 2016 wieder bewilligt werden. Die Aktivitäten des EAN haben sich eher verstärkt, es wird zwei europäische Treffen geben, und es gibt gemeinsame Veranstaltungen – zum Beispiel zur Zukunft der EU – darüber hinaus. Die AG strebt an, auf den zwei jährlichen EAN-Treffen möglichst (gender balanced) mit zwei Personen vertreten zu sein (Mehraufwand 400 €). Auf dem WSF in Montreal wurde ein weltweiter Aktionstag gegen die Steueroasen beschlossen, der zumindest mit einer zentralen Aktion in Europa stattfinden soll. Reisekosten fallen dazu bereits für ein Vorbereitungstreffen im Februar an. (Mehraufwand 400 €). Für die Aktion wird im März ein detaillierter Finanzantrag zu unserem Kostenanteil gestellt. Auch für 2017 wird sich Attac De wieder mit einem Beitrag am europäischen Solifond beteiligen (Mehraufwand 200 €)

Zum Weltsozialforum wird es 2017 zwei erweiterte Sitzungen des International Council im Januar und im Oktober zur Reform des WSF, zur Evaluierung des WSF in Montreal, zum nächsten WSF 2018 und zur Zukunft des WSF und seinen Strukturen geben. Wir beantragen, nicht ausgeschöpfte WSF-Mittel aus 2016 in den Haushalt 2017 zu übertragen.

Wir beantragen mit obiger Begründung für den HH 2017:

AG Internationales 2.500 €

3.000 für Kosten im Rahmen der Beteiligung an der Arbeit International Council des WSF.

Hugo Braun

8.7 Finanzantrag AG Solidarische Ökonomie Dokumentation Solikon-Kongress

Ich beantrage für 2017 3.000,- zusätzlich für die AG Solidarische Ökonomie als Beitrag zur Realisierung der Dokumentation & Update des Kongresses über Solidarische Ökonomie "Solikon", den wir im September 2015 in Berlin organisiert haben. Wir wollen die Dokumentation des Solikons als Buch herausgeben, weil der Kongress sehr kompakt war und alle Teilnehmer leider das meiste verpasst haben.

Das Thema ist eminent politisch, denn es geht um die Fragen: wie wollen wir leben, wie können wir friedlich miteinander leben, wie können wir ein gutes Leben für alle ermöglichen. Wenn die Alternativen nicht sichtbar gemacht werden, können uns die Regierenden einhämmern, dass es keine Alternative zu ihrem ruinösen Kurs gibt.

Wenn die vielen Menschen, die bereits angefangen haben, anders zu leben und Alternativen aufzubauen, voneinander erfahren und sich vernetzen, dann entstehen profitfreie Räume, wo die Menschen durch Zusammenarbeit schaffen, was sie zum Leben benötigen und nicht mehr erpressbar sind.

Sowohl in Deutschland als auch in den vielen Ländern, die den Konkurrenzkampf gerade verlieren. Aber es ist sehr wichtig gerade hier für Alternativen zu werben.

Der Solikon hat eine enorme Menge Material produziert. Einiges liegt in schriftlicher Form vor, viele Reden wurden auf Video festgehalten, vieles muss aus dem Englischen, aus dem Portugiesischen und aus dem Französischen übersetzt werden, usw. Eine Mammutaufgabe, bei der 4 Personen einige Monate lang beschäftigt werden können. (4 Personen à € 1200,- mal 5 Monate = 19.200 €)

Wenn Attac einen substantiellen finanziellen Beitrag dazu leistet, wird dies auch in dem Buch gewürdigt - eine hervorragende Werbung für Attac.

Im Juni 2017 findet schon der nächste Kongress Solidarische Ökonomie in Athen statt und wir können im Vorfeld RIPESS - dem internationalen Netzwerk für Soziale und Solidarische Ökonomie, das den Athener Kongress mitorganisiert, sehr viel Material auf Englisch aus dem Solikon für eine ad hoc Publikation übermitteln. Es gibt auch ein Angebot, die Solikon-Dokumentation wenigstens teilweise für den Kongress in Athen ins Griechische zu übersetzen.

Mit einigen tausend Euro würde Attac es ermöglichen, Übersetzer und Redakteure zu bezahlen. Deswegen beantrage ich € 3.000 als Beitrag zur Realisierung der Solikon-Dokumentation. Mit freundlichen Grüßen: Giuliana Giorgi

8.8 AG Finanzmärkte und Steuern Finanzantrag Aktionstag Steueroasen

Baden-Baden ist am 17. und 18. März 2017 Treffpunkt der Finanzminister und Notenbankchefs der führenden Industrie- und Schwellenländer (G20). Das ist politisch-inhaltlich wie von der Lokalität her ein geeigneter Anlass zur Umsetzung des Beschlusses des WSF in Montreal für einen globalen Aktionstag zur Bekämpfung der Steueroasen. Der Aktionstag wird vom Europäischen Attac Netzwerk gemeinsam vorbereitet. Ein Vorbereitungstreffen findet am Rande des nächsten Europäischen Treffens am 27./29. Januar in Madrid statt.

Da das G20-Finanzministertreffen in Deutschland stattfindet, ist Attac Deutschland für die Durchführung zuständig. Dies wäre die erste große Aufgabe für die neu zu schaffende Koordinationsstelle für die AG Finanzmärkte und Steuern (siehe dazu den eigenständigen Antrag der AG) mit Unterstützung durch das Bundesbüro. Die AG Finanzmärkte und Steuern leistet dazu inhaltliche Vorbereitungsarbeit und organisatorische Unterstützung.

Falls von den anderen Organisationen Interesse besteht, könnte der Aktionstag unter Beteiligung des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der weltweiten Dachorganisation Global Alliance für Tax Justice und dem Tax Justice Network (Wissenschaftlervereinigung, die mit GATJ und NWSG verbunden ist) durchgeführt werden. Federführung und Verantwortung würde auch dann bei Attac verbleiben.

Der Aktionstag ist als Media Stunt im Zentrum von Baden-Baden (Infostand, Plakatwand, Flugblätter) und mit einer internationalen Pressekonferenz (prinzipielle Zusage von Sven Giegold liegt vor, andere sind nach Beschluss anzufragen) geplant.

Angesichts der Finanzschwäche der anderen Attac Gruppen und der ESU-Vorbereitung durch Attac F wird die Aktion überwiegend von Attac finanziert werden müssen.

Die AG Finanzmärkte und Steuern stellt daher den folgenden Finanzantrag an den Herbeistratschlag

Materialkosten (Plakatwand, Infostand, Flugblätter)	1.000,00 €
Reisekosten Vorbereitungstreffen Madrid	500,00 €
Reise- und Transportkosten Baden-Baden	2.000,00 €
Raummiete und Dolmetscher für Pressekonferenz	1.500,00 €
Gesamt	5.000,00 €

Für die AG Finanzmärkte und Steuern: Alfred Eibl

8.9 Finanzantrag AG Welthandel und WTO

im Haushaltsentwurf 2017 ist für das Bündnis "Meine Landwirtschaft" eingesetzt:

Trägerbeitrag 1000 €

Demo 1000 €

Die AG Welthandel und WTO beantragt, die Beträge wie 2016 zu belassen.

Trägerbeitrag 1000 €

Demo 1500 €

Die "Wir haben es satt-Demo" in Berlin ist ein erstes Signal im Jahr, um die Attac-Kritik an Freihandelsverträgen und der neoliberalen Wirtschaftsweise sichtbar zu machen.

Roland und Hanni

8.10 Finanzantrag Attacademie 2017

Die Attacademie ist einer der vielfältigen Bildungsbausteine im Attac-Netzwerk, das nach mehrfachen Renovierungsrunden und methodischen sowie inhaltlichen Weiterentwicklungen unter (nicht nur) jungen Aktivist_innen einen guten Ruf hat und in diesem Jahr zum zehnten Mal statt findet. Viele unserer derzeit aktiven Attacies in Gremien und anderen Arbeitszusammenhängen haben die Attacademie durchlaufen. Bei sechs viertägigen Seminaren und zehn zweistündigen (netzbasierten) Webinaren werden vielfältige Inhalte erarbeitet. (Detaillierte Infos dazu ganz unten im Dokument oder unter www.Attac.de/Attacademie).

Die Attacademie wird seit vielen Jahren hauptamtlich von Karin Walther betreut, eine Attacfrau der ersten Stunde, die als Trainerin in allen möglichen Bewegungszusammenhängen wirkt. Karin ist für die Attacademie nicht fest angestellt, sondern arbeitet seit vielen Jahren auf Honorarbasis weit über ihre bezahlten Stundenzahl hinaus für das Bildungsprojekt – dieser Zustand ist nicht länger tragbar, es liegt in unserer Verantwortung, das zu verbessern. Wir sind jetzt in der Situation, dass wir die Stundenzahl von Karin Walther von einem Niveau von (umgerechnet) einer Drittel Stelle auf eine halbe Stelle anheben müssen. Karin stemmt seit acht Jahren die Attacademie verantwortlich – unterstützt von einer kleinen ehrenamtliche Begleitgruppe – fast im Alleingang. Darüber hinaus benötigt Karin unbedingt Unterstützung für die umfangreichen organisatorischen und administrativen Abläufe der Attacademie: Bei der Berichterstattung ggü. den Drittmittelgebern, Buchung der Tagungshäuser, der Organisation der Webinare, der Unterstützung der Kurs-Projekte der Teilnehmenden usw. Diese Unterstützung kann formal von der Bewegungsakademie abgewickelt werden, aber kostet Geld.

Die kommende Attacademie hat ein geplantes Gesamtvolumen von 71.220 Euro. Bisher betrug der Zuschuss aus dem Attac-Budget zur Attacademie 4.000 Euro jährlich (bei niedrigeren Gesamtkosten). (Hintergrundinfo: Vor einigen Jahren standen auch schon mal 7.000 Euro im Budget, diese wurden aber nicht vollständig abgerufen, deswegen wurden die Budgets im Haushalt für die Attacademie danach wieder reduziert). Der Löwenanteil der Kosten wird bislang und soll auch weiterhin durch zwei große Zuschüsse (RLS und

Engagement Global) gedeckt werden. Außerdem erheben wir einen TN-Beitrag von 550 Euro pro TN.

Die AG Bildungskoordination beantragt zusätzlich zu den bereits im Haushalt gesetzten 4.000 Euro jährlichen Zuschuss 10.000 Euro, um die Attacademie auch für 2017 finanziell abzusichern.

Ausgaben

Personal Karin Walther	26.300,00 €
Personal Orga/BA 1	3.190,00 €
Honorare Referent_innen	4.400,00 €
Reisekosten	3.150,00 €
Tagungshäuser	17.820,00 €
Seminar-/Projekt-Materialien	1.080,00 €
Verwaltungskosten (7%)	4.560,00 €
Summe	70.500,00 €

Einnahmen

Zuschuss RLS	10.000,00 €
Zuschuss Engagement Global	38.000,00 €
TN-Gebühren	8.500,00 €
Attac bisher	4.000,00 €
Summe	60.500,00 €

Defizit **10.000,00 €** zusätzlicher Finanzantrag ans Attac-Budget

Ziel der Attacademie ist, Globalisierungskritiker_innen zur aktiven Mitarbeit in Gremien, Arbeitsgruppen, Kampagnen und lokalen Gruppen in Attac und anderen Zusammenhängen zu ermutigen und für die Initiierung von wirkungsvollen politischen Projekten zu qualifizieren. Dafür werden inhaltliche, ökonomische, theoretische und methodische Kompetenzen geschult.

An der derzeit laufenden 10. Attacademie nehmen 16 Leute aus ganz Deutschland teil. Sie sind u. a. aktiv in fünf Attac-Regionalgruppen, im Stopp TTIP-Bündnis, bei der Interventionistischen Linken, in Entwicklungspolitischen Netzwerken, in Solidarische Ökonomie-Projekten. Die politischen Hintergründe sind entsprechend heterogen, Tätigkeitsfelder vielfältig: soziale Arbeit, Campaigner_innen, NGO-Angestellte und Studierende.

2016: Themen/Inhalte der sechs viertägigen Seminare und zehn zweistündigen Webinare:

a) Gründung von 4 Projektgruppen anhand der Interessen der Teilnehmenden (TTIP, Zukunft der Arbeit, nachhaltige Arbeitsweisen für politische Gruppen, Neoliberale Stadt)

b) ökonomische Theorie: Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie, Einführung und kritische Auseinandersetzung in Neoklassik und Neoliberalismus, Keynesianismus, Nullwachstum aus ökonomietheoretischer Sicht, feministische Ökonomie

c) sozial-ökologische Alternativen und Transformationswissen: Postwachstumsökonomie, Commons, Solidarische Ökonomie, Gemeinwohlökonomie, Gramscis Hegemonietheorie, Rolle/Strategien sozialer Bewegungen

d) kursbegleitende Projektarbeit in 4 Kleingruppen, Trainings für politisches Handwerkzeug

- Begleitung durch Mitglieder der Begleitgruppe

- Trainings (1/2-3tägig, tw. sukzessive): Moderation, Kampagnenplanung, Techniken für effektive Projektgruppenarbeit; Arbeiten in der Gruppe (Kommunikation, Feedbackkultur, Arbeitsroutinen, ...), Projektmanagement und Online-Tools für überregional arbeitende Gruppen, Fundraising, Argumentationstraining, Pressearbeit

Geplante Änderung für 2017: es werden zu Beginn des Kurses Schwerpunktthemen der aktuellen Attac-Kampagnen zur Auswahl gestellt, um die Projektarbeit stärker mit der Expertise in Attac zu vernetzen (G20, globale soziale Rechte, alternatives Handelsmandat, Postwachstums-Perspektiven)

Wirkung: von den Projektgruppen konzipierte & durchgeführte Angebote auf der Attac-Sommerakademie '16:

- Podiumsdiskussion „**Zwischen ‚wie wir leben wollen‘ und ‚wie wir leben können‘ - die Zukunft der ökologisch-sozialverträglichen Arbeit**“

- „Traumraum von einem **sozial-ökologischen Arbeitsalltag der Zukunft**“

- interaktive Stadtführung „**Auf den Spuren des Neoliberalismus in Düsseldorf**“ zu Privatisierung, Gentrifizierung, Standortwettbewerb, Festivalisierung & Alternativen

- Workshop zu „**nachhaltigem Aktivismus**“ und Teamarbeit in Gruppen

- Workshop „**Online Werkzeugkasten für Aktive**“ zur lokalen und überregionalen Zusammenarbeit in Projekten und Kampagnen für Projektplanung, Kommunikation, und Wissensorganisation

- Transfer der gelernten Methoden in die eigenen Kontexte und Gruppen

- Empowerment: Viele Teilnehmer_innen sehen sich durch die kritische Reflexion mit den Zielen ihrer politischen Aktivitäten und ihrer politischen Positionen sowie der konkreten Projektarbeitspraxis gestärkt und haben mehr Selbstvertrauen entwickelt, ihre politischen Ziele klarer zu verfolgen.

Stephanie Handtmann für die Begleitgruppe der Attadademie/die BiKo

8.11 Finanzantrag Aufstehen gegen Rassismus

Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ will auch im nächsten Jahr weiterarbeiten. Die konkreten Planungen für 2017 werden allerdings erst beim Treffen am Anfang November besprochen. Ich denke, wir sollten wieder 5.000 Euro für das Bündnis einplanen.

Thomas Eberhardt-Köster

8.12 Finanzantrag : Förderung der Übersetzungstätigkeit

Zum Aufbau von Vernetzungen in Europa bzw. weltweit sind gute Übersetzungen notwendig. Zur Festigung und zum Aufbau des Netzwerks ehrenamtlicher Übersetzer/-innen koordiniert, zum Austausch mit anderen Übersetzer/-innen-Netzwerken sollte im Sommer 2017 ein Treffen im Rahmen der ESU in Toulouse stattfinden.

Attac De setzt sich für die Durchführung dieses Vorhabens bei den anderen Attac-Gruppen ein und schlägt vor, dass die Kosten dieser Tagung (Anreise und Unterbringung) von den Attac Europas getragen werden. Für die Gespräche mit den anderen Attac-Gruppen ist M:D.Vernhes verantwortlich.

Attac De beschließt, mit einem eigenen Beitrag von 1500 Euro eine solche Tagung zu unterstützen.

(Die für 2016 eingeplanten Mittel von 1000 Euro (Haushaltsentwurf für 2017, 4.18) werden auf 2017 übertragen).

Marie-Dominique Vernhes

8.13 Finanzantrag Projektgruppe G20: Attac-Aktivitäten zum G20 Gipfel 2017

Zusammenfassung			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
A.	AG Kongress	11.500,00	11.500,00
B.	AG Demo	5.000,00	5.000,00
C.	AG ZU	1.150,00	1.150,00
D.	AG intern Mobi	7.500,00	7.500,00
E.	AG Öff	4.600,00	4.600,00
F.	Stellen	43.200,00	43.200,00
G.	Bündnisbeitrag	10.000,00	10.000,00
GESAMT			82.950,00

Einzelbereiche

A. Kongress (Gesamt: nur Ausgaben)

	Räume	8.000,00 €		
	Personal	36.000,00 €		
	Öffentlichkeitsarbeit	3.000,00 €		
	Technik	3.000,00 €		
Ref	FK	3.000,00 €		
Ref	Honorare	5.000,00 €		
	Materialien	3.000,00 €		
	Versorgung	1.000,00 €		
	FK intern	2.000,00 €		
	Kultur	1.200,00 €	LKW	1.500,00 €
			Sonst. Attac	1.500,00 €
			FK Attac	500,00 €
	Sonst.	5.000,00 €	Beitrag Attac	8.000,00 €
	GESAMT	70.200,00 €		
GESAMT				11.500,00 €

B. Demo (nur Attac)

	LKW+Technik			1.500,00 €
	Öffentlichkeitsarbeit			500,00 €
	Materialien			600,00 €
	Versorgung			200,00 €
	FK			500,00 €
	Beitrag			1.000,00 €
	Sonst.			700,00 €
GESAMT				5.000,00 €

C. Attac-Aktion "Ziviler Ungehorsam"

	Aktion			150,00 €
	Material			400,00 €
	FK			400,00 €
	Sonst.			200,00 €
GESAMT				1.150,00 €

D. Attac Intern / Mobi

	FK			1.000,00 €
	Veranstaltungen			
		Honorare		1.000,00 €
		FK		800,00 €
		Räume, Technik		400,00
	Räume HH			2.000,00
	Sprinter BB-HH			800,00
	Überrichtung			1.000,00
	Sonst.			500,00 €
GESAMT				7.500,00 €

E. Off.Arbeit

				Summe
	Flyer			1.000,00
	Plakate			500,00
	Broschüre?			0,00
	Banner			400,00
	Anzeigen			400,00
	Website			400,00
	Fotografin			400,00
	Doku Film			1.000,00
	Sonst.			500,00
GESAMT				4.600,00

F. Stellen				
	Stelle HH	01.01.-28.02.2017	20h	3.900,00 €
		01.03.-31.07.2017	30h	14.500,00 €
	Stelle BB	01.11. - 31.12.2017	20h	3.900,00 €
		01.01.-31.07.2017	30h	20.300,00 €
	Raummiete HH			600,00 €
GESAMT				43.200,00 €

G. Bündnisbeitrag				
	Attac-Beitrag Gesamtbündnis			10.000,00 €
GESAMT				10.000,00 €

8.14 Finanzantrag Attac Projektgruppe „Eurokrise“

Die PG hat sich wie in den vergangenen Jahren im Haushaltsjahr 2016 an dem Bündnis Alter Summit beteiligt. Berichtet wurde an die Gremien und über Emaillisten. Die PG sieht es als wichtig und erforderlich an sich weiterhin an dem Bündnis zu beteiligen um den erforderlichen, politischen Prozess weiter zu begleiten.

Die PG hat sich im Haushaltsjahr 2016 am Bündnis Blockupy beteiligt und wird dies auch 2017 fortsetzen. Das Bündnis Blockupy besteht seit 2012 und ist aus unserer Sicht der einzige Akteur der die notwendige Kritik am europäischen Krisenregime und die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die Straße bringt und europäisch wahrgenommen wird. Aktionen in 2016 waren der Umzug von Frankfurt nach Berlin und ein Aktionswochenende im Herbst. In Verbindung mit einer Demo in Berlin am 3.September vom Bündnis Aufstehen gegen Rassismus und einem Treffen von Welcome2stay am 4.September entstand das gemeinsame Aktionswochenende mit der angekündigten Blockade des Ministeriums für Arbeit und Soziales und der Teilnahme an der Demo am 3.September sowie Beteiligung beim Treffen von W2S.

Die Planung zur weiteren Arbeit der Bündnisse in 2017 ist ein noch laufender Prozess und bei Blockupy aktuell in der Entscheidungsphase. Weiterhin wird die nicht mehr gedruckt

vorliegende, 20 seitige PG Broschüre „Solidarität statt Austerität“ neu überarbeitet und gedruckt.

Die PG hat für das Haushaltsjahr 2016 2 Arbeitstreffen ausgerichtet und verschiedene Texte auf der HP veröffentlicht. Die weitere kontinuierliche Arbeit findet durch Beteiligung an den jeweiligen Bündnistreffen, erforderliche Telefonkonferenzen und Diskussion auf der Koordinationsliste statt. Die PG sieht Ihre Arbeit in der europäischen Frage dringender denn je als erforderlich an und versucht die europäischen Kämpfe in den Bündnissen zusammenzuführen.

Aufstellung der bis jetzt geplanten Kosten für 2017:

PG Mittel

- 1.000.-€ für die kontinuierliche Arbeit der PG

Alter Summit

8) 500.- € Bündnisbeitrag

9) 1.500.- € Reisekosten für 2 Aktive

Blockupy

10) 2.000.- € Bündnisbeitrag

11) 1.200.- € Fahrtkosten für mindestens 2 Aktive

Broschüre

12) 1.500.- € Druckkosten

Gesamtkosten: 7.700.- €

Die Unterstützung vom Bundesbüro kann in der noch nicht abgeschlossenen Planungsphase für 2017 noch nicht in Personalkosten beziffert werden. Die PG wird bei Erforderlichkeit weitere Finanzanträge unterjährig stellen.

Für die Projektgruppe Eurokrise : Wolfgang Raul

8.15 Finanzantrag Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für Alle!

Die Schere zwischen Arm und Reich wird bundesweit und global immer größer. Die Konzentration des Reichtums und damit auch der Macht nimmt immer mehr zu. In Anlehnung an das Bündnis „umfairteilen“ hat sich ein neues Bündnis konstituiert, das aus den alten neuen Akteuren besteht. Nach langen Diskussionen konnten wir uns auch o.g. Slogan einigen. Das Bündnis geht davon aus, dass alle Beteiligten eigene Schwerpunkte bei dem Thema Umverteilen haben, und schwerpunktmäßig dazu arbeiten. So wollen die Gewerkschaften u.a. das Thema Rente in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.

Für Attac bieten sich Themen wie Steuerparadiese, Steuervermeidung, Steuergerechtigkeit und soziale Ungleichheit an. Wobei für Attac von Bedeutung ist, dass sich das Thema Reichtum umverteilen nicht auf die Bundesrepublik reduzieren lässt.

Anlässe für die Arbeit im kommenden Jahr sind:

Forum in Davos

Armutsbbericht

Aktionstag gegen Steueroasen

Tagung anlässlich der NRW Wahlen in NRW (Bündnis in NRW arbeitet bereits)

G20

Bundestagswahlen

Geplant ist, dass die Arbeit des Bündnisses nicht mit den Bundestagswahlen endet, sondern darüber hinaus weiter arbeitet. Eine Koordination mit anderen Akteuren innerhalb von Attac ist notwendig.

Um im Rahmen des Bündnisses arbeiten zu können beantragen wir Mittel für das Jahr 2017.

Fahrten zu den Treffen	600,-- €
Bündnisbeitrag	2000,--€
Materialien	600,--€
Gesamt:	3200,--€

Antragsteller: Achim Heier, Hugo Braun, Kerstin Sack, Karl-Martin Henschel

8.16 Finanzantrag TTIP-Kampagne 2016-2017

Der Widerstand gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA ist in diesem Jahr nochmal stärker geworden: 90.000 Menschen im April zur Industriemesse in Hannover, 320.000 am 17.9. in sieben Städten gegen CETA sprechen eine deutliche Sprache. Die Projekte TTIP-freier Kommunen sind dabei, sich europaweit zu vernetzen – im September verzeichnen wir bereits 2200 Einträge auf unserer Europakarte (davon 380 in D). Die bundesweiten und internationalen Bündnisse sind eingespielt und agieren stark, professionell und schnell – Attac ist Teil einer Organisationsentwicklung, die den zivilgesellschaftlichen Widerstand technisch, organisatorisch und medial zu einer mächtigen Gruppe von Akteuren ausbaut, die auch unsere politischen Gegner beeindruckt. Insbesondere auf regionaler Ebene sind starke Bündnisse zum Thema entstanden, die sich in den vergangenen Jahren eingespielt haben und in denen die lokale Attac-Gruppe vielfach eine bedeutende Rolle spielt – was sich nicht zuletzt bei den sieben Demos am 17.9. zeigte und auszahlte. Der gesamte Prozess wird gedeckt durch steigende Spendeneinnahmen bei praktisch allen beteiligten Organisationen, auch bei Attac.

Inhaltlich ist die EU-Kommission in der Defensive: Umfragen belegen immer wieder, dass die Abkommen mehrheitlich, auch in anderen Ländern, abgelehnt werden. Und tatsächlich scheint es so, als würde TTIP am Druck der Zivilgesellschaft und den dadurch verstärkten Interessengegensätzen der Verhandlungspartner scheitern. Die Winkelzüge rund um

CETA zeigen jedoch deutlich, wie die politischen Eliten es verstehen, mit schönen Worten doch noch entscheidende Mehrheiten zu generieren. Aller Voraussicht nach werden wir den Kampf gegen CETA auf der Ebene der nationalen Ratifizierung ausfechten müssen. Derweil wird TiSA im Hintergrund weiterverhandelt; und auch TTIP könnte, sollten wir bei CETA keinen Überraschungserfolg landen, nach der Bundestagswahl 2017 und bei entsprechender US-Präsidentschaft wieder aktuell werden.

Mit der Stärke der Proteste geht eine starke Verantwortung der Zivilgesellschaft einher. Zudem verlangen uns die Dauer der Verhandlungsprozesse und die Vielzahl der Abkommen ein jahrelanges Durchhaltevermögen ab. Innerhalb dessen bleibt es das vornehmste Interesse Attacs, die abkommenskritischen Proteste zu Protesten gegen Freihandel und Neoliberalismus und für Demokratie aufzuwerten. Hier steht uns weiterhin ein erkleckliches Maß an Arbeit bevor. Darum plädieren wir dafür, die (sogenannte) TTIP-Kampagne auch in den kommenden Jahren als wichtiges Standbein der Attac-Arbeit wahrzunehmen und zu fördern.

Unsere Pläne & Finanzantrag für 2017

Nach der außerordentlichen Anstrengung, erfolgreich zu den Demos am 17.9. zu mobilisieren, und dem anschließenden politischen Rückschlag durch den Pro-CETA-Beschluss des SPD-Parteikonvents ist – zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Antrags – das gesamte Bündnisspektrum und mit ihm auch unsere Kampagnengruppe dabei, sich zu sammeln und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Entsprechend können wir verschiedene Ideen derzeit nur vage skizzieren und müssen insgesamt sehr flexibel bleiben, um auf die politische Dynamik im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 sowie des G20-Gipfels adäquat reagieren zu können. Wir halten es für sehr wahrscheinlich, dass wir bei der Vielzahl der Aktivitäten im kommenden Jahr eine zeitlich beschränkte Kampagnenassistenz benötigen werden, deren Einsatz wir zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht klar definieren können. Wir bitten die Finanz-AG, dies bei ihren Entscheidungen wohlwollend zu berücksichtigen.

Materialien	Materialnachdruck (Flyer, Fahnen, Aufkleber, ...)	4.000 €
	Neue Flyer (Freihandelskritik, TiSA) & weitere Materialien	3.000 €
	Ergänzungsdruck 100 Kommunenschilder	1.000 €
Highlights 2017	Aktionskonferenz 2017: Attac-Zuschuss zur Konferenzorga (2.000 €) + Kosten guter Attac-Auftritt	2.500 €
	G20-Gipfel: Eigener Flyer, eigene Demo-Aktion, internationale themenspezifische RednerInnen zum Gegengipfel	2.000 €
	TTIP / CETA / TiSA als Themen des Wahlkampfes zum Bundestag setzen: diverse Aktionen, Demo(s) und/oder Aktionstag (noch auszudiskutieren)	2.000 €
Weitere Aktionen	Lauti & Aktionsmaterial Demo „Wir haben es satt“	1.500 €
	ggf. Mobilisierung & Aktion Demo in Brüssel	500 €

	Beteiligung an sonstigen Bündnisaktionen	500 €
Weitere Veranstaltungen	Organisation TiSA-Seminar: FaKo + Honorare ReferentInnen, Raummiete	1.000 €
	Kommunenkonferenz in Nürnberg (zum Kostenpunkt siehe unten)	5.000 €
Bündnisse	Beitrag Bündnis TTIP Unfairhandelbar	500 €
	Beitrag Bündnis Stop TTIP (CETA-Check)	1.000 €
	Kostenbeitrag zu Bündnismaterialien	500 €
Fahrtkosten	Kampagnengruppe, Bündnistreffen national / international	5.500 €
Summe		30.500 €
	2016 bereits 5.000 € von Kokreis für Kommunenkonferenz in Nürnberg bewilligt	-5.000 €
Finanzantrag		25.500 €

Zur Erläuterung einzelner Posten

Materialien: Die Kampagnenflyer und -Materialien sind sehr beliebt, entsprechend teuer ist es, z.B. die Standardflyer immer wieder in größeren Mengen nachzudrucken. Zudem gibt es immer wieder Anlässe bzw. Ideen zu neuen Materialien (z.B. das A2-Plakat „Im Reich von TTIP, das wir aus Frankreich übernommen haben; die schöne Mobi-Postkarte zum 17.9.; das tolle Mobi-Video von Attac Berlin; die CETA-/TTIP-in-die-Tonne-Demofahne; das Absperrband samt dazugehöriger Plakate / Karten). Ein Teil der Materialien wird allerdings verkauft bzw. gegen Spende vergeben, insofern kommt das Geld teilweise wieder herein.

Die Kommunenschilder als Demo-/Aktions-Material haben sich als sehr beliebt erwiesen und geben ein hervorragendes Fotomotiv, allerdings sind sie in der Herstellung recht teuer; dies war in unserem bisherigen Kampagnenhaushalt nicht eingeplant, wurde aber trotzdem von uns getragen. Da wir sie nun einmal haben und immer wieder neue Orte hinzukommen, zeichnen wir sie als Extra-Posten aus.

Highlights 2017: Die Aktionskonferenz in Kassel im Februar 2016 war ein Fixpunkt für die inhaltliche und strategische Verständigung der regional und bundesweit TTIP-Aktiven, mit > 1/3 der Teilnehmenden wie auch Referierenden war Attac dort sehr gut vertreten. An der Folgekonferenz möchten wir uns ähnlich stark beteiligen und für eine gut sichtbare Präsenz Attacs sorgen.

Vermutlich ist es sinnvoll, den TTIP-/CETA-Protest zum G20-Gipfel zu mobilisieren. Wir gehen davon aus, dass es seitens Attac für die Gesamtorga und solche Dinge wie Demo-Lauti, Attac-Material, Infostände etc. einen eigenen Etat gibt. Dennoch werden, wenn wir als TTIP-Kampagne die G20-Aktivitäten bereichern, auch Zusatzkosten auf uns zukommen.

Die CETA- etc. Aktivitäten zu den Bundestag- und Landtags-Wahlkämpfen 2017 werden erst in den nächsten Monaten geplant – mit Sicherheit werden sie jedoch groß und kostspielig werden. Es ist politisch höchst notwendig, dass die Haltung der Parteien zu den Handelsabkommen Wahlkampfthema wird, da Bundestag und Bundesrat nach der wahrscheinlichen Zustimmung im Europaparlament die nächsten Arenen sein werden, in denen sich die CETA-Ratifizierung theoretisch noch stoppen lässt. Damit Attac auf diesem Feld adäquat mitwirken kann, müssen wir schon jetzt einen entsprechenden Posten einplanen.

Weitere Aktionen: selbsterklärend.

Weitere Veranstaltungen: Da der Widerstand in D bzgl. TiSA erst sehr schwach ausgeprägt ist, u.a. weil es an inhaltlicher Kompetenz mangelt, könnte Attac – als Follow-up zur TiSA-Broschüre – im Bündnis mit einem unaufwändig organisierten Seminar zur Behebung dieses Missstandes punkten.

Die Kommunenkonferenz ist bereits beschlossene Sache und steht hier der Vollständigkeit halber. Dankenswerterweise hatte der Kokreis ja bereits zugesagt, den Konferenzetat mit 5.000 Euro zu unterstützen.

Bündnisse: Inzwischen haben sich eine ganze Reihe von Bündnissen und Trägerkreisen gebildet, in denen Attac vertreten ist. Die Bündnisbeiträge sind obligatorisch; die Beteiligung an Bündnis-Materialien (etwa das Publik Forum Dossier im Juli 2016) sehr sinnvoll.

Fahrtkosten: Die Summe erscheint hoch, ist jedoch sehr niedrig angesetzt: 5.500 Euro entsprechen den realen Ausgaben der Kampagnengruppe und BündnisvertreterInnen für das erste (!) Halbjahr 2016. Aufgrund der Vielzahl der Bündnistreffen und der zunehmenden Europäisierung des Protestes wird der Aufwand eher noch steigen.

8.17 Finanzantrag PG Welcome2stay

Finanzantrag zur weiteren Unterstützung von Welcome2Stay (W2S) durch Attac

Beim großen Zusammentreffen von W2S im Juni in Leipzig und beim ebenfalls gut besuchten Arbeitstreffen Anfang September in Berlin, wurden viele Ideen für die zukünftige Arbeit von W2S entwickelt, und immer wieder das Bedürfnis nach einem bundesweiten, handlungsfähigen Zusammenhang artikuliert. Auf dem Weg dahin sind derzeit u.a. folgende Hauptaktivitäten vorgeschlagen, an denen wir uns wie bisher beteiligen wollen:

1. Bundesweiter, dezentraler Aktionstag zur Frage des Bleiberechts bzw. des Kampfes gegen Abschiebungen und zur drängendsten soziale Frage, nämlich die nach Wohnraum für alle.
2. Flugblatt-Serie, zu Themen wie Bleiberecht, Wohnraum, Bildung, Kriminalität, Außengrenzen, ...
3. Internet-Portal: Ausbau unserer Webseite zu einem Austausch- und Informationsportal für lokale Initiativen.
4. Antirassistischer Kongress 2017, Vorbereitungstreffen bereits Ende November.

Da die endgültige Festlegung der einzelnen Aktivitäten erst beim Treffen des Koordinierungskreises am 30.10. in Berlin definitiv erfolgt und die konkrete Ausgestaltung daran anschließen wird, können momentan die mit den Aktivitäten verbundenen Kosten noch nicht aufgeschlüsselt werden.

Für die Erstellung von erforderlichem Material, Kosten von Treffen und Reisekosten wird deshalb pauschal der Betrag von 5.000.- EUR beantragt, mit der Bitte diesen im Budget von Attac für 2017 bereitzustellen.

8.18 Finanzantrag der Redaktion von Sand im Getriebe

Vorstellung von „Sand im Getriebe“

*„Sand im Getriebe“ soll einen **Bildungsbeitrag** leisten nach dem Motto „Comprendre pour agir“ (Verstehen um zu handeln). Seit Ende 2001 sind 121 Nummern und rund 20 Sondernummern erschienen.*

(PDF-Version: <http://www.Attac.de/bildungsangebot/sig>

Online Fassung: <http://sandimgetriebe.Attac.at>

Ende 2014 haben wir die **SiG-Werkstatt** eingerichtet: da veröffentlichten wir Texte vor dem Erscheinen der neuen Ausgabe, Zusatzmaterialien bzw. Texte, die für das Format von SiG zu groß sind. Ca. die Hälfte der SiG-Texte sind Übersetzungen, die ehrenamtlich von dem Übersetzungsnetzwerk coordinatrad gemacht wurden.

(<http://www.coordinatrad.Attac.org/?lang=de>). Auch haben wir im Rahmen unserer Arbeit die Pressestelle auf ausländische Texte hingewiesen und deren Übersetzung organisiert. Die redaktionelle Arbeit erfolgt seit Anfang an ehrenamtlich. Attac Deutschland hat bisher einen Teil der Unkosten (Druck für kostenlose Exemplare, Info- und Werbematerial, Büromaterial und Fahrtkosten) mit rund 1000 Euro pro Jahr getragen, außerdem wurden Kosten für eine Hardwareanschaffung und die zeitweilige Unterstützung durch eine Honorarkraft (ca. 3000 Euro) übernommen.

Finanzantrag

Wir beantragen für das Jahr 2017 über die im Haushaltsplan vorgesehenen 1000 Euro hinaus (Haushaltsentwurf, 5.12.3) **2500 Euro.**

a) Unterstützung der Verwaltungsarbeit der Redaktion durch eine Honorarkraft: 1000 Euro

- für den Abschluss der thematischen Ordnung der Artikel – in SiG 100 zum Teil veröffentlicht – und die Aktualisierung des gesamten Inhaltsverzeichnisses;
- für die weitere Hard- und Software-Unterstützung;
- für den Aufbau einer gut strukturierten „SiG-Werkstatt“
- für den Versand von gedruckten Exemplaren.

b) **Übernahme von Übersetzungskosten für den „Bericht der Wahrheitskommission über die griechischen Staatsschulden“, im Sommer 2015 erschienen: 1500 Euro.**

Dieser Bericht http://www.Attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf hat wegen der Enthüllungen über das Zustandekommen vieler der griechischen Schulden, über die Rettung der Banken und nicht der Menschen, über die verheerenden Folgen der Memoranden eine weiterhin aktuelle politische Brisanz, selbst wenn es leider um Griechenland still geworden ist. Die Hinweise auf viele internationale Abkommen macht aus diesem Bericht auch eine sehr nützliche Quelle in den Kämpfen gegen Austeritätspolitik und in der Ablehnung der „Schuldenbremse“.

Damit die Übersetzung eine hohe Qualität erweist, haben wir im Juli 2015 einen professionellen Übersetzer beauftragt, die schon ehrenamtlich von coorditrad-Mitgliedern durchgeführte Übersetzung zu überprüfen und zu lektorieren. Diese Arbeit hat viel mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen, zum einen weil die Absicherung und Vereinheitlichung der Begriffe, das Heranziehen von vielen Abkommen und juristischen Texten eine arbeitsintensive Recherche der Quellen erfordert hat, zum anderen weil der Bericht von der Kommission nachträglich an einzelnen Stellen berichtigt /ergänzt wurde und wir diese Änderungen noch übernehmen wollten. Diese Arbeit wurde bisher durch Spenden finanziert, aber auch durch uns beide persönlich (Deckungslücke von ca. 2000 Euro).

Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktionsmitglieder in Deutschland

8.19 Finanzantrag der Steuerungsgruppe zum Diskurs über die Zukunft von Attac

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es, den Diskussionsprozeß um die Zukunft von Attac und die von der gleichnamigen Studie aufgeworfenen Fragen zu moderieren und fortschritts- und ergebnisorientiert voranzutreiben. Aus der Studie:

„Für die konkrete Umsetzung des Erneuerungsprozesses ist es wichtig, wie die Ergebnisse der Studie und die gemachten Vorschläge in die Attac-Strukturen eingespeist werden. Zunächst sollten sie in den bundesweiten Attac-Gremien und interessierten Lokalgruppen vorgestellt und diskutiert werden. Dann sollte noch einmal ein Anlauf für eine grundlegende Reformdebatte unternommen werden. Diese Fragen sollten breit in allen Attac-Strukturen und mit allen Aktiven diskutiert werden. Gleichzeitig braucht es einen klaren Fahrplan und ein moderierendes, synthetisierendes und vorantreibendes Zentrum dieses Prozesses, weil sonst die Diskussionen drohen, sich zu zerstreuen und ergebnislos zu bleiben.“

Hauptarbeitsmittel der Steuerungsgruppe ist Kommunikation, wobei wir vornehmlich die Mittel verwenden, die keine zusätzlichen Kosten produzieren. In angemessenem Umfang sollten diese durch direkten, persönlichen Austausch ergänzt werden, da entstehen Fahrtkosten. Wir gehen davon aus, daß Fahrtkosten zu Regionalgruppen i.d.R. von diesen übernommen werden können, wie es auch bei üblichen Referenten geschieht. Auch künftig kann es mitunter sinnvoll sein, Sitzungen von Rat oder Kokreis zu besuchen. Darüberhinaus rechnen wir mit zwei physischen Arbeitstreffen der Gruppe.

Finanzbedarf der Steuerungsgruppe

EUR

Fahrtkosten	jeweils kalkuliert halber Flexpreis Deutsche Bahn			
		kalkuliert für 7 Teilnehmer in	à	1.200,
	für 2 Arbeitstreffen	Ffm	600,-	-
	zu 2 Gremiensitzungen	2-3 Teilnehmer	à	
			250,-	500,-
Sonstiges -	wie einfaches Infomaterial, Präsenz Soak etc.			300,-
				<hr/>
Summe				2.000,-
				-

Michelstadt, 06.10.2016; für die Steuerungsgruppe: Detlev Matthias Daniel

8.20 **Beschlussempfehlung Finanz-AG 2017**

Mitglieder der AG sind:

Maria-Luisa Werne, Kerstin Sack, Wolfgang Raul, Dirk Friedrichs, Detlev von Larcher, Andreas van Baaijen

1. Vorbemerkungen

Im vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 der Finanz AG des Kokreises stehen für Projekte und die Arbeit der bundesweiten AGen freie Mittel in Höhe von 50.000 € zur Verfügung. Die FinanzAG hat allerdings auch die bereits für einzelne Projekte im Haushalt eingestellten Beträge in ihre Betrachtung mit einbezogen.

Neben den beantragbaren 50.000 Euro stehen im Haushaltsentwurf weitere 60.000 € zur Verfügung. Diese Summe resultiert aus einem Beschluss des Kokreises zur Verwendung des Übertrags aus 2015 nach 2016. Diese Summe sollte lt. Kokreis 2017 für ein großes, attac-eigenes Projekt zur Verfügung stehen. Zu einem solchen Projekt hat sich nun allerdings keine Arbeitsstruktur formiert, sehr wohl aber zur G20-Tagung 2017 in Hamburg, zu dem auch ein Finanzantrag vorliegt. Die Gesamtsumme der beantragbaren Mittel beträgt daher 110.000 €.

Die Anträge der Arbeitsstrukturen, die vorgelegt wurden, ergeben einen Gesamtbetrag von 163.880 €. Im Haushaltsentwurf standen allerdings für einzelne Arbeitsstrukturen bzw. Projekte bereits Mittel zur Verfügung, so dass sich die Gesamtsumme, die zur Verfügung steht, um 22.260 € von 110.000 € auf 132.260 € erhöht.

Die Finanz AG hat jeden einzelnen Antrag sehr genau und intensiv besprochen. Es liegt nicht in unserem Mandat, per Beschluss oder Kürzung darüber zu entscheiden, ob ein vorgeschlagenes Projekt für Attac aus politisch-strategischer Sicht tatsächlich taugt. Sehr wohl aber müssen wir die Anträge nach Realisierbarkeit und Kohärenz prüfen.

Nach intensiver Beratung haben wir es geschafft, die vorgeschlagene Bewilligungssumme auf 134.050 € zu reduzieren.

Dadurch verändert sich das geplante Jahresergebnis von + 376,95 € auf – 1.413,05 €.

2. Anträge und Beschluss-Empfehlung

a) Die Übersicht

Bemerkung: Alle unten genannten Projektsummen gelten als zuzüglich zu bereits im jeweiligen AG/PG-Budget des Haushalts 2016 eingestellten Mitteln (z.B. Grundausstattung der AGen)

Antrag	Beantragte Summen (über Grundausstattung hinaus)	Beschluss-Empfehlung der Finanz-AG / Für die Antragsteller/innen insg. zur Verfügung stehende Mittel
1. AG Arbeit FairTeilen	2.000 €	1.600 €
2. AG Aktion	7.300 €	2.500 €
3. AG EKU	3.700 €	3.200 €
4. AG Genug für alle	3.730 €	2.450 €
5. Gruppenunterstützung	4.600 €	0 € (finanziert aus Regionalgruppentopf)
6. AG Internationales, WSF	5.500 €	5.500 €
7. AG Solidarische Ökonomie	3.000 €	2.500 €
8. AG Finanzmärkte und Steuern	5.000 €	3.600 €
9. AG Welthandel und WTO	2.500 €	2.500 €
10. Attacademie 11	14.000 €	4.000 €
11. Aufstehen gegen Rassismus	5.000 €	5.000 €
12. Cooridtrat	1.500 €	1.000 €
13. PG G20	57.150 €	57.000 €
14. PG Eurokrise	7.700 €	7.500 €
15. PG Umverteilen	3.200 €	3.200 €
16. PG Ceta/TTIP	28.000 €	27.000 €
17. Sand im Getriebe	2.500 €	0 €
18. „Steuerungsgruppe“ (Zukunft von Attac)	2.000 €	1.500 €
19. PG WelcomeToStay w2s	5.000 €	4.000 €
Summe	163.380 €	134.050 €

b) Bemerkungen zur Übersicht

zu 1. AG Arbeit FairTeilen

Vorschlag der FinanzAG: Die beantragten Kosten von 1.200 € für 3 AG Treffen und 1 Klausur werden auf 1.000 € und die Fahrtkosten zu anderen Veranstaltungen von 400 € auf 200 € gekürzt.

zu 2. AG Aktion

Die für die Programmierung der Website beantragten 4.000 € sollen aus dem Regionalgruppentopf beantragt werden, wenn eine vollständige Finanzierungsaufstellung vorliegt. Bei der Orangemen-Ausrüstung sollen nicht 20, sondern 12 Anzüge bestellt werden, dadurch reduzieren sich die Kosten auf 1.200 €.

zu 3. AG EKU

Wir schlagen vor, den Bündnisbeitrag von 1.000 € auf 800 €, die Fahrtkosten zu Bündnistreffen von 900 € auf 800€ und die Bildungsveranstaltung Camp von 500 € auf 300 € zu kürzen.

zu 4. AG Genug für alle

Die FinanzAG meint, dass die Anzahl der Tagesseminare von 4 auf 2 Veranstaltungen reduziert werden sollten, bei weiteren Tagesseminaren in den Regionalgruppen sollten die Kosten aus dem Regionalgruppentopf beantragt werden. Weiter wird vorgeschlagen, die Kosten für das UBIE Vernetzungstreffen von 900 € auf 800 € zu reduzieren.

zu 5. Gruppenunterstützung

Wie bereits in der Übersicht angemerkt, sollten die Kosten für die Gruppenunterstützung aus dem Regionalgruppentopf zur Verfügung gestellt werden.

zu 6. AG Internationales

Die von der AG beantragte Summe wird bewilligt.

zu 7. AG Solidarische Ökonomie

Der Antrag kann in der vorliegenden Form nicht bewilligt werden, weil wichtige Angaben fehlen. Eine Konkretisierung ist erforderlich. Stichpunkte: Was geschieht mit Einnahmen? Wie gestaltet sich Verteilung? Wie hoch ist Auflage? Was geschieht mit dem Verkaufspreis? 2.500 € werden von der Finanz AG unter Vorbehalt im Haushalt veranschlagt.

zu 8. AG Finanzmärkte und Steuern

Die FinanzAG schlägt folgendes vor: Kürzung der Materialkosten von 1.000 € auf 800 €, der Reisekosten nach Madrid von 500 € auf 300 € und Reisetransportkosten von 2.000 € auf 1.000 € kürzen (die Pauschale ist ohne genaue Auflistung nicht nachvollziehbar).

zu 9. AG Welthandel und WTO

Die von der AG beantragte Summe wird bewilligt.

zu 10. Attacademie 11

Die Gesamtkosten der Attacademie haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz 2016 um rund 30.000 € erhöht. Über den Antrag kann in der vorliegenden Form nicht entschieden werden, weil wesentliche Informationen fehlen. Trotzdem ist die FinanzAg bereit, erst einmal denselben Zuschussbetrag wie im Haushalt 2016 bereit zu stellen.

zu 11. Aufstehen gegen Rassismus

Die beantragte Summe wird bewilligt. Die Finanz AG weist darauf hin, dass diese Summe Fahrtkosten, Bündniskosten und Kosten für Stammtischkämpferinnenausbildung beinhalten muss.

zu 12. Coorditrat

Das Treffen soll im Rahmen der ESU in Toulouse stattfinden. Von den beantragten 1.500 € werden 1.000 € bewilligt. Da Teilnehmer_innen sowieso schon vor Ort sind, ist die beantragte Summe zu hoch.

zu 13. PG G20

Die beantragte Summe wird bewilligt. Die FinanzAG sieht keine Kürzungsmöglichkeiten. Es wird darauf hingewiesen, darauf zu achten, dass die Gesamtsumme nicht überschritten wird.

zu 14. PG Eurokrise

Die Fahrtkosten sind zu hoch angesetzt und werden um 200 € reduziert.

zu 15. PG Umverteilen

Die beantragte Summe wird bewilligt.

zu 16. PG Ceta/TTIP

Die beantragten Mittel werden um 1000 € gekürzt. Die Kommunenschilder sollen bei Bedarf aus dem Regionalgruppentopf bezahlt werden.

zu 17. Sand im Getriebe

Die FinanzAG ist der Auffassung, dass die beantragten Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Übersetzungskosten in Höhe von 1.500 € wurden verausgabt, obschon hierfür ein negativer Beschluss vorlag. Ein inhaltsgleicher Antrag zum Herbstratschlag 2015 wurde demgemäß damals bereits abgelehnt. Die Notwendigkeit der Beschäftigung einer Honorarkraft kann nicht nachvollzogen werden.

zu 18. „Steuerungsgruppe“ (Zukunft von Attac)

Die Fahrtkosten werden als zu hoch angesehen und auf 1.500 € gekürzt.

zu 19. PG WelcomeToStay w2s

Es wird vorgeschlagen, 4000 € zu bewilligen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Summe interne Kosten, Fahrtkosten und Bündniskosten beinhaltet.

3. Ergebnis und Erläuterungen

Mit Blick auf die zu erwartenden weiteren Kosten von Kampagnen und Projekten 2016 sowie die Einnahmenplanung bis Ende des laufenden Jahres gehen wir jetzt schon von einem Überschuss aus dem Haushalt 2016 von 100.000 Euro aus, den wir bereits jetzt in den Haushalt 2017 stellen. Da der Überschuss praktisch absehbar ist, halten wir es für nicht richtig, diese Summe zurückzuhalten, das Geld soll vielmehr bereits jetzt für die politische Arbeit wirksam werden können.

Die AGen sind insgesamt mit 24.200 Euro ausgestattet. Den Regionalgruppen werden nach Plan 340.522 Euro durch die quartalsmäßigen Überweisungen zur Verfügung gestellt.

Für Anwaltskosten und Aktivitäten im Rahmen des Klageverfahrens bezüglich der Gemeinnützigkeit haben wir 25.000 Euro, für Steuerberatungskosten 14.000 Euro angesetzt.

Trotz der fehlenden Gemeinnützigkeit hat sich das Spendenaufkommen nicht verringert. Dafür verantwortlich sind unsere treuen Mitglieder und Spender_innen und die große Solidarität auch in der Öffentlichkeit. Wir rechnen im nächsten Jahr mit einem ausreichenden Spendenaufkommen und haben für das kommende Jahr 476.100 Euro veranschlagt.

Bei der Mitgliederentwicklung war in den ersten beiden Quartalen des Jahres erstmalig eine Stagnation zu verzeichnen. Der Mitgliederzuwachs der vergangenen Jahre setzt sich 2016 so nicht fort. Wir sind deshalb etwas vorsichtig und haben dafür 1.309.700 Euro angesetzt. Das ist etwas weniger als im Haushalt 2016 eingenommen.

Eure FinanzAG

TERMIN BITTE NOTIEREN

Vorbesprechung zum Haushalt 2017 am Freitag, dem 28. Oktober 2016 um 16 Uhr in der Freien Waldorfschule Frankfurt (Ort des Herbstratschlags).

9 Diskussionspapiere/Beiträge

9.1 Stellungnahme der Attac-Gruppe Itzehoe zur Studie „Die Zukunft von Attac“

Es ist verdienstvoll, die verschiedenen Spannungsfelder und Problemkreise der Organisation zu beschreiben. Somit haben wir eine Struktur für die Diskussion. Bei diesem Papier handelt es sich nach unserem Verständnis nicht um eine wissenschaftlich fundierte Studie. Sie ist in keiner Weise repräsentativ. Insbesondere die Gruppen wurden nicht befragt. Es handelt sich eher um Beobachtungen, Mutmaßungen und Annäherungen an Konflikte.

1. Spannungsfeld „reformorientiert versus antikapitalistisch“

Leider wird nicht so richtig deutlich, worin die Reformorientierung besteht. Unter Reformorientierten verstehen wir Menschen, die den Raubtierkapitalismus zähmen wollen, um wieder zur guten alten „Rheinischen Republik“ und ihrer Spielart der Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren.

Antikapitalisten treten nach unsere Lesart für eine freie, sozial gleiche und ökologisch organisierte Gesellschaft mit fairen globalen Beziehungen ein. Sie suchen nach gangbaren Alternativen zur gegenwärtigen Lebens- und Wirtschaftsweise, die nicht kapitalistisch sein kann.

Es ist eine Stärke von Attac, diese Spannung im politischen Denken und Handeln auszuhalten. Wenn wir – Reformorientierte und Antikapitalisten - das gemeinsame Ziel haben, den derzeitigen Raubtierkapitalismus zu delegitimieren und die Bevölkerung zum Widerstand zu ermutigen, finden wir zu gemeinsamer Arbeit. Wir sind überzeugt: Es gibt keine Alternative zu einer solidarischen Welt-Gesellschaft!

2. Spannungsfeld im Selbstverständnis: Attac als bewegungsorientiertes Netzwerk oder eher NGO-förmige Organisation.

Es heißt in dem Papier: „*Damit verbunden sind bestimmte Vorstellungen von politischer Praxis. Während erstere eher auf NGO-förmige Kampagnen und professionelle Öffentlichkeitsarbeit setzen, orientieren zweitere stärker auf zivilen Ungehorsam und andere Formen der Selbstermächtigung.*“ Wir gehen davon aus, dass die VertreterInnen der NGO-förmigen Organisation auch diejenigen sind, die eine Professionalisierung (Hauptamtlichkeit) voran treiben möchten.

Es wird u.a. argumentiert: „*Vor allem für viele Lokalgruppen seien solche hauptamtlichen Tätigkeiten wichtig, die sich von der Bundesebene professionelle Kampagnenbausteine wünschen.... **Schließlich erwarte nicht zuletzt die wachsende Zahl von passiven Fördermitgliedern von Attac und seinen Aktiven, dass letztere mit ihrem Geld und an ihrer statt eine gute Politik machten.***“

Dies ist ein entlarvendes Argument: Wir bedienen die Beitragszahler, weil sie angeblich damit ein Recht einkaufen, dass Attac professionell Politik macht. Und die „Lokalgruppen“ sollen das auch noch fordern. Zugespitzt kann das dazu führen, dass wir auf die Spender und ihre politischen Vorlieben Rücksicht nehmen. Wenn Mitglieder Beiträge zahlen und

sich nicht engagieren – aus welchen Gründen auch immer – dann darf das keinen Einfluss auf die politische Ausrichtung und Organisationsstruktur haben.

„Eine Ausweitung der Hauptamtlichen würde dem Bewegungskarakter von Attac widersprechen und seiner NGOisierung Vorschub leisten“, heißt es.

Dem stimmen wir zu. Ebenso der folgenden Stellungnahme im Papier: *„Einzelne Vertreter*innen der bewegungsorientierten Position heben hervor, dass die Attac-Strukturen weiterhin zufriedenstellend funktionierten und gute Bedingungen für selbstbestimmtes Arbeiten bieten.....*

Auch der Verlust an Expertise treffe in der dargestellten Form nicht zu. Vielmehr gäbe es weiterhin viele Expert*innen in verschiedenen Bereichen innerhalb von Attac. Die entsprechenden Gesprächspartner*innen sind überzeugt, dass die Aktivist*innen die Expertise selbst entwickeln könnten bzw. inhaltliche Lücken zu akzeptieren seien. In einigen Feldern gingen womöglich Kompetenzen verloren, in anderen Bereichen gewinne Attac aber auch neue, hervorragende Expertise hinzu. So kritisiert ein wichtiger Attac-Aktivist den vermeintlichen Verlust von Experten*innenwissen *mit deutlichen Worten: „Auseinandersetzung, die wird um eine Verhauptamtlichung bestimmter Positionen herum geführt und das schon seit Jahren. Und das finde ich extrem ärgerlich.“*

Und wir fügen hinzu: Auch das **Konsensprinzip** muss weiter gelebt werden. Es ist mühsam, aber unverzichtbar. Wir regen eine Diskussion um die bisherige Verteilung der Arbeitszeit und der Arbeitsfelder der **Hauptamtlichen** an. So lange die finanziellen Mittel begrenzt sind, der „Kuchen nicht größer wird“ die politischen Anforderungen aber wachsen, bedeutet eine Stärkung der Hauptamtlichkeit eine Schwächung der Basis.

Ebenso würden wir eine engere Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Beirat sehr begrüßen.

3. Spannungsfeld :Das Verhältnis zwischen Lokalgruppen und Bundesebene.

Der Konflikt zwischen „Kopf und Bauch“, „Basis und Überbau“ - oder in der Attac-Sprache: bewegungsförmige Selbstermächtigung und institutionalisierter intellektueller Führung – ist so alt wie die Basisbewegungen.

Und er verläuft fast immer nach ähnlichem Schema: Ist die Bewegung schwach, gewinnt der Überbau. Derzeit heißt das für Attac: Wenn die Gruppen als Teil der Bewegung von unten zu schwach werden – wird eine Professionalisierung einsetzen, folgt die Greenpeace-isierung. Wir glauben nicht, dass wir einer anderen Welt durch diesen Denkansatz näher kommen.

Schlussgedanken: Und diese Schwäche „der Bewegung“ erleben wir durchaus. Sie hat mit dem gesellschaftlichen Umfeld zu tun. Eine Diskussion über den gesellschaftlichen Kontext, in dem wir uns bewegen, muss in Gang gesetzt werden. Dieser Abschnitt ist in dem Papier unterbelichtet. Dies mag auch ein Grund für die Überalterung sein, es kommen keine Jungen nach. Wie dem zu begegnen ist, ist eine Zukunftsaufgabe. Wir alle müssen daran arbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt: Kommunikation/ digitale Medien/ interne K.: wie lernen wir voneinander? Denn – wir schließen mit Zitaten aus dem Papier, die wir sehr wichtig finden: **„Attac sollte seine Besonderheit bewahren, die darin liegt, dass Menschen dort aktiv werden und ihre Politik selbst bestimmen können.**

Eine Organisation wie Attac ist unverzichtbar. Sie ermöglicht es vielen Menschen, sich selbstermächtigend zu organisieren und für eine ganz andere Welt zu kämpfen, überschreitet dabei aber subkulturelle Milieus und spricht breite Bevölkerungskreise an.“

Attac-itzehoe, diskutiert und beschlossen auf der Orgasitzung am 10.10.2016

9.2 Urs Kleinert: „Demokratisierung: Wie attac in die Offensive gehen kann!“

Wirkliche Demokratie kann es nur geben, wenn die grundlegenden sozialen und ökonomischen Bedürfnisse aller Menschen befriedigt sind. Eine gerechtere Verteilung und effizientere Nutzung von Ressourcen würden ein 'Gutes Leben' für Alle ermöglichen bei gleichzeitig sinkendem Naturverbrauch. Doch das heute dominante Marktprinzip setzt stattdessen auf ständiges 'Wachstum' der Produktion und führt zu immer größerer Ungleichheit.

Das Ziel von attac ist nicht zuletzt deswegen immer Erhalt bzw. Ausweitung demokratischer Spielräume, wobei diese selbstverständlich auch einen Wert an sich darstellen. Dazu muss der Geltungsbereich der Marktkräfte auf deren angestammte Sphäre der rein technischen Effizienz und ökonomischen Nützlichkeit begrenzt werden, nachdem er im Zeitalter des Neoliberalismus immer weiter ausgedehnt wurde.

Die Hochzeit des Privatisierungswahns scheint vorbei, aber noch ist unklar, was danach kommen wird. Daraus ergibt sich für attac eine große Chance, wenn wir uns deutlicher als bisher die Frage stellen, was wir offensiv dem 'Markt' entziehen und demokratisieren wollen. Ein Bereich drängt sich dabei förmlich auf: Die öffentliche Daseinsvorsorge. Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Nahverkehr, Kultur, (Sozial-)Wohnungen oder heute auch das Internet sind menschliche Grundbedürfnisse. Unser Ziel ist eine optimale Versorgung der gesamten(!) Bevölkerung mit minimalem Ressourcenverbrauch und Umweltschäden, und nicht die Maximierung von Gewinnen oder Produktion. Das kann der 'Markt' nicht leisten.

Wir haben vielerorts Erfahrung - und Erfolge! - gesammelt im Kampf gegen Privatisierung, allein oder in Bündnissen. Es ist an der Zeit, hier konsequent einen Schritt weiter zu gehen und aus tendenziell defensiven Kämpfen offensive zu machen. Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die heute in privater Hand sind, müssen demokratisch vergesellschaftet werden. Was heute bereits öffentliches Eigentum ist, muss demokratischer und bürgernäher organisiert werden. So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig, und unter Einbeziehung aller Betroffenen - Beschäftigte, NutzerInnen und BürgerInnen der Region.

Der konkrete Angriffspunkt richtet sich dabei nach den Interessen der Beteiligten und der regionalen Bündnisfähigkeit: In einer Stadt steigende Mieten mangels öffentlicher Wohnungen, in einer anderen steigende Wasserpreise, Stadtwerke die auf dreckige Kohlekraftwerke setzen oder 'dank' PPP nicht mehr flexibel nutzbare Schulgebäude und Kultureinrichtungen. Doch bei all dem gibt es einen gemeinsamen Nenner: Die soziale Grundversorgung ist derart essentiell, dass alle Beteiligten darüber mitentscheiden müssen und das Streben nach Profit nicht die entscheidende Triebkraft sein darf.

Wenn es uns gelingt, dieses fundamentale Prinzip in die breitere öffentliche Debatte zu tragen, ist das ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren, demokratischen Gesellschaft. Eine solche Themensetzung würde nicht nur nahtlos an die Kampagne gegen TTIP/ CETA/ TiSA anknüpfen, die im Kern Angriffe auf Demokratie und öffentliche Güter darstellen, sondern für attac auch eine Weiterentwicklung bedeuten und damit neue Perspektiven eröffnen. Und nicht zuletzt sind 'Demokratie', 'Teilhabe' und 'Recht auf Stadt' heute vielerorts virulente, aber oftmals eher abstrakte Themen, so dass diese attac-spezifische Konkretisierung auf fruchtbaren Boden fallen dürfte.

In welcher Form das geschehen sollte, wäre zu diskutieren - aber die Zeit ist definitiv reif, nach so vielen Abwehrkämpfen entschlossen und gemeinsam in die Offensive zu gehen. Und wer wenn nicht attac wäre prädestiniert, hier den ersten Schritt zu tun und sich die 'Demokratisierung der Daseinsvorsorge' auf die Fahnen zu schreiben?

Urs Kleinert - Kontakt: u.kleinert@yahoo.de

Eine umfassendere Betrachtung des Themas 'attac als neue Demokratiebewegung' findet sich im attac-Theorieblog unter dem Titel: 'Die Demokratiefrage stellen!' - <http://theorieblog.attac.de/>